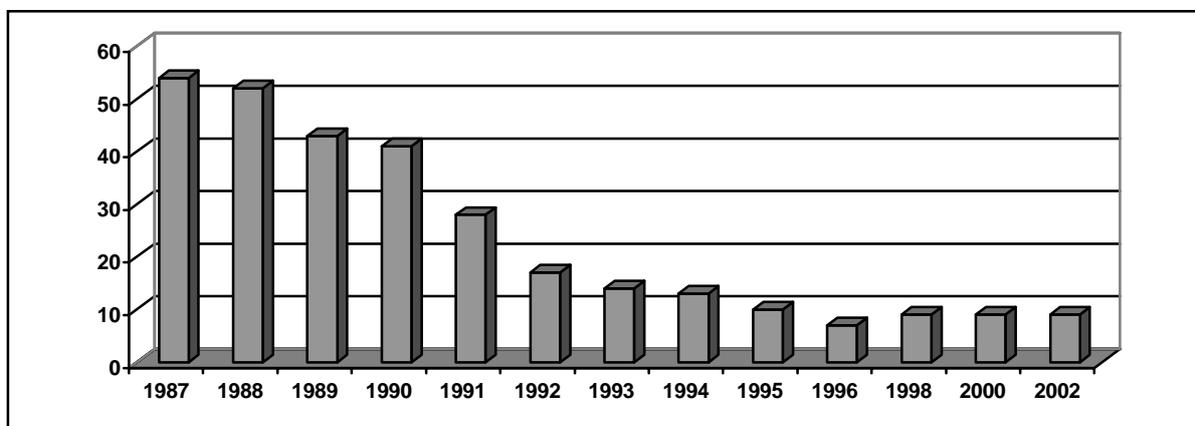


Junge Ostdeutsche im Jahr 12 nach der Vereinigung:

Die Generation der zweifach Enttäuschten



Anteile der Panelmitglieder, für die aktive Teilnahme am politischen Leben sehr bedeutsam oder bedeutsam ist, im Trend zwischen 1987 und 2002 (siehe Seite 14)

Ergebnisse einer systemübergreifenden
Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel
zwischen 1987 und 2002.
Aktualisierte und ergänzte Fassung.

Leipzig, Januar 2003

Forschungsleiter und Verfasser: Prof. Dr. Peter Förster, Leipzig
Mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Inhaltsübersicht

Teil I:	Seite:
1. Kurzinformation zur „Sächsischen Längsschnittstudie“	3
2. Ein Blick zurück: Enttäuschung von der Politik der SED, jedoch ein starker Glaube an eine gesicherte Zukunft in der DDR	5
3. Ja zur politischen Wende und zur deutschen Einheit	6
4. Gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem überwiegen noch immer Skepsis und Kritik	10
5. Anhaltende Distanz gegenüber den politischen Parteien	17
6. Beim Systemvergleich schneidet die DDR in sozialer Hinsicht auch heute noch gut ab	20
7. Schon Bundesbürger, aber noch immer DDR-Bürger	23
8. Keine Zukunft im Osten!	26
9. Neue Ängste vor Terrorismus und militärischen Abenteuern der USA	32
10. Sozialistische Ideale sind nicht aus den Köpfen verschwunden	33
11. Wesentliche Einflussfaktoren des politischen Mentalitätswandels	36
11.1 Persönliche Erfahrungen mit dem jetzigen Gesellschaftssystem	37
11.2 Langzeitwirkungen der DDR-Sozialisation	45
12. Sind die in den Westen abgewanderten TeilnehmerInnen für den Osten verloren?	48
13. Zusammenfassung und Ausblick	50

Im Teil II dieser Dokumentation informieren wir über weitere inhaltlich relevante Ergebnisse sowie über wesentliche demographische Merkmale der Population.

1. Kurzinformation zur „Sächsischen Längsschnittstudie“

Die folgenden Ergebnisse stammen aus der **Sächsischen Längsschnittstudie**. Bei ihr handelt es sich um eine in ihrer Anlage einzigartige, weil systemübergreifende sozialwissenschaftliche Langzeitforschung. Sie wurde bereits 1987, zu DDR-Zeiten, gestartet und begleitet seitdem über die Wende hinweg den politischen Mentalitätswandel bei jungen Ostdeutschen zwischen ihrem 14. und (gegenwärtig) 29. Lebensjahr.

In ihrer ersten Phase vor der Wende (drei Befragungswellen zwischen 1987 und Frühjahr 1989) dokumentierte sie den zunehmenden Verfall des politischen Bewusstseins der Panelmitglieder, ihre wachsende Distanz gegenüber der Politik der SED.

In ihrer zweiten Phase (seit Frühjahr 1990) begleitet sie den Weg dieser jungen Ostdeutschen aus dem Gesellschaftssystem der DDR in das der Bundesrepublik, vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. Sie ist die einzige (ost)deutsche Längsschnittstudie, mit der es gelang bzw. gelingt, in einer hinreichend großen, identischen Population die nachhaltigen und differenzierten Auswirkungen des Systemwechsels auf das Denken und Fühlen junger Leute im Osten zu dokumentieren.

Die generelle Forschungsfrage ist, ob bzw. inwieweit mit der zunehmenden Dauer der Lebensspanne in dem neuen Gesellschaftssystem auch eine politische Identifikation mit diesem System entsteht, welche Einflussfaktoren eine solche Bindung fördern bzw. hemmen. Unsere Hypothese ist, dass dabei von entscheidender Bedeutung sein wird, ob die in die Untersuchung einbezogenen jungen Frauen und Männer mit Unterstützung der Gesellschaft jene Bedingungen vorfinden, die ihre berufliche Entfaltung fördern, frei von alltäglicher Sorge um den eigenen Arbeitsplatz bzw. den des Lebenspartners.

Die Untersuchungspopulation ist für solche Langzeitanalysen geradezu prädestiniert: Zur Wendezeit waren die TeilnehmerInnen bereits 16/17 Jahre alt (Geburtsjahrgang 1972/73), hatten die zehnklassige polytechnische Oberschule als letzter Jahrgang voll durchlaufen und waren damit über ein Jahrzehnt vom Bildungs- und Erziehungssystem der DDR, mehr oder weniger nachhaltig, geprägt worden. Zugleich waren bzw. sind sie noch jung genug, um sich nach dem Zusammenbruch der DDR und des Sozialismus neu zu orientieren, die Werte des jetzigen Gesellschaftssystems zu übernehmen oder aber sich kritisch mit ihnen auseinander zu setzen.

In die Untersuchungen vor der Wende waren 1281 SchülerInnen aus den damaligen Bezirken Leipzig und Karl-Marx-Stadt einbezogen. Sie gehörten 72 Klassen aus 41 Schulen an, die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden. Die Population war DDR-repräsentativ. Organisatoren der Studie waren Wissenschaftler der Universität Leipzig, der Pädagogischen Hochschule Zwickau und des Zentralinstituts für Jugendforschung Leipzig (ZIJ). Im Mittelpunkt der Forschung stand damals die langfristige Analyse der Lebensorientierungen der SchülerInnen, ihrer Zukunftserwartungen, ihrer Lerneinstellung, ihres Medienverhaltens (einschließlich Westsender), ihrer politischen Grundeinstellungen und ihrer Kollektivorientierung.

Im Frühjahr 1989 erklärten sich **587** TeilnehmerInnen bereit, auch nach Schulabschluss weiter an ähnlichen Untersuchungen mitzuarbeiten. Durch Wohnortwechsel (vor allem in den Westteil) reduzierte sich dieser Kreis in der Wendezeit auf **485** Personen. Von ihnen beteiligte sich ein hinreichend großer Teil an den bisher 13 (postalischen) Befragungen nach der Wende mit einer seit 1993 deutlich steigenden Quote.

Die 16. Welle der Untersuchung fand überwiegend im Zeitraum Mitte April bis Mitte Juli 2002 statt. **420** TeilnehmerInnen schickten ihren Fragebogen ausgefüllt zurück. Das sind **72%** derer, die sich 1989 zur weiteren Mitarbeit bereit erklärt hatten bzw. **87%** jener, von denen Adressen vorhanden sind.

Durchschnittsalter zum Befragungszeitpunkt: 29,0 Jahre. Anteile der Geschlechtergruppen: männlich 47%, entsprechend weiblich 53%. Von den Teilnehmern leben 92 in den alten Bundesländern (22%) bzw. 6 im Ausland (1%).

(Weitere Angaben zur Population siehe Teil II.)

Die Ergebnisse können mit hoher Wahrscheinlichkeit für junge Ostdeutsche dieser Altersgruppe verallgemeinert werden, ähnliche Relationen sind auch in den benachbarten, insbesondere höheren Altersgruppen zu erwarten. Repräsentativität für junge Ostdeutsche insgesamt wird ausdrücklich nicht unterstellt. Wie Vergleiche mit repräsentativen Untersuchungen jedoch belegen (z. B. Shell-Studie Jugend 2000), widerspiegelt die Studie grundsätzlich die Situation vieler junger Ostdeutscher auf ihrem Weg in das vereinte Deutschland.

Wir streben eine Fortsetzung dieser einzigartigen Studie an. Im Rahmen der 16. Welle erklärten sich 99% aller TeilnehmerInnen zur weiteren Mitarbeit bereit.

Erläuterungen zur vorangegangenen 15. Welle:

Bei mehreren Sachverhalten werden Ergebnisse der 15. Welle angeführt. Diese Welle wurde überwiegend im Dezember 2001 und Januar 2002 mit einer verkürzten Version des Fragebogens durchgeführt. Für das zu diesem Zeitpunkt bereits vorliegende Manuskript der Publikation über die Studie „Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit“ sollten aktuelle Informationen für wichtige Trends gewonnen werden, die Hinweise auf Auswirkungen der Ereignisse am und nach dem 11. September geben. Die trotz der sehr kurzen Rücksendefrist hohe Beteiligung von 354 TeilnehmerInnen lässt die Verwendung der Daten dieser Welle zu.

Aus Gründen des Umfangs kann in dieser Information nur eine Auswahl besonders interessanter und wichtiger Ergebnisse geboten werden, insbesondere aufschlussreiche mehrjährige Trends, teilweise über die Wende hinweg. Auf die Darstellung der bei Längsschnittanalysen üblichen Koeffizienten muss hier aus Zeit- und Platzgründen verzichtet werden.

Bei der Darstellung der Trends stützen wir uns bei dieser aktualisierten und ergänzten Fassung auf die komplett neu berechneten Zeitreihen für die TeilnehmerInnen der 16. Welle. Damit ist sichergestellt, dass es sich (auch bei unterschiedlicher Größe der Populationen) um vergleichbare Daten identischer Personen handelt. Aus diesen Neuberechnungen ergeben sich mitunter teilweise unwesentliche Veränderungen gegenüber der Erstinformation und früher mitgeteilten Häufigkeitsverteilungen.

Die Abkürzung AP bedeutet Antwortposition eines vorgegebenen Antwortmodells, X steht für Mittelwert.

Den interessierten Leser verweisen wir auf die im August 2002 erschienene Publikation des Verfassers „Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit. Eine Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel vor und nach der Wende“, die eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse bis zur 14. Welle 2000, teilweise bis zur 15. Welle 2001 enthält (Verlag Leske+Budrich 2002).

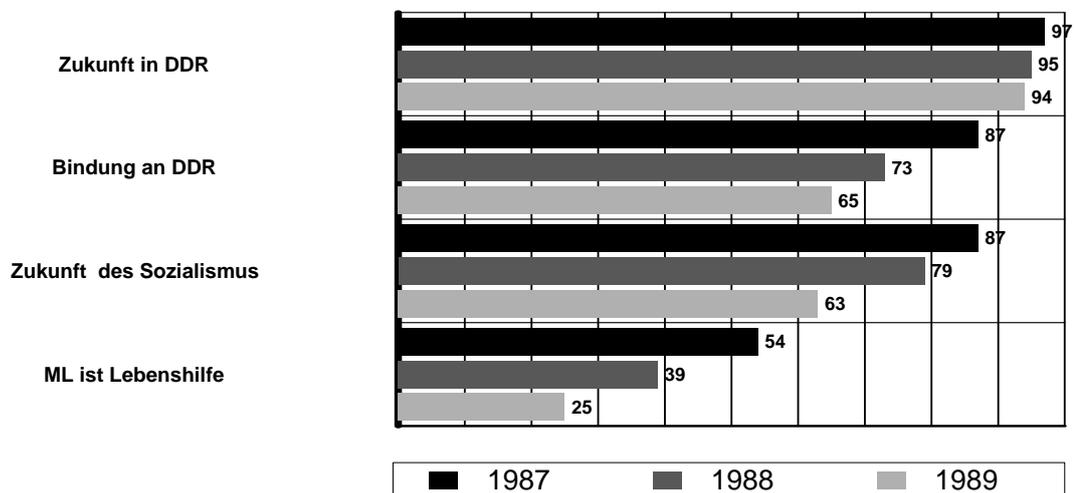
Wir danken der Rosa-Luxemburg-Stiftung für ihre Unterstützung bei der Durchführung der 15. und 16. Welle dieser Langzeitforschung.

2. Ein Blick zurück: Enttäuschung von der Politik der SED, jedoch ein starker Glaube an eine gesicherte Zukunft in der DDR

Die ersten drei Jahre der Studie fielen mit der Endzeit der DDR zusammen. Die bei den Panelmitgliedern zwischen 1987 und (Frühjahr) 1989 erhobenen Daten widerspiegeln den in diesem Zeitraum bei der DDR-Jugend generell beobachteten massiven Rückgang des politischen Bewusstseins, der an anderer Stelle ausführlicher dargestellt wurde (vgl. Förster 1999, S. 70 ff.). Exemplarisch belegen wir das für einige politische „Grundüberzeugungen“, deren Herausbildung erklärtes Ziel sozialistischer Erziehung war:

- > „Der Marxismus-Leninismus gibt mir auf alle wichtigen Lebensfragen eine richtige Antwort.“
- > „Ich fühle mich mit der DDR als meinem sozialistischem Vaterland eng verbunden.“
- > „Dem Sozialismus gehört die Zukunft, trotz zeitweiliger Rückschläge.“
- > „Ich habe in der DDR eine gesicherte Zukunft.“

Abbildung 1: Veränderung ausgewählter politischer Grundeinstellungen bei den Panelmitgliedern zwischen 1987 und 1989 - Anteile sehr starker und starker Zustimmung in Prozent. Gesamtgruppe der damaligen Panelmitglieder.



Antwortmodell: Davon bin ich überzeugt 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

Die Trends sind eindeutig: Die Überzeugung von der Bedeutung des „ML“ als Lebenshilfe (schon 1987 nur noch schwach ausgeprägt), die politische Identifikation mit der DDR, der Glaube an den Sieg des Sozialismus zerfielen in dieser Zeit mehr und mehr – Widerspiegelung massiver Enttäuschungen von der Politik der SED. Ein „Nullpunkt“ war allerdings selbst kurz vor der Wende nicht erreicht. Ablesbar ist aber auch: Das Vertrauen darauf, in der DDR eine „gesicherte Zukunft“ zu haben, blieb faktisch bis kurz vor der Wende erhalten. Im Frühjahr 1989 glaubten noch immer 94% an eine gesicherte Zukunft in der DDR, darunter 62% ohne Einschränkung. Selbst jene Panelmitglieder, die sich von der DDR politisch distanzieren, gingen mehrheitlich davon aus, dass sie ihnen eine gesicherte Zukunft bietet. Ein völliger Zusammenbruch des von ihnen zunehmend kritisch bewerteten Staates wurde auch von ihnen nicht erwartet.

Diese Zuversicht hatte vorwiegend sozialpolitische Grundlagen, war kein ideologisches Bekenntnis zur DDR. Ein wesentlicher Hintergrund dafür war, dass zu diesem Zeitpunkt für faktisch alle von ihnen (97%) fest stand, wie es nach der zu Ende gehenden Schulzeit weiter geht. Bis auf wenige Ausnahmen hatten alle Absolventen ihren Platz an der folgenden Erweiterten Oberschule oder ihre Lehrstelle sicher bzw. wussten, dass sie ein Fachschulstudium beginnen oder eine Arbeit im Betrieb aufnehmen werden. In den Antworten auf offene Fragen zur DDR (ohne Vorgaben) dominierte eindeutig die Erwartung einer gesicherten persönlichen Zukunft, insbesondere einer gesicherten beruflichen Perspektive. Typisch waren Formulierungen wie: „Mir gefällt, dass jeder eine Lehrstelle bekommt und

der spätere Beruf gesichert ist.“, „Ich brauche keine Angst zu haben, mal arbeitslos zu werden.“ oder „Gesicherter Arbeitsplatz = gesicherte Zukunft.“

Wie die Weiterführung der Studie nach dem Systemwechsel beweist, wirken diese sozialen Erfahrungen der damals 16/17-Jährigen mit der DDR bis in die Gegenwart nach, widerspiegeln sich vor allem im Systemvergleich DDR - heutige BRD und bilden den Kern einer noch immer bestehenden emotionalen Verbundenheit mit der DDR. Insofern sind diese und andere vor der Wende gewonnenen Daten sehr aufschlussreich für das Verstehen heutiger, teilweise unerwarteter Reaktionen der Panelmitglieder auf das gegenwärtige Gesellschaftssystem. Wie die Studie belegt, ist aber auch die zu DDR-Zeiten erlangte politische Sozialisation nicht völlig wirkungslos geblieben.

3. Ja zur Wende und zur deutschen Einheit

Zu den aussagekräftigsten Ergebnissen der Studie gehören die Trends der Einstellungen zur politischen Wende und zur deutschen Einheit, d.h. zu den Ereignissen, die das Leben der DDR-Bevölkerung und damit auch der Teilnehmer dieser Untersuchung von Grund auf veränderten.

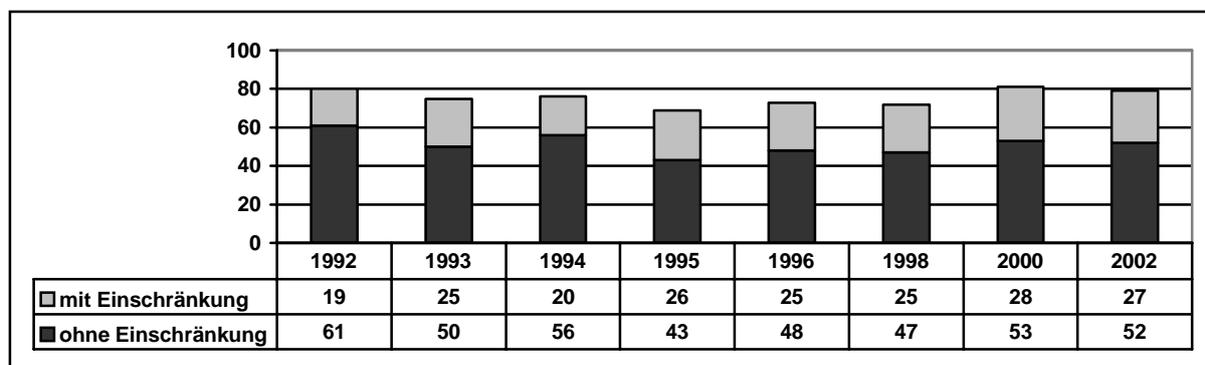
Wie die umfangreichen qualitativen Ergebnisse der ersten Befragung nach der Wende im Frühjahr 1990 zeigten, wurde diese politische Zäsur von fast allen TeilnehmerInnen positiv bewertet (ausführlich dargestellt in der Publikation „Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit.“). Charakteristisch waren Formulierungen der damals etwa 17-Jährigen wie z.B. „Es wurde höchste Zeit mit der friedlichen Revolution.“ oder „Ich bin froh darüber, dass wir uns in einem politischen Umbruch befinden. Denn so wie bisher hätte es nicht weitergehen können.“

In den folgenden Jahren ist die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer bei ihrer grundsätzlichen Bejahung der Wende geblieben, die meisten davon sogar ohne Einschränkung:

Tabelle 1: Einstellung zur Wende 1989 im Trend 1992 bis 2002
 „Es war höchste Zeit, dass das SED-Regime beseitigt worden ist.“
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

Jahr	Alter	1	2	(1+2)	3	4+5	X
1992	19,5	61	19	(80)	17	3	1,62
1993	20,5	50	25	(75)	14	11	1,89
1994	21,5	56	20	(76)	18	6	1,75
1995	22,5	43	26	(69)	22	9	1,99
1996	23,5	48	25	(73)	19	8	1,88
1998	25,1	47	25	(72)	19	9	1,93
2000	27,2	53	28	(81)	13	6	1,73
2002	29,0	52	27	(79)	14	7	1,76

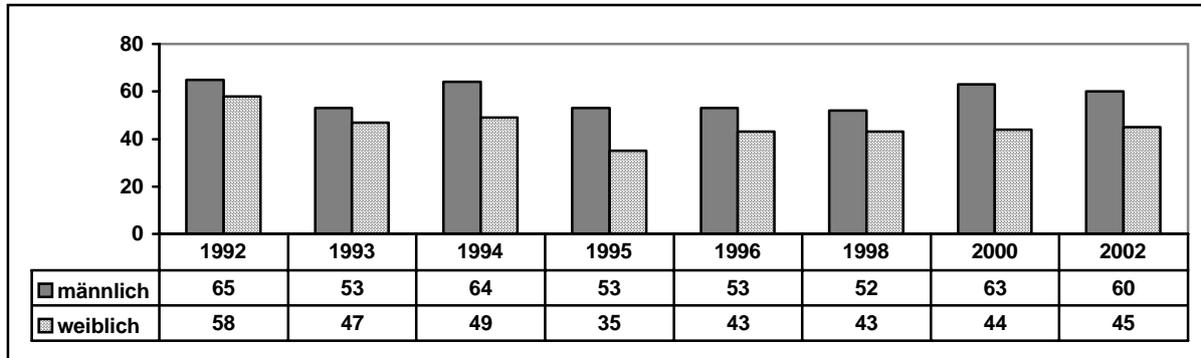
Abbildung 2: Anteil der Panelmitglieder mit einschränkungsloser bzw. eingeschränkter Zustimmung zur Wende im Trend 1992 bis 2002



Diese Daten belegen, dass nur eine Minderheit die früheren politischen Verhältnisse zurück wünscht.

Eine differenzierte Betrachtung der Geschlechtergruppen lässt allerdings deutliche Unterschiede der Urteile zwischen männlichen und weiblichen Teilnehmern erkennen, insbesondere im Hinblick auf die einschränkungslose Bejahung der Wende:

Abbildung 3: Anteil der Panelmitglieder mit einschränkungsloser Zustimmung zur Wende im Trend 1992 bis 2002, nach den Geschlechtergruppen getrennt (nur AP 1):



Die weiblichen Teilnehmer bejahen die Wende fast durchgängig signifikant weniger häufig einschränkungslos als ihre männlichen Altersgefährten. Ein wesentlicher Grund dafür ist die aus zahlreichen Ergebnissen dieser Studie ablesbare Tatsache, dass die jungen Frauen teilweise erheblich stärker von den negativen Folgen der gesellschaftlichen Veränderungen betroffen waren und sind als die jungen Männer.

Relativiert wird die grundsätzliche Bejahung der Wende durch die im Rahmen der 16. Welle 2002 erhobenen Angaben zu der Frage, inwieweit die Ziele der politischen Wende vom Herbst 1989 heute verwirklicht sind:

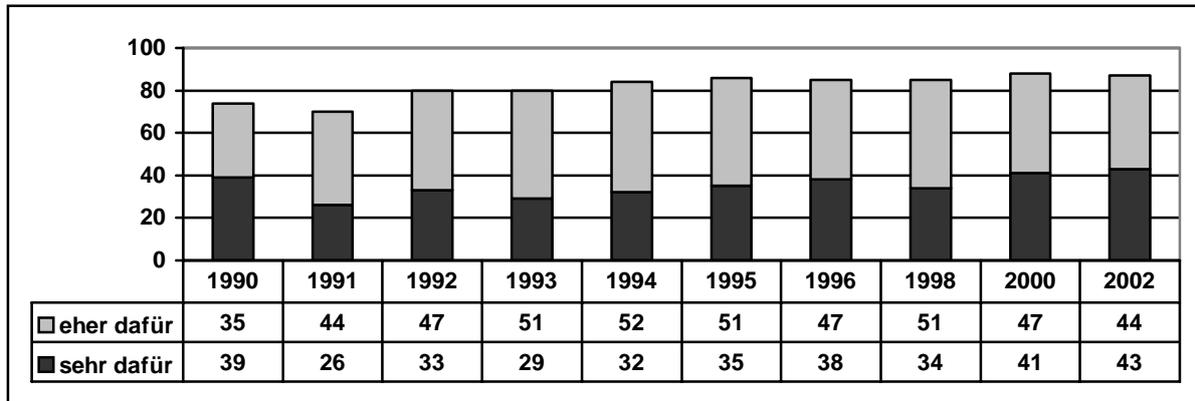
Tabelle 2: „Die Ziele der ‘friedlichen Revolution’ im Herbst ‘89 sind heute verwirklicht.“ (2002)
Das entspricht meiner Meinung
1 vollkommen 2 im großen und ganzen 3 teils-teils
4 kaum 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	n
Gesamt	2	26	(28)	58	13	1	414
Männlich	3	32	(35)	49	15	1	195
Weiblich	2	20	(22)	65	11	2	219

Nur ein reichliches Viertel der Panelmitglieder (28%) bejaht, dass die damaligen Ziele verwirklicht wurden, von den jungen Frauen erheblich weniger als von den jungen Männern (sign.). Die Mehrheit äußert sich ambivalent. Das widerspiegelt sich auch in den zusätzlichen Begründungen der getroffenen Urteile, von denen einige typische im Teil II (II.9.) genannt werden.

Vom Frühjahr 1990 an, also noch vor ihrem Vollzug (die TeilnehmerInnen waren rund 17 Jahre alt), wurde auch die Einstellung zur deutschen Einheit erfasst. Bei ihr konnte eine fast kontinuierlich wachsende Zustimmung beobachtet werden:

Abbildung 4: Grundeinstellung zur deutschen Einheit im Trend 1990 – 2002. Anteile einschränkungsloser und eingeschränkter Zustimmung



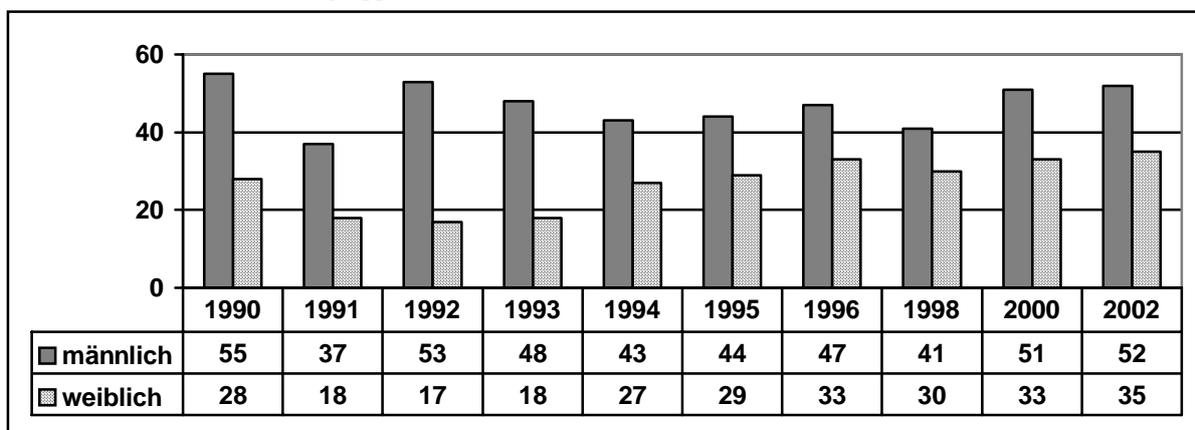
Die Daten von 1990 wurden im Frühjahr erhoben, also noch vor dem Beitritt. Ab 1991 wurde der Fragetext mit dem Satz eingeleitet: „Wir hatten 1990 folgende Frage gestellt. Wie würden Sie *heute* antworten?“

Dieser Trend gehört zu den interessantesten und zugleich bedeutsamsten Ergebnissen unserer Studie. Ablesbar ist, dass sich der Anteil der Einheitsbefürworter zwischen Mai 1990 und Sommer 2000, d.h. mit wachsendem zeitlichem Abstand zum Beitritt (und mit zunehmendem Alter der Panelmitglieder) deutlich erhöht hat, wenn auch meist mit der Einschränkung „eher dafür als dagegen“. Im Frühjahr 2002 ist dieses hohe Niveau der Zustimmung erhalten geblieben.

Das vereinte Deutschland ist für diese jungen Ostdeutschen inzwischen zu einer Selbstverständlichkeit geworden, die - von einer Minderheit abgesehen - nicht in Frage gestellt wird. Sie haben von ihm Besitz ergriffen, anerkennen und nutzen die sich aus der Vereinigung ergebenden Vorteile pragmatisch für ihre Persönlichkeitsentwicklung, vielfach (wenn auch meist unfreiwillig) für ihre berufliche Karriere, vor allem aber dafür, die neu gewonnene Reisefreiheit zu praktizieren. Diese steht bei den verbalen Angaben über die positiven Seiten der Vereinigung von Anfang an klar an erster Stelle, allerdings fast ausnahmslos durch die so oder ähnlich formulierte Einschränkung ergänzt wie „Reisen ist nur möglich, wenn man auch das nötige ‚Kleingeld‘ hat, sprich eine Arbeit besitzt und Geld verdienen kann.“

Die nach den Geschlechtergruppen differenzierten Zeitreihen lassen jedoch eine weitere, sehr bedeutsame Tendenz erkennen, insbesondere dann, wenn wir die Anteile einschränkungsloser Zustimmungen betrachten:

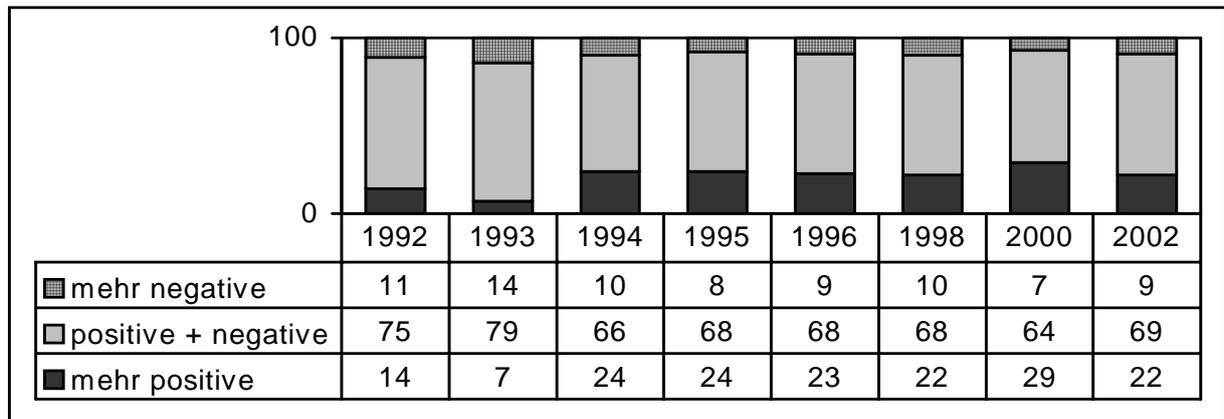
Abbildung 5: Anteile einschränkungsloser Zustimmungen zur deutschen Einheit im Trend (Position 1), nach Geschlechtergruppen differenziert



Ablesbar ist, dass die jungen Frauen über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg der Einheit erheblich weniger einschränkungslos bejahend gegenüber stehen als ihre männlichen Altersgefährten. Diese Erscheinung bleibt auch dann bestehen, wenn wir die Anteile der einschränkungslosen und ein-

geschränkten Zustimmung addieren. Sie ist (wie schon bei der Einstellung zur Wende) Ausdruck der weitaus stärkeren Betroffenheit der jungen Frauen durch negative Vereinigungsfolgen. Trotz der verbreiteten generellen Zustimmung zur Einheit werden ihre Folgen ambivalent beurteilt. Die überwiegende Mehrheit der Panelmitglieder reflektiert seit 1992 sowohl positive als auch negative Veränderungen:

Abbildung 6: Urteile über die Veränderungen in Ostdeutschland seit der Vereinigung im Trend 1992 - 2002



Fragetext: „Wenn Sie die Veränderungen in Ostdeutschland seit der Vereinigung bilanzieren: Gab es mehr positive oder mehr negative Veränderungen?“

- Insgesamt gesehen gab es in Ostdeutschland
- 1 mehr positive Veränderungen
 - 2 sowohl positive als auch negative
 - 3 mehr negative Veränderungen

Der bis 2000 erkennbare Trend einer Zunahme der Auffassung, es gäbe mehr positive Veränderungen, scheint im Jahr 2002 gestoppt zu sein, vermutlich auf dem Hintergrund der immer deutlicher zu Tage tretenden wirtschaftlichen Misere in Ostdeutschland.

Hinzu kommt, dass die Verwirklichung der Einheit immer weiter in die Zukunft verlagert wird. Das geht aus zwei offenen Fragen (ohne Antwortvorgaben) danach hervor, wie lange es wohl dauern wird, bis es den Ostdeutschen wirtschaftlich so gut geht wie jetzt den Westdeutschen bzw. bis Ostdeutsche und Westdeutsche zu einer richtigen Gemeinschaft zusammengewachsen sind. Die folgende Tabelle informiert über die Mittelwerte der Gesamtgruppen der Teilnehmer der 12., 13., 14. und 16. Welle sowie über die prognostizierten Jahre (vom jeweiligen Zeitpunkt aus betrachtet):

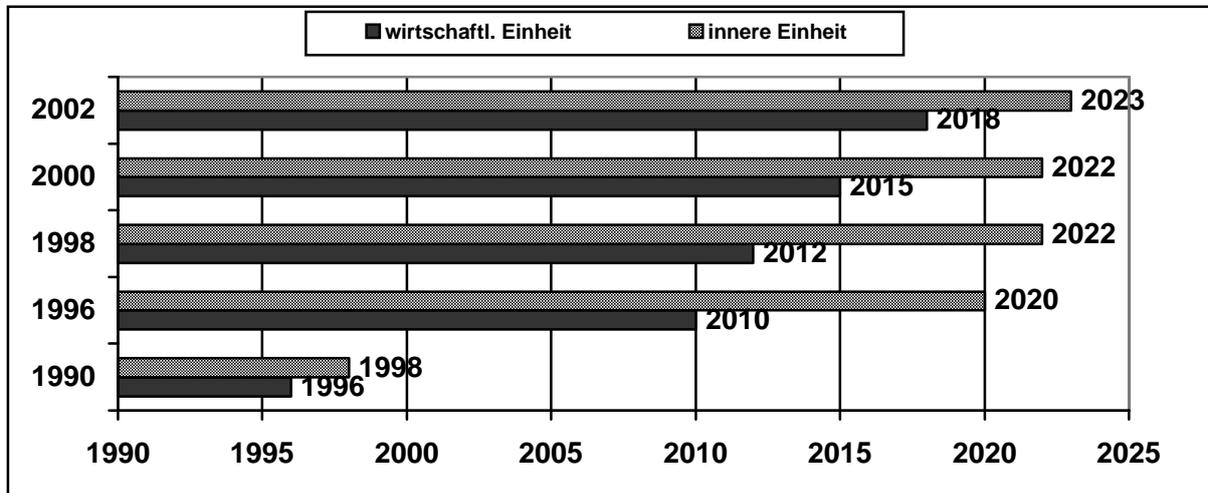
Tabelle 3: Zeitliche Vorstellungen von der Verwirklichung der wirtschaftlichen bzw. der inneren Einheit „Wie lange wird es dauern ...“

- a) bis es den Ostdeutschen wirtschaftlich so gut geht wie jetzt den Westdeutschen?
- b) bis Ostdeutsche und Westdeutsche zu einer richtigen Gemeinschaft zusammengewachsen sind?“

Befragungsjahr	Mittelwert	prognostiziertes Jahr (gerundet)
a) wirtschaftliche Einheit		
1990*)	6,2	1996
1996	14,2	2010
1998	13,7	2012
2000	14,7	2015
2002	15,9	2018
b) innere Einheit		
1990*)	8,2	1998
1996	23,3	2020
1998	24,4	2022
2000	21,4	2022
2002	20,6	2023

*) Die Daten von 1990 stammen nicht aus dieser Studie, sondern aus einer DDR-repräsentativen Umfrage des ZIJ vom September 1990, berechnet für die Altersgruppe der 18 - bis 24-Jährigen.

Abbildung 7: Prognostizierte Jahre für die Herstellung der wirtschaftlichen bzw. inneren Einheit zu den fünf Befragungszeitpunkten zwischen 1990 und 2002



Dieser Trend ist außerordentlich informativ. Im Mittel gehen die Panelmitglieder 2002 davon aus, dass es noch 16 Jahre dauern wird, bis die wirtschaftlichen Verhältnisse in Ostdeutschland denen im Westen angeglichen sind (das wäre im Jahr 2018). Im September 1990, kurz vor der Vereinigung, wurde im Ergebnis einer identischen Frage für die Altersgruppe der 18 - 24-Jährigen ein Durchschnittswert von nur 6,2 Jahren (DDR-Bevölkerung insgesamt: 6,1 Jahre) berechnet (das wäre 1996 gewesen!!).

Noch wesentlich mehr Zeit wird den Vorstellungen der Panelmitglieder zufolge vergehen, bis die Ostdeutschen und Westdeutschen zu einer „richtigen Gemeinschaft“ zusammengewachsen sind: im Durchschnitt 20,6 Jahre (d. h. im Jahre 2023). 1990 wurde hierzu ein Mittelwert von nur 8,2 Jahren ermittelt (das wäre 1998 gewesen!!).

Der Zeithorizont des Zusammenwachsens beider Landesteile hat sich demnach seit der Vereinigung gravierend vergrößert. Diese Vorstellungen widerspiegeln sehr anschaulich die ursprünglichen Hoffnungen auf das vereinte Deutschland und die nachfolgenden Enttäuschungen dieser jungen Leute von den Realitäten des Vereinigungsprozesses und von einer gesicherten Zukunft in Ostdeutschland.

4. Gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem überwiegen noch immer Skepsis und Kritik

Geringe Zufriedenheit mit vielen Seiten des Gesellschaftssystems

Zahlreiche Ergebnisse unserer Studie lassen den eindeutigen Schluss zu, dass die verbreitete Bejahung der deutschen Einheit nicht gleichbedeutend ist mit der Zustimmung zum neuen Gesellschaftssystem. Dieses System wird auch ein reichliches Jahrzehnt nach dem Systemwechsel mehrheitlich skeptisch oder kritisch betrachtet.

Diese Sicht äußert sich sehr deutlich in der überwiegend geringen Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten des Gesellschaftssystems, die im Rahmen unserer Studie seit mehreren Jahren untersucht werden. Die folgende Tabelle informiert über die im Jahr 2002 gewonnenen Ergebnisse (geordnet nach der addierten Häufigkeit der Ap 1+2):

Tabelle 4: Zufriedenheit mit der Gesellschaft, 16. Welle 2002
 „Wie zufrieden sind Sie mit dem Folgenden?“
 1 sehr zufrieden 2 zufrieden
 3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

	1	2	(1+2)	3	4	X
mit der Außenpolitik	4	46	(50)	35	15	2,6
mit der Demokratie	3	43	(46)	43	11	2,6
mit der Wirtschaftsordnung	1	32	(33)	51	16	2,8
mit der Militärpolitik	1	28	(29)	45	26	3,0
mit dem politischen System in der BR Deutschland	0	27	(27)	57	16	2,9
mit der Familienpolitik	0	22	(22)	44	34	3,1
mit der Gesundheitspolitik	0	20	(20)	44	36	3,2
mit der Sozialpolitik	0	17	(17)	50	33	3,2
mit der Lohnpolitik in Ostdeutschland	0	8	(8)	32	60!!	3,6

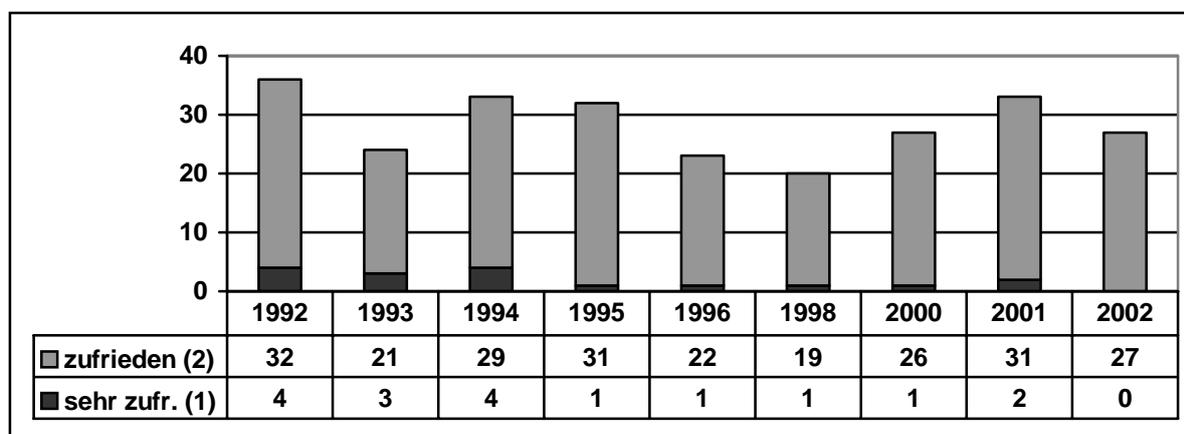
Mit einer Ausnahme überwiegt eindeutig geringe Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit. Verhältnismäßig günstig fällt noch die Beurteilung der Außenpolitik aus, mit der die reichliche Hälfte der Teilnehmer sehr zufrieden (4%) oder zufrieden (46%) ist. Knapp die Hälfte (46%) ist mit der Demokratie mehr oder weniger stark zufrieden.

Mit den anderen Aspekten ist gerade oder weniger als ein Drittel zufrieden. Das betrifft die Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung (33%), mit der Militärpolitik (29%) und - besonders wesentlich - mit dem politischen System (27%). Noch geringer ist allerdings die Zufriedenheit mit der Familienpolitik (22%), der Gesundheitspolitik (20%) und der Sozialpolitik (17%). Bei der Lohnpolitik im Osten ist mit 61 % der Anteil derer am höchsten, die völlig unzufrieden sind. Das verweist auf die Brisanz der Lohnsituation und die hohe Aktualität der Diskussion um eine Lohnangleichung an den Westteil.

Im Rahmen der 16. Welle fragten wir übrigens auch danach, wie lange es wohl dauern wird, bis im Osten gleicher Lohn wie im Westen bezahlt wird. Im Durchschnitt betrachtet vermuten unsere TeilnehmerInnen eine Dauer von 12, 4 Jahren, d.h. etwa im Jahre 2014! Die von der Politik in Aussicht gestellte Lohnangleichung in 7 Jahren wird offenbar nicht ernst genommen.

Zu zahlreichen Aspekten liegen mittlerweile langjährige Trends vor, so z.B. zur Zufriedenheit mit dem politischen System, einem der aussagekräftigsten Kriterien der Einstellung zum neuen Gesellschaftssystem:

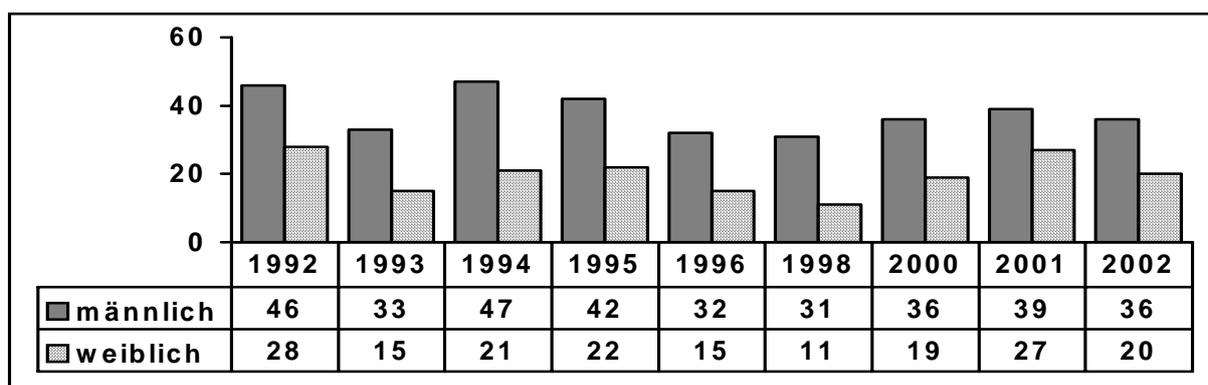
Abbildung 8: Zufriedenheit mit dem politischen System im Trend 1992 - 2002. Anteile einschränkungsloser und eingeschränkter Zufriedenheit (Ap 1 und 2)



Der Anteil systemzufriedener Panelmitglieder geht zu keinem Zeitpunkt über ein reichliches Drittel hinaus, die wenigsten davon sind sehr zufrieden (2002: null Prozent, Maximum 1992 bzw. 1994 mit 4 %). Zwischen 1994 und 1998 war sogar ein signifikanter Abwärtstrend zu erkennen, der nachweislich

in einem engen Zusammenhang mit dem Rückgang des Vertrauens zu den Unionsparteien CDU/CSU in der Endzeit der Kohl-Ära stand. Offensichtlich führte dieser Vertrauensverlust in diesem Zeitraum bei sehr vielen Teilnehmern zu einem generellen Vertrauensverlust gegenüber der jetzigen gesellschaftlichen Ordnung, insbesondere dem politischen System. Die tendenzielle Zunahme der Systemzufriedenheit Ende 2001 hat sich 2002 nicht fortgesetzt.

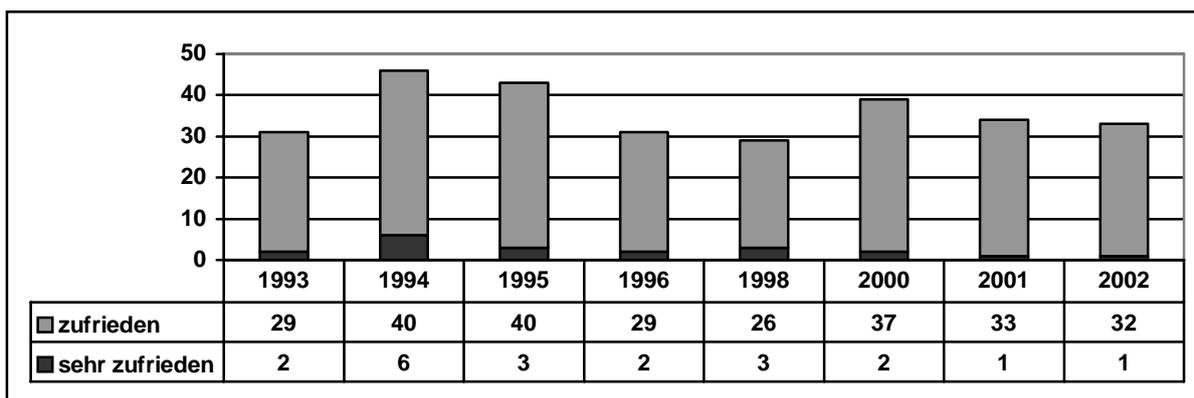
Abbildung 9: Zufriedenheit mit dem politischen System im Trend 1992 bis 2002, nach den Geschlechtergruppen differenziert. Zusammengefasste Anteile einschränkungsloser und eingeschränkter Zufriedenheit (Ap 1 und 2)



Der nach den Geschlechtergruppen differenzierte Trend lässt erkennen, dass die weiblichen Panelmitglieder mit dem politischen System über den gesamten Zeitraum hinweg erheblich weniger zufrieden sind als ihre männlichen Altersgefährten (die Unterschiede sind durchweg hoch signifikant). 80% von ihnen sind 2002 mehr oder weniger unzufrieden - deutlicher kann die überaus kritische Sicht dieser jungen Frauen auf das jetzige Gesellschaftssystem kaum zum Ausdruck kommen!

Nur schwach ausgeprägt war zu allen Zeitpunkten die Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung:

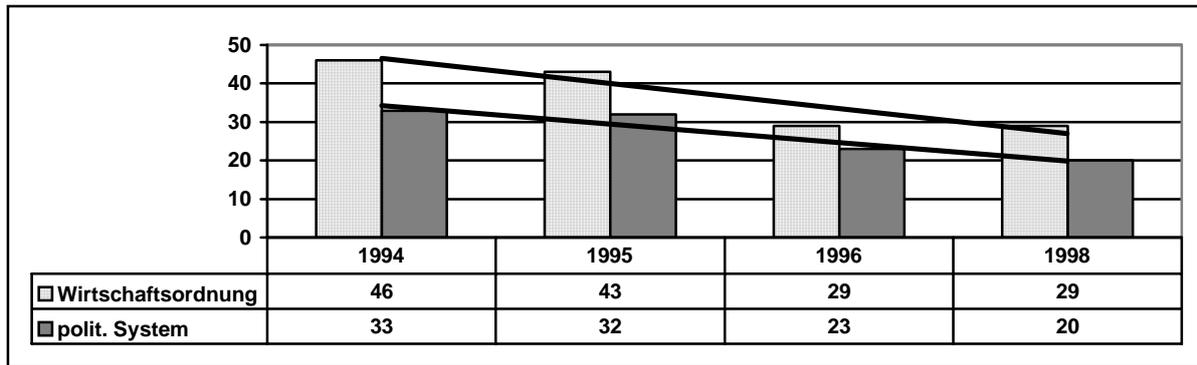
Abbildung 10: Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung im Trend 1993 – 2002. Anteile einschränkungsloser und eingeschränkter Zufriedenheit (Ap 1 und 2)



Erkennbar ist, dass der Prozentanteil der mehr oder weniger stark zufriedenen Panelmitglieder zu keinem Zeitpunkt die 50%-Marke überschritten hat. Darüber hinaus fällt auch hier der starke Abwärtstrend der Zufriedenheit zwischen 1994 und 1998 von 47% auf 29% auf, der im Jahr 2000 gestoppt schien, sich danach jedoch erneut durchzusetzen scheint!

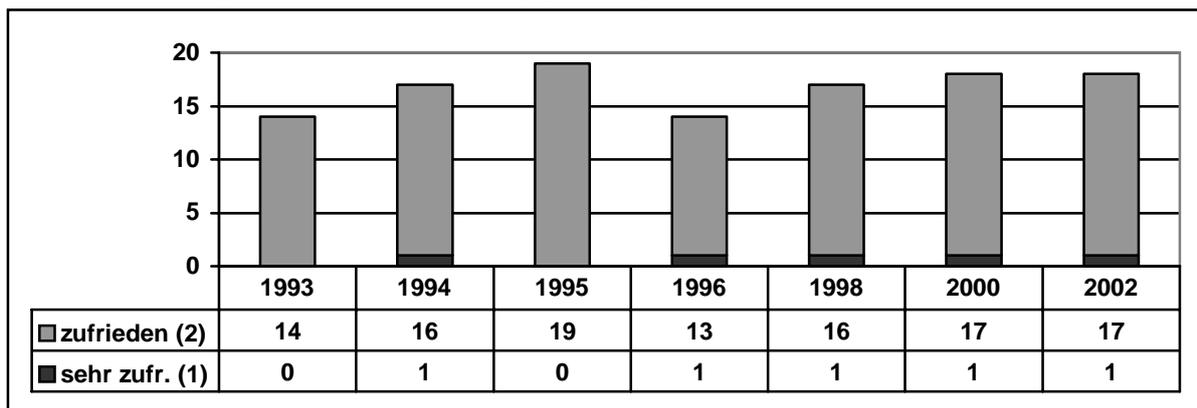
Die Entwicklung zwischen 1994 und 1998 ist auf dem Hintergrund des bekannten Zusammenhanges zwischen wirtschaftlicher Effektivität und politischer Legitimität besonders interessant, hier allerdings mit negativem Vorzeichen: Schon optisch ist der zeitlich synchron verlaufende Absturz der Zufriedenheit mit dem Wirtschaftssystem einerseits und dem politischen System andererseits in diesem Zeitraum zu erkennen. Wir stellen beide Trends noch einmal direkt gegenüber:

Abbildung 11: Trend der Zufriedenheit mit dem politischen System bzw. mit der jetzigen Wirtschaftsordnung zwischen 1994 und 1998, zeitgleich im Zusammenhang betrachtet



Anhand tatsächlich so verlaufener Prozesse ist ablesbar, dass in diesem Zeitraum die Zufriedenheit mit dem politischen System um so geringer ausfällt, je schwächer die Zufriedenheit mit dem Wirtschaftssystem ist. Differenzierte Längsschnittanalysen und Regressionsanalysen bestätigen diesen Zusammenhang, wir können hier aus Platzgründen nicht näher darauf eingehen (ausf. s. Förster 2002, S. 95). Ebenfalls zu allen Zeitpunkten nur schwach entwickelt war die Zufriedenheit mit der Sozialpolitik:

Abbildung 12: Zufriedenheit mit der Sozialpolitik im Trend 1993 bis 2002. Anteile einschränkungsloser und eingeschränkter Zufriedenheit (Ap 1 und 2)



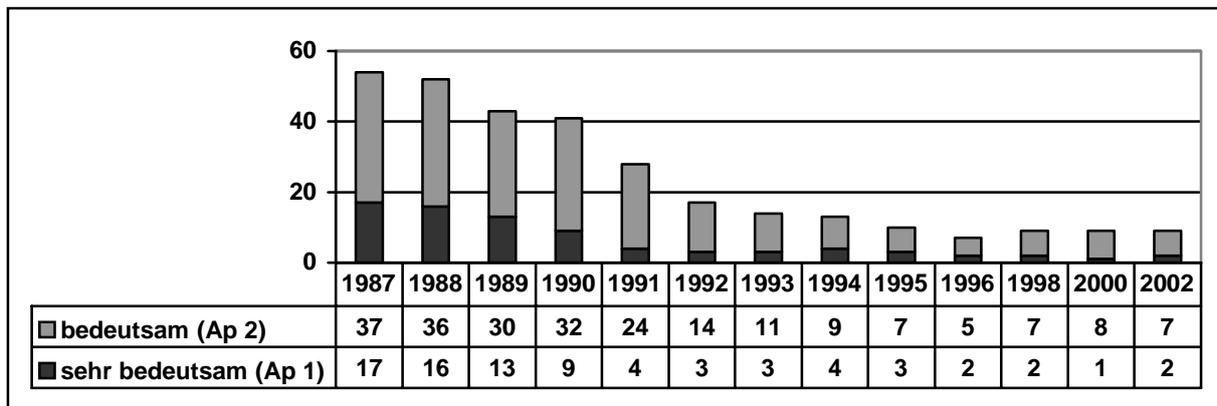
Auch nach dem Regierungswechsel im Herbst 1998 blieb die Zufriedenheitsquote faktisch unverändert gering. Der Anteil sehr zufriedener Panelmitglieder liegt faktisch bei Null.

Im Zusammenhang mit der geringen Zufriedenheit mit der Militärpolitik muss erwähnt werden, dass der Regierungskurs hinsichtlich der Beteiligung Deutschlands an den militärischen Aktionen der USA im Frühjahr 2002 nur von einem reichlichen Drittel (36%) der Panelmitglieder unterstützt wird (männlich 47%, weiblich nur 25%)!. Das hat deutliche negative Rückwirkungen auf die Zufriedenheit mit der Militärpolitik, aber auch mit dem politischen System.

Bereitschaft zu politischer Partizipation geht gegen Null

Für die noch immer bestehende Distanz gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem beinhaltet die Studie viele weitere Belege, auf die hier nur cursorisch hingewiesen werden kann. Sehr klar geht sie vor allem aus dem gravierenden Rückgang der Bereitschaft der Panelmitglieder zur politischen Partizipation hervor. Dazu liegen im Rahmen einer umfangreichen Batterie von Lebenszielen Daten seit 1987 vor:

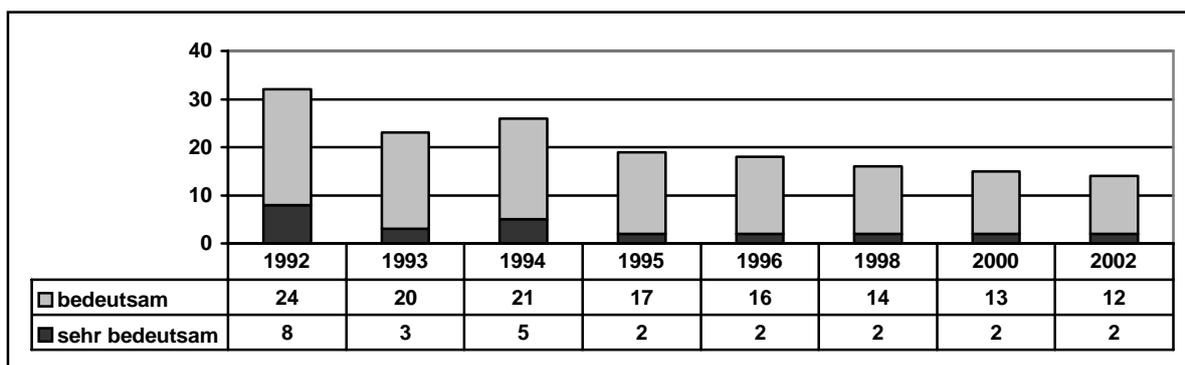
Abbildung 13: Orientierung auf aktive Teilnahme am politischen Leben im Trend 1987 – 2002. Anteile sehr starker und starker Orientierung (Ap 1 und 2)



Fragetext: Wie bedeutsam ist das Lebensziel für Sie „aktiv am politischen Leben teilnehmen“?
Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam

Das ist einer der aussagekräftigsten Trends unserer Studie. Die Orientierung der Panelmitglieder auf eine aktive Teilnahme am politischen Leben hatte bereits vor der Wende drastisch abgenommen, Widerspiegelung der sich seit Mitte der 80er Jahre verstärkenden Enttäuschung von der Politik der SED. Erkennbar ist aber auch, dass dieser Abwärtstrend nach der Wende - nach einer kurzzeitigen leichten Zunahme im Frühjahr 1990 - weiter gegangen ist, sich sogar absturztartig verstärkt hat. Diese Tatsache kann nur als Ausdruck einer erneuten Enttäuschung und der Verweigerung eines großen Teils der Panelmitglieder auch gegenüber dem neuen gesellschaftlichen System betrachtet werden. Diese Enttäuschung äußert sich auch in dem klaren Rückgang der Orientierung darauf, in die „oberen Schichten der Gesellschaft“ aufzusteigen:

Abbildung 14: Lebensziel „In die oberen Schichten der Gesellschaft aufsteigen“ im Trend 1992 – 2002. Anteile sehr starker und starker Orientierung (Ap 1 und 2)



Der Anteil der Panelmitglieder, die zur Elite der jetzigen Gesellschaft gehören wollen, ist stark rückläufig. Wollten 1992 immerhin noch 32% in die „oberen Schichten“ aufsteigen, ging dieser Anteil im Jahr 2002 auf 14% zurück - ebenfalls ein Indiz für die zunehmende Distanz gegenüber dem Gesellschaftssystem. Hintergrund ist sehr wahrscheinlich u.a. die Erfahrung, als Ostdeutscher nur geringe oder überhaupt keine Chancen zu haben, in die nach wie vor ausschließlich oder vorwiegend von Westdeutschen dominierte gesellschaftliche Elite vorzustoßen - ein grundsätzliches Problem Ostdeutschlands, seiner Integration in eine gesamtdeutsche Gesellschaft. Mit der abnehmenden Neigung zu Aufstieg und Prestigegewinn versiegt zugleich eine bedeutende Quelle der Identifikation mit den Werten und Normen der jetzigen Gesellschaft.

Ohne Arbeit keine Freiheit!

In den verbalen Aussagen der TeilnehmerInnen war faktisch von Anfang der 90er Jahre an häufig die Meinung zu lesen, „dass Freiheit wenig nützt, wenn man keine Arbeit hat.“ Zur quantitativen Verbreitung dieser Auffassung liegen Trenddaten seit 1996 vor:

Tabelle 5: Freiheit und Arbeitslosigkeit
 „Welchem der beiden Standpunkte würden Sie sich am ehesten anschließen?“
 1 Für mich ist entscheidend, dass ich in Freiheit leben kann, bei allen Problemen, die es jetzt vor allem durch die hohe Arbeitslosigkeit gibt.
 2 Freiheit nützt mir nichts, wenn ich keine Arbeit habe.
 0 Das ist schwer zu sagen.

		1	2	0
1996		32	49	19
1998		35	48	17
2000		41	44	15
2001		44	37	19
2002		44	37	19
2002	männlich	52	33	15
	weiblich	36	41	23
	<i>arbeitslos gewesen?</i>			
	Mehrmals	39	43	18
	Einmal	44	38	18
	Nein	47	31	22
	<i>Angst vor eigener Arbeitslosigkeit?</i>			
	Stark	26	53!	21
	Eher stark	23	48	29
	Eher schwach	51	33	16
	Schwach	61	24	15

Zwischen 1996 und 2002 hat sich der Anteil derer erhöht, für die es entscheidend ist, in Freiheit zu leben, trotz der bestehenden hohen Arbeitslosigkeit. Die Quote derer, für die Arbeitslosigkeit eine Einschränkung ihrer Freiheit bedeutet, hat dagegen abgenommen, umfasst aber auch 2002 noch 37%, bei den jungen Frauen sogar 41% gegenüber 33% bei den jungen Männern. Der Zusammenhang mit eigener Arbeitslosigkeit hat sich abgeschwächt, besteht jedoch noch tendenziell. Erstaunlich stark ist der Zusammenhang mit der Angst vor eigener Arbeitslosigkeit: Je stärker diese ausgeprägt ist, um so höher ist der Anteil derer, für die Arbeitslosigkeit eine Einschränkung ihrer Freiheit bedeutet (sign.).

Starke Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des Gesellschaftssystems

Die Distanz der Panelmitglieder gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem kulminiert in weit verbreiteten Zweifeln an seiner Zukunftsfähigkeit:

Tabelle 6: Einstellungen zum jetzigen Gesellschaftssystem
 Das entspricht meiner Meinung vollkommen 1, 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
<i>„Das jetzige Gesellschaftssystem wird die dringenden Menschheitsprobleme lösen.“</i>						
2000	1	9	(10)	30	32	28
2001	1	5	(6)	28	32	34
2002	0	5	(5)	28	34	33

	1	2	(1+2)	3	4	5
<i>„Das jetzige Gesellschaftssystem ist das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell.“</i>						
2000	0	7	(7)	33	29	31
2001	1	14	(15)	38	26	21
2002	1	6	(7)	31	32	30
<i>„Ich hoffe, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleibt.“</i>						
2001	3	15	(18)	43	21	18
2002	1	11	(12)	38	25	25
2002						
männlich	1	14	(15)	42	21	22
weiblich	2	8	(10)	34	28	28

Fast unverändert glaubt 2002 nur eine Minderheit der Panelmitglieder daran, dass das jetzige Gesellschaftssystem die dringenden Menschheitsprobleme lösen wird, die meisten zweifeln stark daran. Der Anteil derer, die das jetzige Gesellschaftsmodell als das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell ansehen, stieg zwar Ende 2001(nach den Ereignissen vom 11. September) leicht an, ging 2002 jedoch wieder zurück und bleibt ebenfalls eine Minderheit. Die Hoffnung, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleibt, haben im Frühjahr 2002 nur 12%, 50% erhoffen das Gegenteil, 38% äußern sich ambivalent. Die jungen Frauen artikulieren sich weitaus kritischer als die jungen Männer, betrachten das jetzige System erheblich weniger häufig als das „Ende der Geschichte“. Die Distanz der Panelmitglieder gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem äußert sich nicht zuletzt in ihren Zweifeln daran, in einer menschlichen Gesellschaft zu leben:

Tabelle 7: Erfahrung, in einer menschlichen Gesellschaft zu leben, im Trend 1998 bis 2002
 „Haben Sie in den letzten zwei, drei Jahren die Erfahrung gemacht, dass Sie in einer menschlichen Gesellschaft leben?“

Jahr	ja	nein	schwer zu sagen
1998	30	36	34
2000	37	37	26
2002	35	36	29

Nur rund ein Drittel hat bisher diese Erfahrung gemacht, ebenso viele verneinen dies, ein knappes Drittel weicht einer Antwort aus. Ein Trend zu zunehmender Bejahung ist nicht auszumachen.

Gemischte Gefühle gegenüber westlicher Lebensart

Der westlichen Lebensart stehen die meisten noch mit gemischten Gefühlen gegenüber, insbesondere die jungen Frauen:

Tabelle 8: Einstellung zur westlichen Lebensart im Trend 1996 bis 2002
 „Wie gefällt Ihnen die westliche Lebensart?“
 Sie gefällt mir 1 vollkommen 2 im großen und ganzen 3 teils-teils
 4 kaum 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
1996	6	34	(40)	50	9	1
2000	4	40	(44)	50	4	2
2002	6	41	(47)	47	5	1
<i>Arbeitslos gewesen?</i>						
Mehrmals	4	30	(34)	58	5	3
Einmal	3	47	(50)	42	6	2
Nein	10	44	(54)	42	4	0

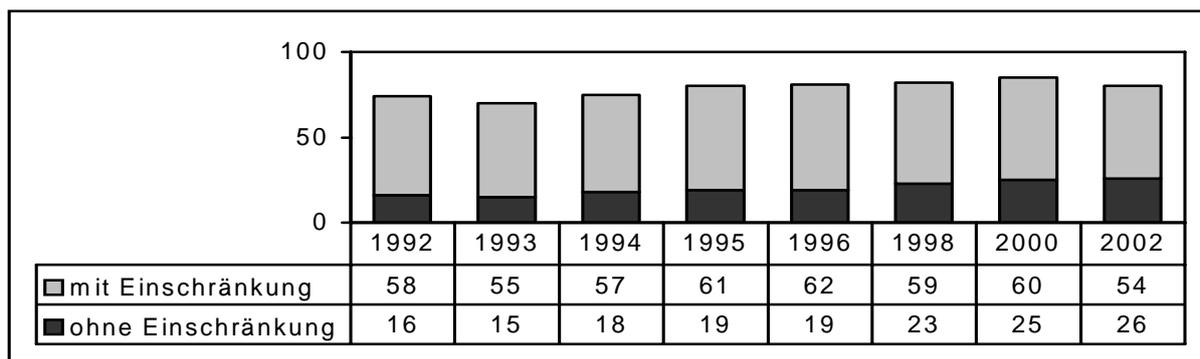
		1	2	(1+2)	3	4	5
Wohnregion							
lebt im Westen		9	57	(66)	29	4	1
lebt im Osten		5	36	(41)	53	5	1
lebt im Osten	männlich	7	44	(51)	43	3	3
	weiblich	3	29	(32)	60	8	0

47% lassen 2002 erkennen, dass ihnen die westliche Lebensart gefällt (darunter 6% ohne Abstriche), ebenso viele äußern sich ambivalent, 6% ablehnend. Erfahrene Arbeitslosigkeit wirkt stark differenzierend: Panelmitglieder, die bereits mehrmals arbeitslos waren, äußern sich erheblich weniger häufig positiv als jene, die bisher nicht arbeitslos waren. Interessant ist, dass TeilnehmerInnen, die im Westen bzw. im Ausland leben (und tendenziell weniger von Arbeitslosigkeit betroffen sind), weitaus häufiger von ihr angetan sind als die im Osten gebliebenen; Letztere lehnen diese aber nicht häufiger ab, sondern stehen ihr weitaus häufiger ambivalent gegenüber. Die jungen Frauen stehen der westlichen Lebensart viel weniger häufig positiv gegenüber als die jungen Männer, insbesondere im Osten!

Immer mehr finden sich in der neuen Gesellschaft zurecht

Die bestehende Distanz gegenüber dem Gesellschaftssystem hindert die jungen Ostdeutschen keineswegs, sich in der neuen Ordnung zurechtzufinden:

Abbildung 15: Zurechtfinden in der neuen Gesellschaft im Trend 1992 bis 2002. Anteile der Panelmitglieder, die sich einschränkungslos (Ap 1) oder mit Einschränkungen (Ap 2) zurechtfinden



Fragetext: „Wie kommen Sie - alles in allem - mit den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen zurecht?“
1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

Im Gegenteil: Wie der Trend zwischen 1992 und 2000 belegt, kommen sie mit den jetzigen Verhältnissen durchaus zurecht, sogar mit zunehmender Tendenz. Nur wenige Teilnehmer haben größere Schwierigkeiten, die „Spielregeln“ des jetzigen Systems zu erkennen und sich entsprechend zu verhalten. Allerdings fällt das den jungen Frauen durchweg etwas schwerer als den jungen Männern. Ob die leicht rückläufigen Daten von 2002 eine Trendwende andeuten, bleibt abzuwarten.

5. Anhaltende Distanz gegenüber den politischen Parteien

Die kritische Grundhaltung der meisten Panelmitglieder äußert sich besonders anschaulich in ihrer Distanz gegenüber den politischen Parteien. Grundlage unserer langjährigen Analysen ist nicht die so genannte „Sonntagsfrage“, sondern das Maß an Vertrauen, das den Parteien entgegen gebracht wird. Wir informieren zunächst über die im Frühjahr 2002 ermittelten Vertrauensquoten:

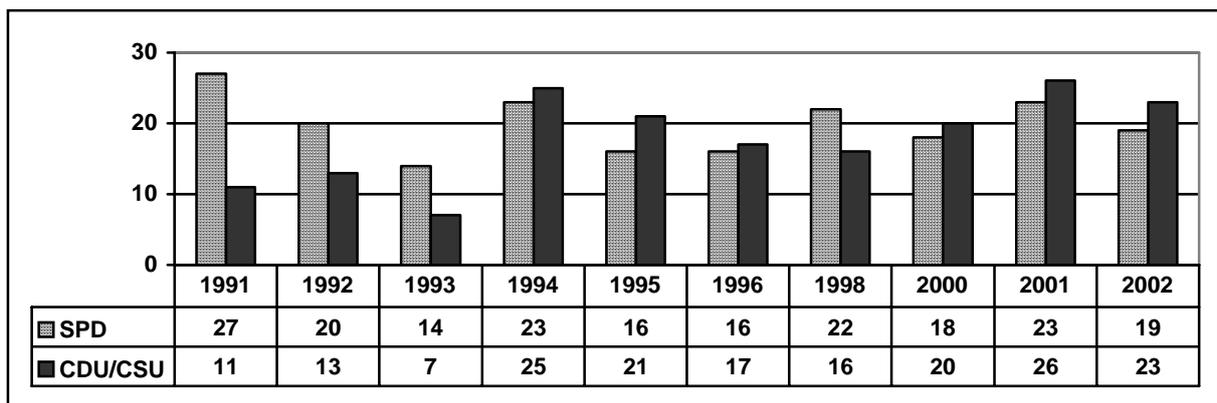
Tabelle 9: Ausprägung des Vertrauens zu den Parteien 2002
 „Inwieweit haben Sie Vertrauen zu folgenden Parteien?“
 1 sehr großes 2 großes 3 geringes 4 überhaupt keins

	1	2	(1+2)	3	4
CDU/CSU	3	20	(23)	52	25
SPD	1	19	(20)	58	22
PDS	1	16	(17)	46	37
FDP	1	13	(14)	48	38
Bündnis 90/Die Grünen	0	8	(8)	41	51

Partei rechtsstaatlicher Offensive („Schillpartei“)	2	5	(7)	18	75
Republikaner oder andere rechte Parteien	0	2	(2)	12	86

Bei den Trends beschränken uns hier auf die Angaben zu den größten demokratischen Parteien. Von 1991 an (6. Welle) wurde untersucht, inwieweit die Panelmitglieder Vertrauen zu den beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD haben, ab 1992 wurden vier weitere Parteien einbezogen: Bündnis 90/Grüne, PDS, FDP und Republikaner. Aus den Trends geht hervor: Die Vertrauensquoten erreichen bei keiner der demokratischen Parteien ein Drittel der TeilnehmerInnen, sie liegen meist weit darunter. Wir belegen das zunächst für die Unionsparteien CDU/CSU und für die SPD:

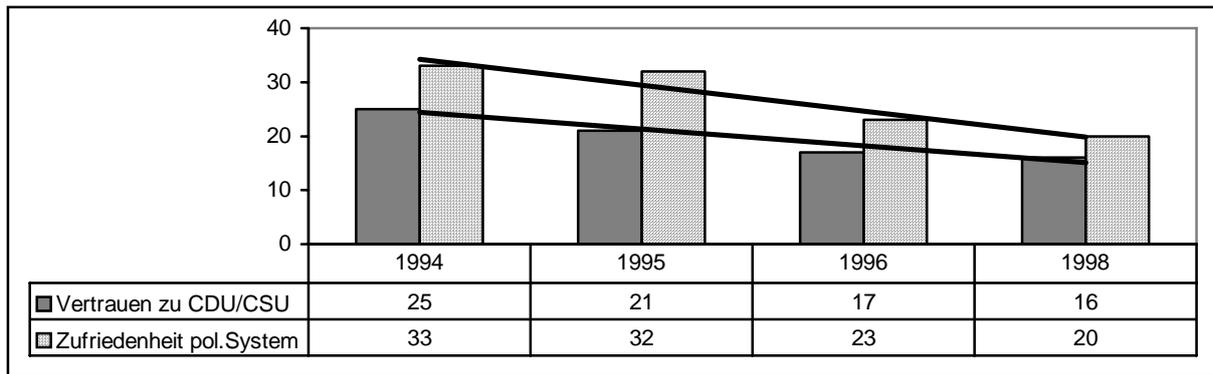
Abbildung 16: Entwicklung der Quoten sehr großen bzw. großen Vertrauens gegenüber SPD und CDU/CSU im Trend 1991 bis 2002 (Ap1 und 2 wurden zusammengefasst)



Fragetext: „Inwieweit haben Sie Vertrauen zu den folgenden Parteien?“
 1 sehr großes 2 großes 3 geringes 4 überhaupt keins

Bemerkenswert und unübersehbar ist der deutliche Rückgang des Vertrauens zu CDU/CSU zwischen 1994 und 1998: Äußerten 1994 noch 25% der Panelmitglieder sehr großes oder großes Vertrauen, sank dieser Anteil bis 1998 kontinuierlich und signifikant auf 16% ab. Dieser erhebliche Vertrauensverlust (auf einem niedrigen Niveau) ging zeitgleich mit einem ebenfalls klaren Rückgang der Zufriedenheit mit dem politischen System in diesem Zeitraum einher. Das heißt: Aus der Vertrauenskrise gegenüber den Unionsparteien entwickelte sich bei den Teilnehmern offensichtlich eine generelle Vertrauenskrise gegenüber dem politischen System. Wir stellen beide Trends noch einmal gegenüber:

Abbildung 17: Entwicklung des Vertrauens gegenüber CDU/CSU und der Zufriedenheit mit dem politischen System zwischen 1994 und 1998, zeitgleich im Zusammenhang betrachtet (die Ap 1 und 2 wurden jeweils zusammengefasst)



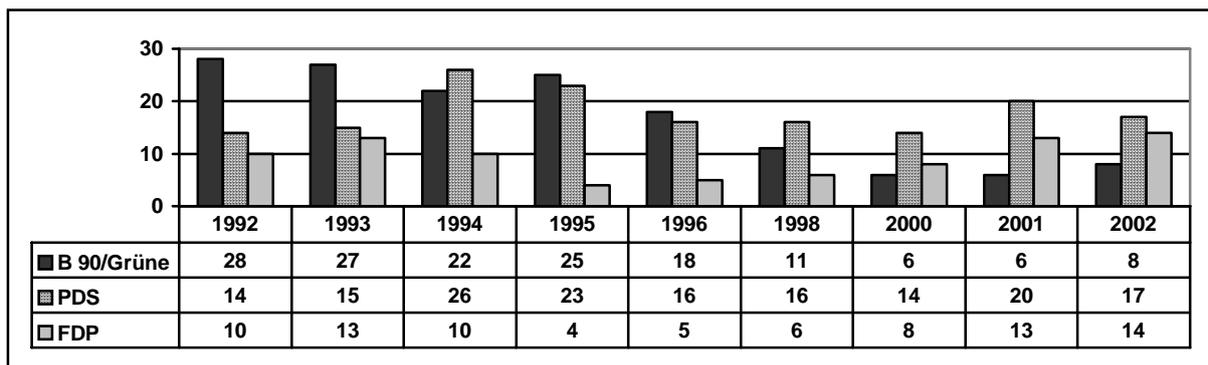
Fragetexte: Inwieweit haben Sie Vertrauen zur CDU/CSU?
 1 sehr großes 2 großes 3 geringes 4 überhaupt keins

Wie zufrieden sind Sie mit dem politischen System?
 1 sehr zufrieden 2 zufrieden 3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

Auch multiple Regressionsanalysen belegen, dass der Rückgang der Systemzufriedenheit in diesem Zeitraum in einem statistisch gesicherten Zusammenhang mit dem Vertrauensverlust gegenüber CDU/CSU steht. Die Ausprägung des Vertrauens gegenüber den anderen demokratischen Parteien spielte dabei keine oder nur eine äußerst geringe Rolle. Wir vermuten, dass sich die Politik der CDU/CSU-Koalition in den letzten Jahren der Kohl-Ära auch negativ auf die Identifikation unserer Panelmitglieder mit dem neuen Gesellschaftssystem ausgewirkt hat (ausf. siehe Förster 2002, S. 98).

Auch den anderen demokratischen Parteien ist es in den 90er Jahren nicht gelungen, das Vertrauen größerer Teile der Panelmitglieder zu gewinnen:

Abbildung 18: Entwicklung der Quoten sehr großen bzw. großen Vertrauens gegenüber PDS, FDP und Bündnis 90/Grüne im Trend 1992 bis 2002 (Ap 1 und 2 wurden zusammengefasst)



Fragetext: „Inwieweit haben Sie Vertrauen zu den folgenden Parteien?“
 1 sehr großes 2 großes 3 geringes 4 überhaupt keins

Auffällig sind insbesondere der steile Abfall der Vertrauensquoten gegenüber Bündnis 90/Grüne seit Mitte der 90er Jahre sowie der Anstieg des Vertrauens zur PDS bis Mitte der 90er Jahre und der sich anschließende Rückgang, der ab 2001 jedoch gestoppt scheint. Bemerkenswert ist auch die leichte, aber kontinuierliche Zunahme der Vertrauensquoten gegenüber der FDP ab 1996.

Korrelationen belegen eindeutig: Die verbreitete Unzufriedenheit mit dem politischen System (ähnlich: mit der Demokratie), mit der gesellschaftlichen Entwicklung insgesamt geht in beträchtlichem Maße auf die schwache Vertrauensbasis der demokratischen Parteien zurück. Eine Trendwende ist

gegenwärtig nicht in Sicht. Im Gegenteil: seit 1994 hat sich der Anteil der Panelmitglieder, die zu keiner der demokratischen Parteien sehr großes oder großes Vertrauen haben, kontinuierlich von rund einem Drittel auf rund die Hälfte erhöht!

Seit 1993 wird erfasst, von welcher Partei sich die Panelmitglieder am besten vertreten fühlen. Bei der 16. Welle ergab sich folgende Verteilung:

Tabelle 10: Erleben der Interessenvertretung durch die Parteien 2002
 „Von welcher dieser Parteien fühlen Sie sich am besten vertreten?“

Partei	gesamt	Ost	West
CDU/CSU	20	21	18
SPD	14	11	23
PDS	11	11	11
FDP	4	3	6
„Schillpartei“	4	5	1
B 90/Grüne	3	3	5
Republikaner oder andere rechte P.	1	1	2
Von keiner	43	45	34

Die Verteilungen unterscheiden sich signifikant ($P = .037$) zwischen denen, die im Osten bzw. im Westen leben. Das macht sich insbesondere in der stärkeren Präferenz der SPD bei denen bemerkbar, die im Westen leben.

Auffällig ist, dass nur bei einem kleinen Teil unserer Panelmitglieder längerfristige Bindungen an die Parteien erkennbar sind: Auf die Frage, von welcher Partei sie sich am besten vertreten fühlen, nannten im Jahr 2002 nur 31% wieder die Partei, für die sie sich 2000 entschieden hatten! Gehen wir bis in das Jahr 1993 (dem Beginn dieser Fragestellung) zurück, dann verringert sich dieser Anteil sogar auf 17%. Offensichtlich zweifeln sehr viele von ihnen generell daran, dass die Parteien ihre Interessen vertreten.

6. Beim Systemvergleich schneidet die DDR in sozialer Hinsicht auch heute noch gut ab

Da anzunehmen ist, dass in die Urteile über das heutige Gesellschaftssystem auch bei den verhältnismäßig jungen TeilnehmerInnen unserer Studie stets Urteile über das frühere System der DDR mit einfließen, werden sie seit mehreren Jahren gebeten, anhand einer speziellen Fragenbatterie einen Systemvergleich zu ausgewählten Aspekten vorzunehmen.

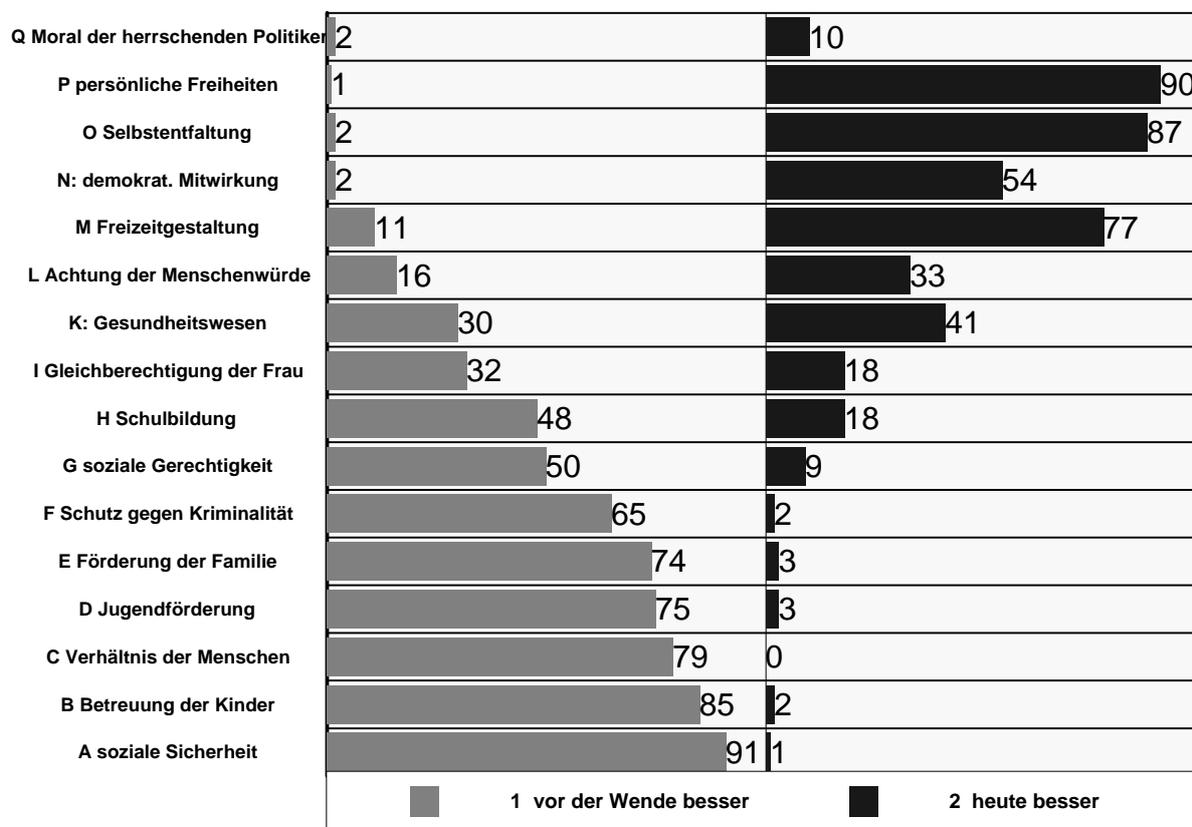
Fragetext: „Vergleichen Sie bitte auf einigen Gebieten des Lebens die Situation damals in der DDR vor der Wende und heute in Ostdeutschland.

Auf diesem Gebiet ...

- 1 war es vor der Wende besser
- 2 ist es heute besser
- 3 gibt es kaum einen Unterschied
- 0 Das kann ich nicht beurteilen.“

Wir stellen hier aus Platzgründen nur die Relationen der Antwortpositionen „vor der Wende besser“ und „heute besser“ grafisch gegenüber:

Abbildung 19: Systemvergleich 2002. Nur Ap „vor der Wende besser“ und „heute besser“



Anmerkung: Die Angaben für D (Jugendförderung), M (Freizeitgestaltung) und N (demokratische Mitwirkung) stammen aus der 14. Welle 2000, da sie 2002 nicht erhoben wurden.

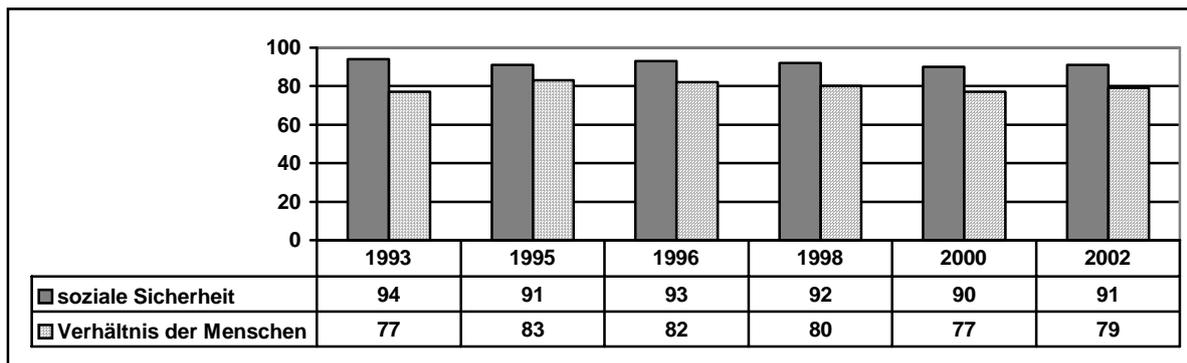
Wie erkennbar ist, geben die Panelmitglieder sehr differenzierte Urteile ab. Generell wird sichtbar, dass die DDR-Verhältnisse auf sozialem Gebiet noch immer gut abschneiden: Bei sechs Gebieten meinen sie mehrheitlich, dass es vor der Wende besser gewesen wäre: in Bezug auf soziale Sicherheit (91%), Betreuung der Kinder (85%), Verhältnis der Menschen untereinander (79%), Jugendförderung (75%), Förderung der Familie (74%), Schutz gegenüber Kriminalität (65%). Ein großer Vorsprung der früheren gegenüber der jetzigen Situation ist auch ablesbar in Bezug auf die soziale Gerechtigkeit (50%). Das sind offensichtlich jene Gebiete des Lebens, auf denen positive Erinnerungen überwiegen; wir kommen auf sie zurück. Ein deutlicher Vorsprung der früheren gegenüber der jetzigen Situation ist auch ablesbar im Hinblick auf die Schulbildung (48%) und die Gleichberechtigung der Frau (32%).

Ihnen stehen vier Gebiete gegenüber, bei denen die Panelmitglieder mehrheitlich der heutigen Situation den Vorzug geben: die persönlichen Freiheiten (90%), die Möglichkeiten der Selbstentfaltung (87%), die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung (77%), die demokratische Mitwirkung (54%). Ein Vorsprung der heutigen Situation besteht außerdem im Hinblick auf die Achtung der Menschenwürde (33%); noch mehr (37%) sind allerdings der Meinung, dass es kaum einen Unterschied gegenüber der Zeit vor der Wende gibt, ein eher kritisches Urteil über die Gegenwart.

Noch kritischer fällt allerdings das Urteil über die Moral der herrschenden Politiker aus: Zwar weicht 2002 ein Fünftel der TeilnehmerInnen einer Stellungnahme aus, mit 68% sieht der größte Teil jedoch keinen Unterschied zwischen früher und heute und nur 10% präferieren die jetzige Situation. Ähnliches gilt für die Durchschaubarkeit des politischen Systems: Nur 18% meinen, dass sie heute besser sei, für 9% war sie früher besser, 54% erkennen keinen Unterschied zwischen früher und heute (nicht dargestellt). Korrelationen belegen, dass die Identifikation mit dem Gesellschaftssystem in bedeutendem Maße durch die das System vertretenden Politiker vermittelt wird, auf die ein großer Teil der Panelmitglieder nicht gut zu sprechen ist.

Zu fast allen genannten Aspekten liegen langjährige Trends vor. Aus ihnen geht u.a. hervor, dass die positiven Urteile über die DDR meist eine erstaunlich hohe Konstanz aufzuweisen haben. Die höchste Konstanz der Urteile ist in Bezug auf die soziale Sicherheit zu beobachten. Die außerordentlich hohe Quote derer, die meinen, dass die soziale Sicherheit vor der Wende größer gewesen sei als heute, hat sich nur unwesentlich verändert. Die Längsschnittanalyse zeigt, dass zwischen 1993 und 2002 rund 90 % der Panelmitglieder an diesem Urteil festgehalten haben. Sehr große Konstanz besteht auch im Hinblick auf das Urteil über das Verhältnis der Menschen untereinander, fast unverändert präferieren über drei Viertel in dieser Hinsicht die Zeit vor der Wende:

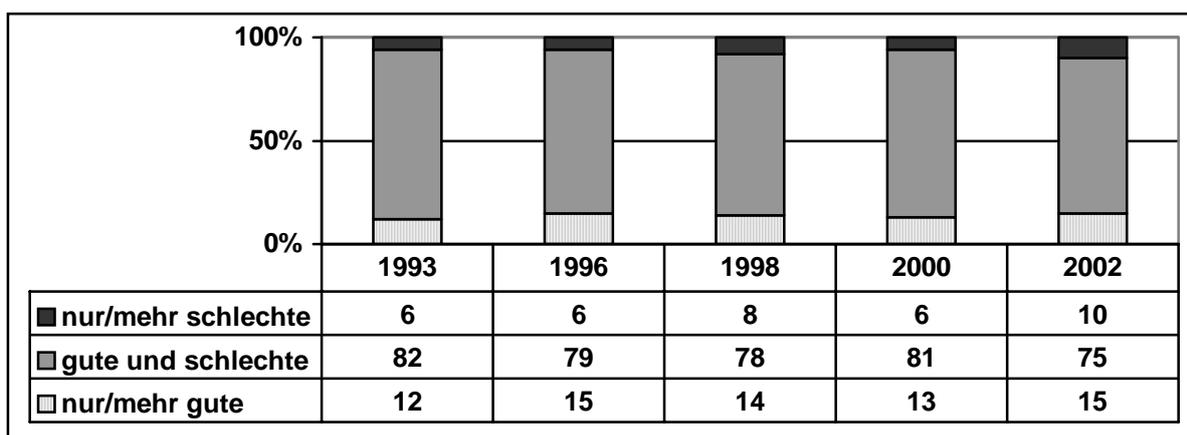
Abbildung 20: Anteile der Panelmitglieder, die meinen, dass die soziale Sicherheit bzw. das Verhältnis der Menschen untereinander vor der Wende besser waren als heute, im Trend 1993 bis 2002



Ähnlich hoch ist die Konstanz in Bezug auf die Jugendförderung bzw. den Schutz vor Kriminalität, die Förderung der Familie und die Betreuung der Kinder. Sehr aufschlussreich ist der positive Trend zugunsten der DDR in Bezug auf die Schulbildung: Von 24% 1996 erhöhte sich der Anteil derer, welche die Schulbildung vor der Wende besser finden, auf 33% 1998, 36% im Jahr 2000 und 48% im Jahr 2002! Die Quote derer, welche die heutige Schulbildung besser finden, ist dagegen von 32% auf 18% geschrumpft! Viele kritische verbale Angaben zum jetzigen Schulsystem gehen in dieselbe Richtung. Bemerkenswert ist auch der Trend im Hinblick auf die Moral der herrschenden Politiker: Die Quote derer, die keinen Unterschied zwischen früher und heute sehen, hat kontinuierlich und signifikant von 59% 1995 auf 68% im Jahr 2002 zugenommen!

Über die erwähnten einzelnen Seiten/Aspekte hinaus äußern sich die Panelmitglieder seit 1993 verallgemeinernd zum Verhältnis von guten bzw. schlechten Seiten in der DDR. Auch diese Ergebnisse lassen auf erstaunlich fest gefügte Urteile schließen: Die überwiegende Mehrheit vertritt seit Jahren die Meinung, dass es in der DDR sowohl gute als auch schlechte Seiten gegeben habe. Nur Minderheiten schreiben ihr 2002 überwiegend gute (12 %) oder schlechte (6 %) Seiten zu. Eine Tendenz in die eine oder andere Richtung zeichnet sich nicht ab:

Abbildung 21: Relation von guten und schlechten Seiten der DDR im Urteil der Panelmitglieder im Trend 1993 - 2002



In ihren verbalen Notizen vertreten zahlreiche TeilnehmerInnen die Auffassung, dass es ein grundsätzlicher Fehler der Vereinigungspolitik gewesen sei, faktisch keine der ihrer Meinung nach „guten Seiten“ der DDR in das vereinte Deutschland zu übernehmen. Erwähnt werden in diesem Zusammenhang vor allem die Kindereinrichtungen der DDR, häufig auch die Jugendklubs, Ferienlager, Polikliniken, das Sammelsystem für Altstoffe und in jüngster Zeit das Schulsystem. Oft wird kritisiert, dass „viele im Osten bewusst plattgemacht/zerstört wurde“ und „nur der Grüne Pfeil übrig geblieben“ sei.

7. Schon Bundesbürger, aber noch immer DDR-Bürger

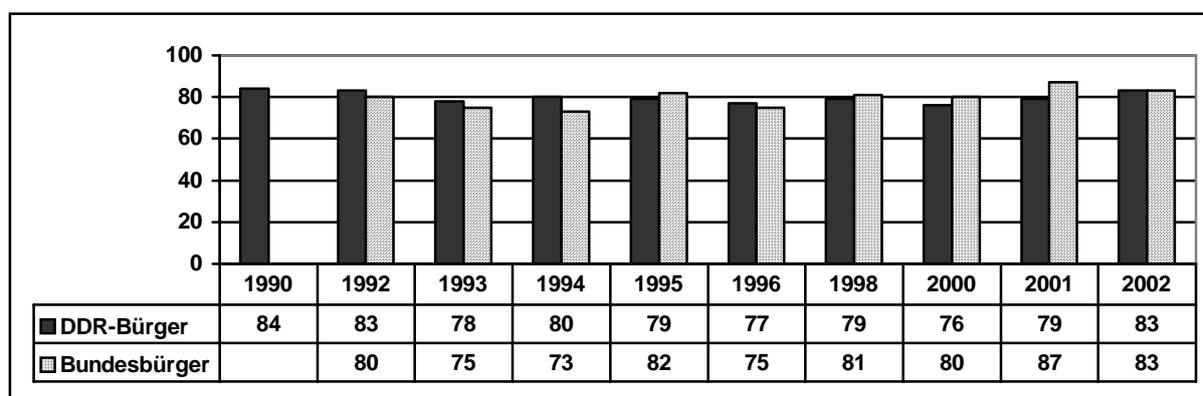
Die Entwicklung kollektiver Identitäten war nach der Wende fast von Anfang an Gegenstand dieser Studie. Seit 1990 bzw. 1992 wurden folgende Aspekte untersucht: Identität als Deutscher, als Sachse, als Europäer, als Bürger der Bundesrepublik Deutschland, als Bürger der DDR, als Bürger der Stadt/Gemeinde (nicht durchgehend), als Ostdeutscher (seit 1996).

Tabelle 11: Zugehörigkeitsgefühle der Panelmitglieder 2002 im Überblick
„Als was fühlen Sie sich?“

	1 ja, vollkommen	2 ja, etwas schon	(1+2)	3 nein, eigentlich nicht	4 nein, absolut nicht
als Deutsche (r)	67	28	(95)	4	1
als Sachse/Sächsin	67	22	(89)	8	3
als Ostdeutsche (r)	50	34	(84)	12	4
als Bürger (in) der ehemaligen DDR	43	40	(83)	12	5
als Bürger (in) der Bundesrepublik Deutschland	34	49	(83)	13	4
als Europäer (in)	36	38	(74)	22	4
als Bürger (in) meiner Stadt/Gemeinde (1998)	48	28	(76)	17	7

Wir beschränken uns hier zunächst auf den Trend der Identifikation mit der DDR bzw. der Bundesrepublik. Wie generell, wurde er für jene Panelmitglieder neu berechnet, die an der 16. Welle teilgenommen haben.

Abbildung 22: Ausprägung der Identifikation mit der DDR bzw. mit der Bundesrepublik im Trend zwischen 1990 bzw. 1992 und 2002. Anteile einschränkungsloser und eingeschränkter Identifikation



Schon optisch ist erkennbar, dass sich der Identitätswandel vom DDR-Bürger zum Bundesbürger als ein unerwartet langwieriger Prozess erweist. Die staatsbürgerliche Identifikation mit der Bundesrepublik hat sich in der Gesamtgruppe zwischen 1992 und 2002 nicht verstärkt! Lediglich Ende 2001/Anfang 2002, d.h. kurz nach den Ereignissen vom und nach dem 11. September, deutete sich ein leichter Zuwachs von 80% auf 87% an, der zwar signifikant ist, jedoch nicht als deutlicher Identifika-

tionsschub infolge äußerer Bedrohungen betrachtet werden kann. Im Jahr 2002 kam es wieder zu einem signifikanten Rückgang auf 83%.

Die Identifikation mit der DDR war im Untersuchungszeitraum 1990 bis 1996 trotz des gewachsenen Abstandes zu ihrem Untergang nur tendenziell rückläufig, um danach wieder zuzunehmen! Der Zuwachs um 7 Prozentpunkte zwischen 2000 und 2002 von 76% auf 83% ist signifikant (P = .002). Im Jahr 2002 stimmen zwar die Prozentverteilungen bei Zusammenfassung der Antwortpositionen 1 und 2 überein, einschränkungslos identifizieren sich jedoch signifikant mehr Panelmitglieder mit der DDR als mit der BRD (43% gegenüber 34%)!

Eine Kopplung beider Angaben (die Antwortskala wurde dafür dichotomisiert, d.h. die AP 1 und 2 bzw. 3 und 4 wurden zusammengefasst) ergibt im Jahr 2002: bei 70% der Panelmitglieder ist eine „Doppelidentität“ zu beobachten. Sie fühlen sich als Bundesbürger, ohne jedoch ihre Verbundenheit mit der DDR aufgegeben zu haben; 13% fühlen sich vorwiegend als Bundesbürger und nicht mehr als DDR-Bürger; ebenfalls 13% haben noch kein Zugehörigkeitsgefühl zur Bundesrepublik entwickelt, fühlen sich noch vorwiegend als DDR-Bürger. Die restlichen 4% fühlen sich weder als Bundesbürger noch als DDR-Bürger.

Das Zugehörigkeitsgefühl zur DDR ist demnach offensichtlich tiefer verwurzelt, als bisher angenommen wurde und noch heute angenommen wird. Es wird auch von jungen Menschen nicht in verhältnismäßig kurzen Zeiträumen als Ballast abgeworfen. Eine große Rolle spielen dabei tiefe lebensgeschichtliche Prägungen, vor allem das Erleben der DDR als Heimatland, die Betonung der gelebten Biographie, die Erinnerung an eine meist sorgenfreie Kindheit in sozialer Sicherheit, die vielfach aufgewertet wird durch den Kontrast heutiger Alltagserfahrungen. Entscheidenden Einfluss haben jedoch die aktuellen Erfahrungen der Panelmitglieder im Vereinigungsprozess. Absehbar ist, dass die Herausbildung einer von „Resten“ der DDR-Verbundenheit freien Verbundenheit mit der Bundesrepublik wohl noch längere Zeit dauern wird.

Insbesondere die politische Identifikation mit der Bundesrepublik Deutschland ist noch sehr schwach entwickelt:

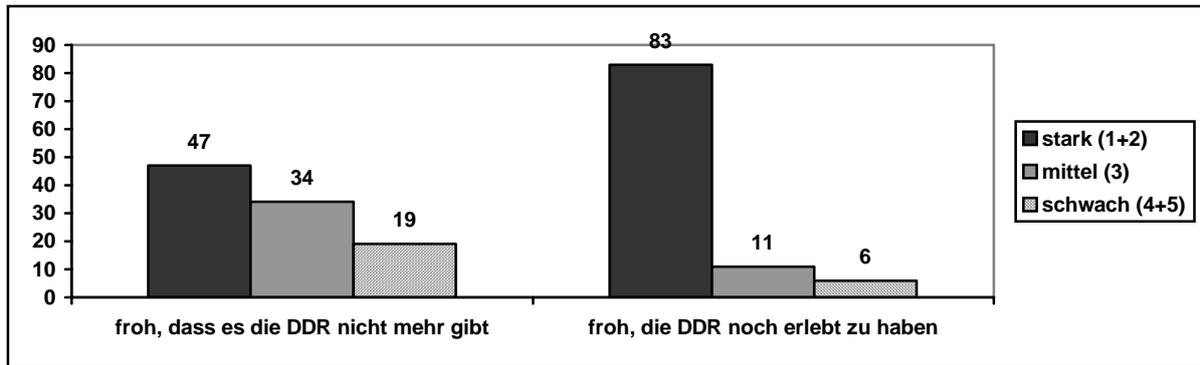
Tabelle 12: Politische Identifikation mit der Bundesrepublik
 „Ich fühle mich politisch eng mit der Bundesrepublik Deutschland verbunden.“
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

		1	2	(1+2)	3	4	5
2000		1	6	(7)	23	38	32
2001		3	11	(14)	29	36	21
2002		2	6	(8)	27	34	31
2002	männlich	3	11	(14)	33	28	25
	weiblich	1	3	(4)	22	37	37

Erst eine Minderheit von 8% fühlt sich im Jahr 2002 politisch mit der Bundesrepublik verbunden, von den jungen Frauen mit 4% signifikant weniger als von den jungen Männern mit 14%. Der leichte Anstieg Ende 2001/Anfang 2002 – vermutlich Auswirkung der Terroranschläge in den USA – hat sich nicht fortgesetzt.

Diese Widersprüchlichkeit des Denkens über das vereinte Deutschland geht auch aus weiteren Ergebnissen der Studie hervor. So ist im Jahr 2002 zwar knapp die Hälfte der Panelmitglieder (47%) froh darüber, dass es die DDR nicht mehr gibt (nur 19% widersprechen dem, bedauern offenbar ihren Untergang), zugleich äußern reichlich drei Viertel (83%), froh darüber zu sein, die DDR noch erlebt zu haben:

Abbildung 23: Einstellung der Panelmitglieder zur untergegangenen DDR 2002



Fragetext: „Ich bin froh, dass es die DDR nicht mehr gibt.“
 „Ich bin froh, sie noch erlebt zu haben.“
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

Der hohe Anteil derer, die froh sind, die DDR noch erlebt zu haben (83%, 2000: 80%), lässt darauf schließen, dass sehr viele Panelmitglieder sich noch immer positiv an sie bzw. an bestimmte Aspekte des Lebens in ihr erinnern. Das gilt selbst für die überwiegende Mehrheit jener Teilnehmer, die froh über ihren Untergang sind. Um welche Aspekte es sich dabei vor allem handelt, geht aus dem Systemvergleich frühere DDR - heutige BRD hervor, auf den wir eingegangen sind (Abschnitt 6.).

Außerordentlich differenziert sind die Auffassungen der Panelmitglieder darüber, ob es sich bei der DDR um einen „lebenslangen Knast“ gehandelt habe (in Anlehnung an eine Formulierung der 1992 eingesetzten Enquetekommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“). Hierzu liegt ein Trend seit 1994 vor:

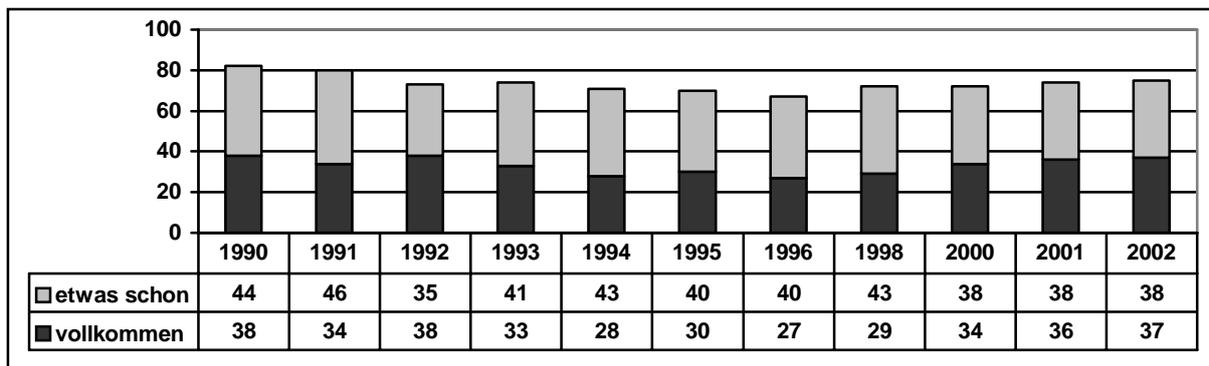
Tabelle 13: Bewertung des Lebens in der DDR als „Knast“ im Trend 1994 bis 2002
 „Das Leben in der DDR vor der Wende bedeutete für die Menschen ‚lebenslangen Knast‘.“
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
1994	9	23	(32)	29	22	17	3,1
1995	6	25	(31)	31	21	17	3,2
1996	9	27	(36)	25	20	19	3,1
1998	11	20	(31)	35	20	14	3,1
2000	12	25	(35)	30	20	13	3,0
2002	10	26	(36)	30	20	14	3,0

Dieser Charakterisierung schließen sich im Jahr 2002 36% der Panelmitglieder an, 34% widersprechen ihr, 30% nehmen eine ambivalente Haltung ein. Zu einer totalen Verurteilung der DDR ist demnach etwa ein Drittel von ihnen bereit. Ähnliche Relationen bestanden auch in den vorangegangenen Jahren, ein Trend in die eine oder andere Richtung ist nicht zu erkennen.

Von den anderen untersuchten kollektiven Identitäten soll noch kurz auf das Zugehörigkeitsgefühl zu Europa verwiesen werden, dessen Entwicklung seit 1990 beobachtet wurde:

Abbildung 24: Anteil der Panelmitglieder, die sich einschränkungslos bzw. eingeschränkt als Europäer fühlen, im Trend 1990 bis 2002 (Antwortmodell siehe Tab. 11)



Zwischen 1990 und 1996 ist das Zugehörigkeitsgefühl der Panelmitglieder zu Europa signifikant zurückgegangen ($P = .014$) und scheint erst ab 1998 wieder leicht anzusteigen, liegt aber 2002 immer noch unter dem Ausgangsniveau. Außerdem überwiegen zu allen Messpunkten außer 1992 die Einschränkungen. Diese Entwicklung charakterisiert eine paradoxe Situation: Einerseits ist das Erleben Europas für diese jungen Ostdeutschen zu einer Selbstverständlichkeit geworden - wohl jeder bzw. jede von ihnen hat inzwischen viele Länder Europas und ihre Menschen und ihre Kultur kennen gelernt. Davon zeugen zahlreiche Notizen. Andererseits stehen sie dem europäischen Integrationsprozess nach wie vor eher skeptisch gegenüber. Offensichtlich ist das die Quittung dafür, dass Europapolitik für sie wenig durchschaubar ist, weil sie bis in die Gegenwart - wie viele Kritiker zu Recht bemängeln - faktisch „hinter verschlossenen Türen“ stattfindet, ohne demokratische Mitwirkung der Bürger. (Zu weiteren kollektiven Identitäten s. Teil II/11).

8. Keine Zukunft im Osten!

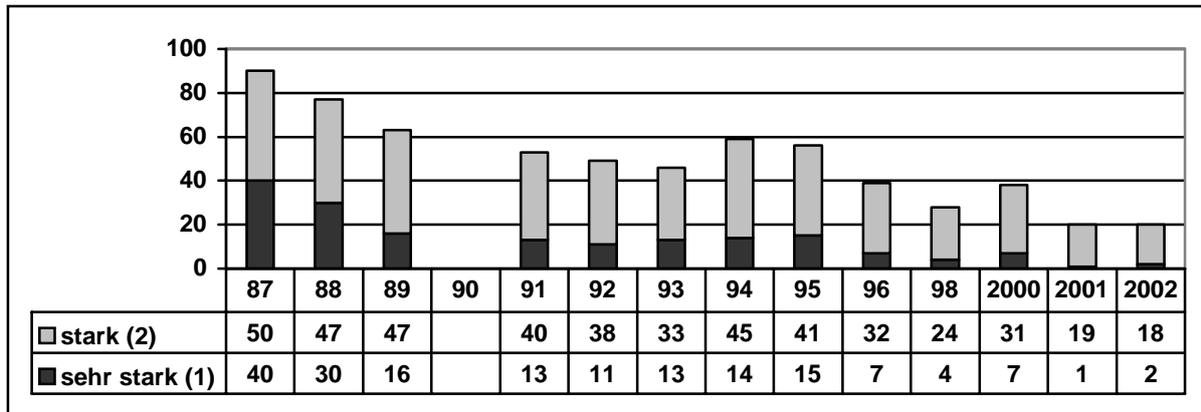
Die gesellschaftliche und die persönliche Zukunftszuversicht gehören zu den Analysegegenständen, zu denen Daten seit dem Start der Studie im Frühjahr 1987 vorliegen. Diese vermutlich einmaligen Angaben und die zwischen ihnen bestehenden Zusammenhänge geben in spezifischer Weise Aufschluss über die Reflexion von anderthalb Jahrzehnt massiver gesellschaftlicher Veränderungen, eingeschlossen die Endzeit der DDR, die politische Wende, die Vereinigung und die nachfolgenden Transformationsprozesse mit ihren tief reichenden Auswirkungen auf die Mentalität der Panelmitglieder. Unsere langjährigen Trends unterstreichen die Auffassung der Autoren der Shellstudie Jugend 2000, dass Einschätzungen der Jugendlichen über ihre Zukunft geradezu seismographischen Charakter tragen.

An dieser Stelle müssen wir uns mit einer verkürzten grafischen Darstellung der Trends begnügen. Zunächst die seit 1987 vorliegenden Trends zur gesellschaftlichen und zur persönlichen Zukunftszuversicht unserer Panelmitglieder:

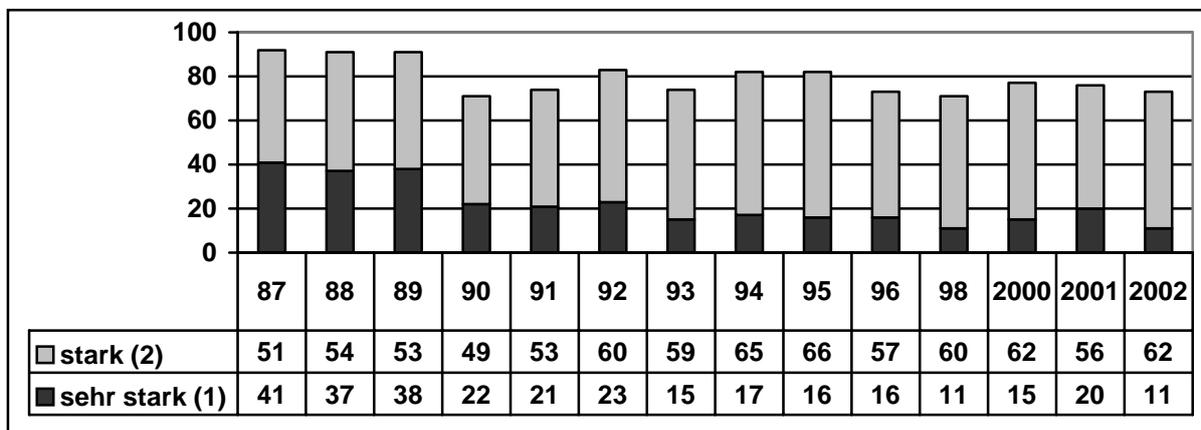
Abbildung 25: Trend der sehr starken bzw. starken Ausprägung der a) gesellschaftlichen und b) persönlichen Zukunftszuversicht zwischen 1987 und 2002 (reduzierte Darstellung)

Fragetext: „Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft
a) für die Entwicklung in der DDR / ab 1991: in Ostdeutschland?
b) für Sie persönlich?“
1 sehr zuversichtlich 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht zuversichtlich

a) gesellschaftliche Zuversicht: 1987 - 1989 Entwicklung in der DDR
ab 1991 Entwicklung in Ostdeutschland (1990 nicht erhoben)



b) persönliche Zuversicht:



Generell ist seit 1987 ein rückläufiger Trend erkennbar. Das gilt in besonderem Maße für die gesellschaftliche Zukunftszuversicht. Wie unsere Studie zeigt, ist diese im gesamten Untersuchungszeitraum fast kontinuierlich stark zurückgegangen. Der erste große Einbruch war bereits in der Endzeit der DDR zu beobachten, Widerspiegelung der damaligen Krisenerscheinungen, die auch von den Panelmitgliedern deutlich reflektiert und kritisch bewertet wurden.

Nach der Wende und der Vereinigung kehrte sich der rückläufige Trend der gesellschaftlichen Zukunftszuversicht nun keineswegs um, sondern setzte sich vielmehr verstärkt fort, nur kurz unterbrochen von einem Zwischenhoch im Wahljahr 1994. 1998 äußerte sich nur noch knapp ein Drittel (28 %) mehr oder weniger stark zuversichtlich für die Entwicklung in Ostdeutschland, Echo der zunehmenden gesellschaftlichen Krisenerscheinungen im Osten am Ende der Kohl-Ära. Im Jahr 2000 deutet sich eine positive Tendenz an, die vermutlich durch den Regierungswechsel ausgelöst wurde. 2001 und 2002 sind diese Hoffnungen jedoch wieder verschwunden, die Anteile zuversichtlicher Panelmitglieder erreichen ihren bisherigen Tiefststand!

Die persönliche Zukunftszuversicht nahm einen etwas anderen Verlauf. Vor der Wende war faktisch kein Rückgang festzustellen. Die eigene Zukunft schien damals von den Krisenerscheinungen in der DDR wenig betroffen zu sein, zumal die TeilnehmerInnen mit dem am Ende der 10. Klasse feststehenden Ausbildungs- bzw. Arbeitsvertrag eine klare persönliche Perspektive zu haben glaubten. Ein völliger Zusammenbruch der DDR-Gesellschaft mit weitreichenden persönlichen Konsequenzen wurde auch von den damals 16/17-Jährigen nicht erwartet.

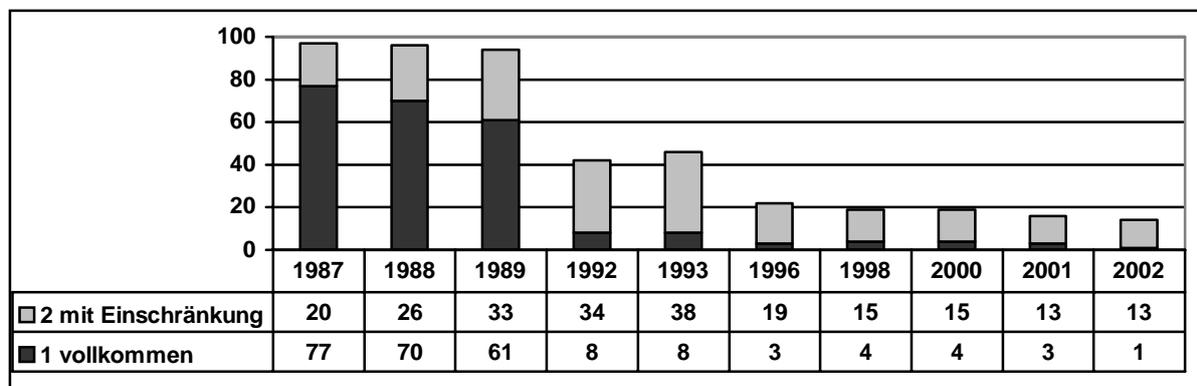
Nach der Wende stieg die persönliche Zuversicht nicht an, sondern ging ebenfalls zurück, insbesondere in ihrer einschränkungslosen Ausprägung. Zwischen 1989 und 1990 hatte sich der Anteil aller in allem zuversichtlicher TeilnehmerInnen hoch signifikant von 91% auf 71% verringert, darunter der einschränkungslos zuversichtlichen von 38% auf 22%! Das subjektive Erleben der akuten Wendezeit

und der darauf folgenden gravierenden politischen und wirtschaftlichen Umbrüche hatte bei den Jugendlichen zu einem signifikanten Umbruch dieses in „normalen“ Zeiten sehr stabilen Merkmals geführt, zu einem „Wendeschock“, der ziemlich lange angehalten hat, teilweise noch heute nachweisbar ist (ausf. siehe Förster 2002, S. 145 ff.).

1991 war die Situation fast unverändert. Erst ab 1992 zeigten sich positive Tendenzen, die jedoch 1996 erneut von negativen Tendenzen abgelöst wurden. 1998 äußerten sich zwar 71% zuversichtlich, darunter aber nur noch 11% ohne Einschränkung. Das entsprach etwa dem Niveau von 1990. Im Jahr 2000 deutet sich erneut eine Trendwende an: 77% äußern sich optimistisch, allerdings nur 15% einschränkungslos. Der Regierungswechsel hatte offensichtlich auch einen positiven Einfluss auf die persönliche Zukunftssicht zur Folge. Die Daten von 2001 und 2002 deuten allerdings erneut auf eine leicht rückläufige Tendenz hin.

Von diesen Entwicklungen her betrachtet kann nicht überraschen, dass nach der Wende auch der Anteil jener Panelmitglieder massiv weiter abgenommen hat, die zuversichtlich sind, persönlich in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben:

Abbildung 26: Entwicklung der Zuversicht, in der DDR bzw. in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, im Trend 1987 bis 2002 (die Ap 1 und 2 wurden zusammengefasst)



Fragetext: 1987 – 1989: „Ich habe in der DDR eine gesicherte Zukunft.“
 Ab 1992: „Ich habe in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft.“
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

Auch diese Zahlen sind schockierend und alarmierend zugleich; sie widerspiegeln auf spezifische Weise die gegenwärtige Situation in Ostdeutschland, insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht. Der Zusammenhang mit der anhaltenden Abwanderung junger Leute ist evident, er wurde auch für die TeilnehmerInnen unserer Studie nachgewiesen. Dieser Trend ist zugleich auch ein deutlicher Hinweis darauf, dass die Reaktionen dieser jungen Leute auf die gesellschaftlichen Umbrüche seit dem Systemwechsel stets auf dem Hintergrund ihres Denkens und Fühlens vor der Wende zu betrachten sind. Eine isolierte Betrachtung der Angaben nach 1990 ist zwar auch aufschlussreich (wie es in einigen Zeitungsberichten leider praktiziert wird), wird den Realitäten nicht gerecht, führt geradezu in die Irre.

Bei der jüngsten Welle 2002 fragten wir auch danach, wie zuversichtlich die TeilnehmerInnen der Studie die Zukunft ihrer Eltern und ihrer (künftigen) Kinder sehen:

Tabelle 14: Zukunftszuversicht für die Eltern und die (künftigen) Kinder im Vergleich mit der eigenen Zuversicht 2002

„Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft?“
 1 sehr zuversichtlich 2,3,4,5 überhaupt nicht zuversichtlich

	1	2	(1+2)	3	4	5
für Sie persönlich	11	63	(74)	24	2	0
für Ihre Eltern	7	46	(53)	32	12	3
für Ihre (künftigen) Kinder	4	36	(40!)	39	12	9

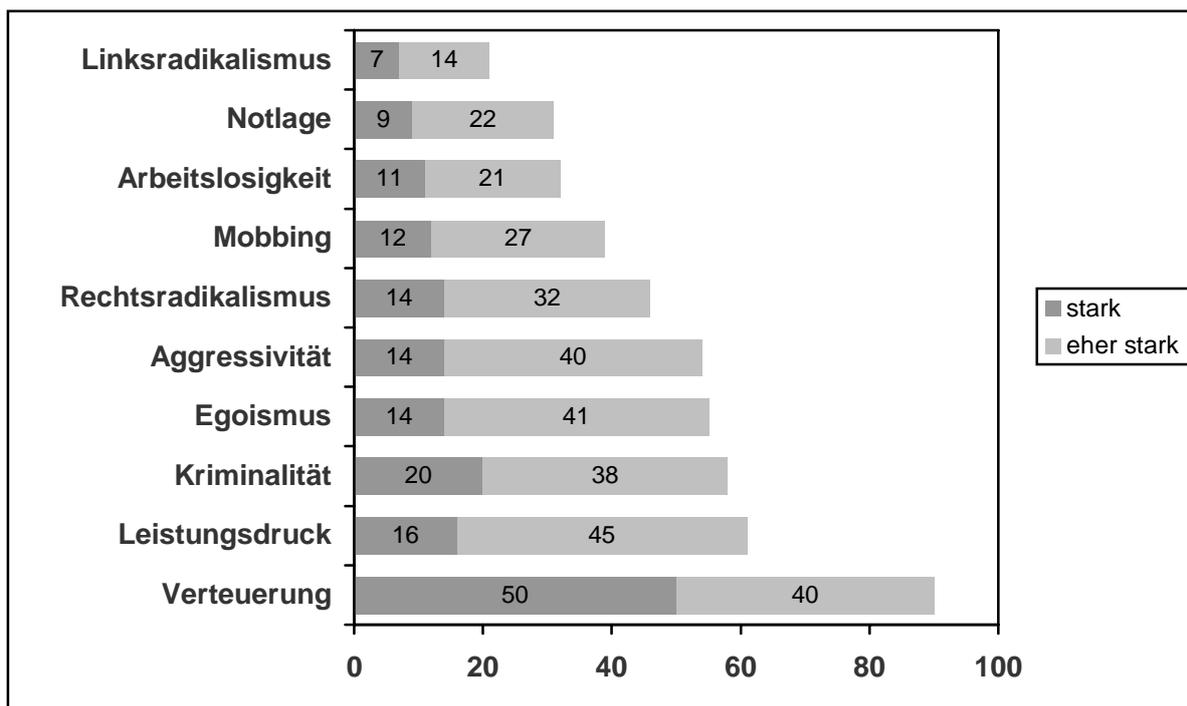
Ablesbar ist, dass die Zukunft der Eltern erheblich weniger zuversichtlich gesehen wird als die eigene, verständlich bei einer Arbeitslosenquote von 39% (Vater und/oder Mutter). Noch weniger zuversichtlich sehen die Panelmitglieder jedoch die Zukunft ihrer Kinder, eine dramatische Widerspiegelung der unsicheren Zukunftsperspektiven in der jetzigen Gesellschaft mit gravierenden Auswirkungen bis hin zur Anzahl der gewünschten Kinder. So geht die Zahl gewünschter Kinder von 1,8 bei denen, welche deren Zukunft sehr zuversichtlich sehen, kontinuierlich auf 1,1 bei jenen zurück, die sie überhaupt nicht zuversichtlich sehen ($r = -.25$; $P = .000$). Verbale Angaben wie „Für mich bin ich zuversichtlich, nur um meine Kinder habe ich Angst.“ waren in den jüngsten Wellen öfter zu lesen. Offensichtlich ist, dass vor allem die Sicht auf die Zukunft der eigenen Kinder hohe seismografische Aussagekraft für das Verhältnis zur jetzigen Gesellschaft besitzt.

Die Zukunftszuversicht vieler Panelmitglieder wird durch eine Reihe von belastenden Alltagsängsten beeinträchtigt, die im Rahmen der Studie seit vielen Jahren dokumentiert werden. Wir geben zunächst einen Überblick zur Situation im Jahr 2002.

Fragetext: „Inwieweit fühlen Sie sich durch das Folgende persönlich bedroht?“

- 1 stark
- 2 eher stark
- 3 eher schwach
- 4 schwach

Abbildung 27: Anteile der Panelmitglieder mit starken bzw. eher starken Ängsten vor Zeiterscheinungen im Jahr 2002

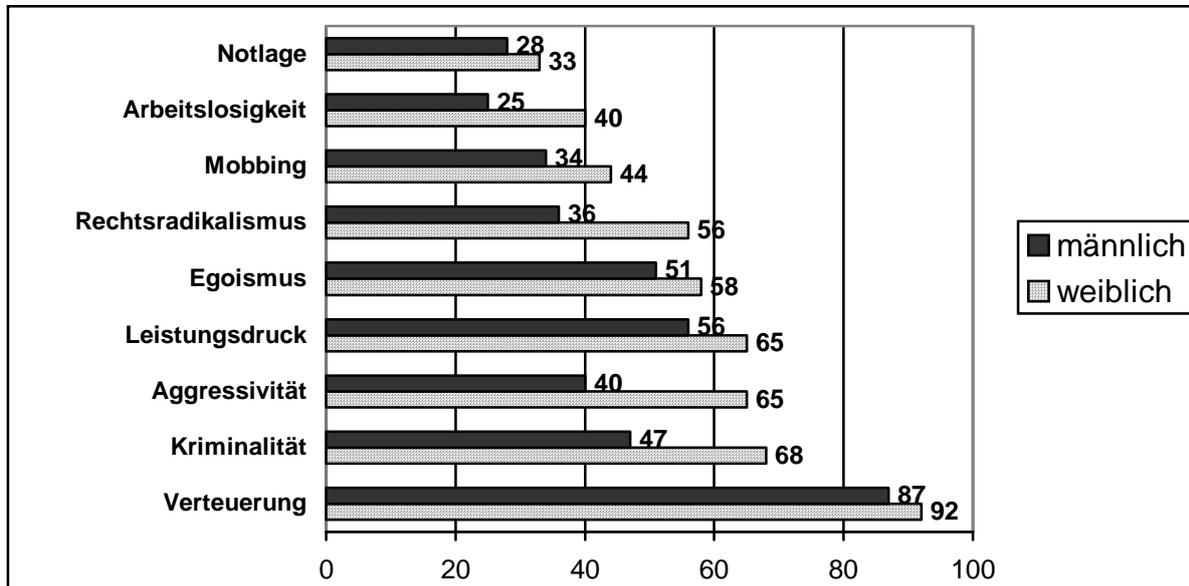


Wie die Tabelle und die Abbildung zeigen, sind die untersuchten Bedrohungsgefühle im Jahr 2002 bei den Panelmitgliedern sehr unterschiedlich verbreitet. Eindeutig am häufigsten geäußert wird die Angst vor einer weiteren Verteuerung des Lebens (90%!!, darunter 50% stark). Vor allem diese Angst, die sehr stark zugenommen hat (s.u.) muss als Massenerscheinung angesehen werden.

Stark verbreitet sind aber auch Ängste vor einem steigenden Leistungsdruck (61%), vor zunehmender Kriminalität (58%), vor einer Zunahme von Egoismus (55%), vor einer Ausbreitung von Aggressivität/Gewalt (54%), vor einer Ausbreitung von Rechtsradikalismus (46%). Von Mobbing (39%), möglicher eigener Arbeitslosigkeit (32%) bzw. dem Eintreten einer persönlichen Notlage (31%) fühlen sich

zwar deutlich weniger bedroht, angesichts des starken Einflusses gerade dieser Ängste auf viele Seiten des Denkens und Fühlens der Panelmitglieder sind diese Quoten dennoch sehr ernst zu nehmen.

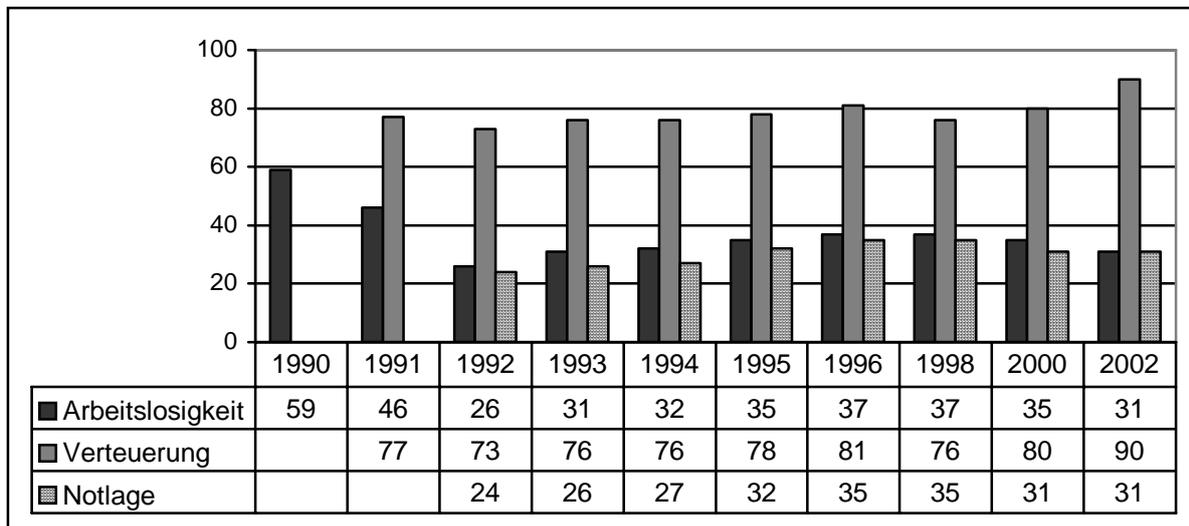
Abbildung 28: Anteile der Panelmitglieder mit starken/eher starken Ängsten vor Zeiterscheinungen, nach den Geschlechtergruppen differenziert im Jahr 2002



Bis auf die Ängste vor einer Notlage und vor weiterer Verteuerung (sowie vor weiterer Ausbreitung von Linksradikalismus; nicht aufgeführt) sind alle Prozentunterschiede zwischen den Geschlechtergruppen signifikant. Die jungen Frauen äußern teilweise in erheblichem Maße häufiger Ängste als die männlichen. Das betrifft insbesondere Kriminalität, Aggressivität/Gewalt, Leistungsdruck, Rechtsradikalismus, Mobbing (2002 erstmals erfasst) und Arbeitslosigkeit. Diese weitaus höhere Belastung mit teilweise existenziellen Bedrohungsgefühlen ist auch eine der entscheidenden Bedingungen dafür, dass diese jungen Frauen dem neuen Gesellschaftssystem nach wie vor weitaus kritischer gegenüberstehen als die jungen Männer.

Auf die teilweise bis 1990 zurückgehenden Trends können wir hier nur exemplarisch eingehen. Wir beschränken uns auf Zeitreihen der Ängste vor eigener Arbeitslosigkeit, vor persönlicher Notlage und vor zunehmender Verteuerung des Lebens, die das Bedrohungsleben besonders markant charakterisieren:

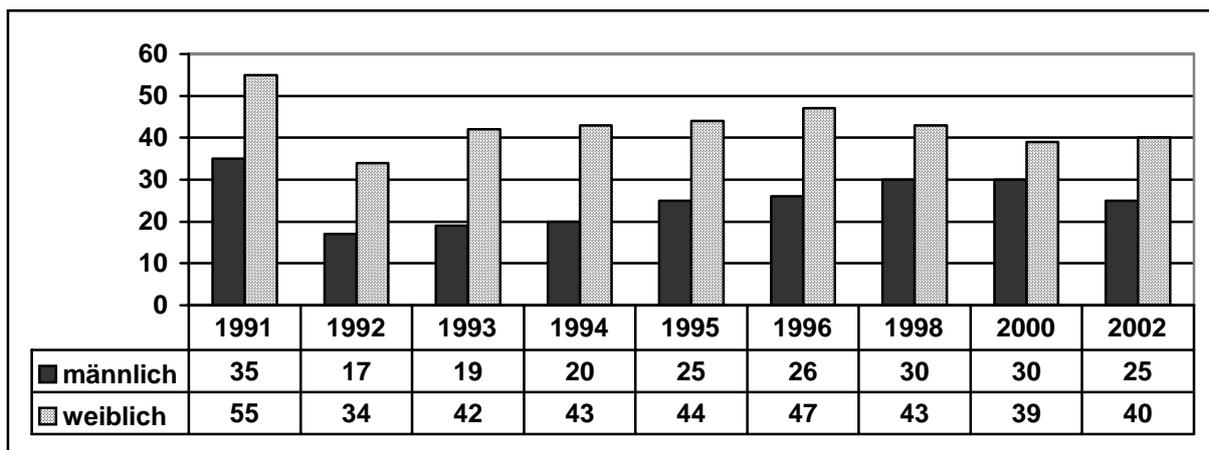
Abbildung 29: Angst vor persönlicher Arbeitslosigkeit, vor Verteuerung des Lebens und vor einer persönlichen Notlage im Trend (die Anteile der Ap 1 und 2 wurden zusammengefasst)



Bei der Angst vor eigener Arbeitslosigkeit ist auf den gesamten Zeitraum zwischen 1990 bzw. 1991 und 2002 bezogen ein signifikanter Rückgang zu verzeichnen. Allerdings ist nicht zu übersehen, dass der Anteil der Panelmitglieder, die diese Angst äußern, zwischen 1994 und 1998 wieder leicht angestiegen war, Widerspiegelung der zunehmend kritischen wirtschaftlichen Situation am Ende der Kohl-Ära. Der leichte Rückgang zwischen 1998 und 2002 ist zu gering, um daraus eine Trendwende abzuleiten.

Von Beginn der Messungen im Rahmen unserer Studie an äußerten die weiblichen Panelmitglieder weitaus häufiger Angst, arbeitslos zu werden:

Abbildung 30: Anteile der Panelmitglieder mit starker/eher starker Angst vor Arbeitslosigkeit im Trend, nach den Geschlechtergruppen differenziert



Zu vielen Zeitpunkten äußern etwa doppelt so viele weibliche Panelmitglieder Angst vor Arbeitslosigkeit wie ihre männlichen Altersgefährten! Hinzu kommt, dass die jungen Frauen häufiger als die jungen Männer starke Angst empfinden. Alles das sind Auswirkungen der realen Veränderungen auf dem „Arbeitsmarkt“ in Ostdeutschland, von denen die jungen Frauen erheblich stärker betroffen waren und noch sind, als die jungen Männer, und die ihr Verhältnis zur neuen Ordnung gravierend beeinflussen. Bei diesen Angaben muss stets hinzugedacht werden, dass reale Arbeitslosigkeit und Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes für die jungen Ostdeutschen zu DDR-Zeiten faktisch unbekannte Erscheinungen waren.

Deutlich und fast kontinuierlich zugenommen hatte zwischen 1992 und 1998 die Angst vor einer persönlichen Notlage, ein für junge Leute im Osten bis vor 12 Jahren völlig unbekanntes Bedrohungsgefühl. Ob der 2000 sich andeutende leichte Rückgang anhält, bleibt abzuwarten. Auch diese Angst wurde im gesamten Untersuchungszeitraum ab 1992 von den jungen Frauen häufiger geäußert als von den jungen Männern.

Die Angst vor einer weiteren Verteuerung des Lebens war seit Beginn der Erfassung 1991 auf hohem Niveau etwa gleich geblieben, nicht überraschend angesichts der Realitäten, des tatsächlichen oder „gefühlten“ Anstiegs der Lebenshaltungskosten. Im Grunde genommen widerspiegelt diese Angst die verbreitete Befürchtung, den finanziellen Anforderungen des Lebens nicht mehr gewachsen zu sein, sich einschränken zu müssen. Der Sprung von 80% 2000 auf 90% im Jahr 2002 ist deshalb besonders ernst zu nehmen. Zweifellos hängt er auch mit der Umstellung von DM auf Euro zusammen, die in der Bevölkerung für beträchtliche Unruhe und Unsicherheit gesorgt hatte. Im Frühjahr 2002 äußerten immerhin 94% der Ostdeutschen die Auffassung, dass die Preise seit der Euro-Einführung spürbar gestiegen seien! (Repräsentativumfrage des Leipziger Instituts für Marktforschung, vgl. Super Illu Nr. 22/2002).

Die verbreitete und zunehmende Angst vor einer weiteren Verteuerung des Lebens hat erheblichen Anteil an der bestehenden Unzufriedenheit mit dem politischen System, beeinflusst stark das Urteil der Panelmitglieder über die Politik der Bundesregierung:

Tabelle 15: Zusammenhang zwischen der Angst vor weiterer Verteuerung des Lebens und dem Urteil über die Politik der Bundesregierung 2002

„Welchen Einfluss hatte die Politik der jetzigen Bundesregierung bisher auf Ihr Leben?“
Diese Politik hat mein Leben ...
1 eher verbessert 2 weder verbessert noch verschlechtert
3 eher verschlechtert 0 Das ist schwer zu sagen.

	1	2	3	0	n
Ausprägung der Angst vor weiterer Verteuerung:					
stark	8	42	34	16	208
eher stark	6	56	27	11	164
eher schwach/schwach	10	68	12	10	41
(Gesamtgruppe (P = .022))	8	50	30	12	413)

Erkennbar ist: je stärker die Ausprägung der Angst vor einer weiteren Verteuerung des Lebens, desto größer ist der Anteil derer, die meinen, dass die Politik der Bundesregierung ihr Leben verschlechtert habe. Schon im Jahr 2000 (14. Welle) belegte eine ähnliche Frage, dass die jungen Leute die damalige drastische Verteuerung des Benzinpreises in starkem Maße der Regierungspolitik anlasteten.

9. Neue Ängste vor Terrorismus und militärischen Abenteuern der USA

Die Ereignisse am und nach dem 11. September 2001 in den USA haben auch bei den TeilnehmerInnen unserer Studie zur Entstehung neuer Ängste beigetragen, insbesondere vor einer Ausweitung des internationalen Terrorismus, vor dem Ausbruch eines neuen Weltkrieges, aber auch vor militärischen Abenteuern der USA:

Tabelle 16: „Inwieweit fühlen Sie sich durch das Folgende persönlich bedroht?“

	1 stark	2 eher stark	3 eher schwach	4 schwach	
	1	2	(1+2)	3	4
<i>„Ausweitung des internationalen Terrorismus“</i>					
2001	19	46	(65)	32	3
2002	20	44	(64)	29	7
<i>„militärische Abenteuer der USA“</i>					
2002	15	32	(47)	39	14
<i>„Ausbruch eines neuen Weltkrieges“</i>					
2002	7	17	(24)	47	29
männlich	5	12	(17)	45	38
weiblich	10	22	(32)	47	21
<i>„Möglichkeit, dass Deutschland in einen Krieg verwickelt wird“</i>					
2002	10	20	(30)	49	21
männlich	7	15	(22)	47	30
weiblich	12	25	(37)	50	13

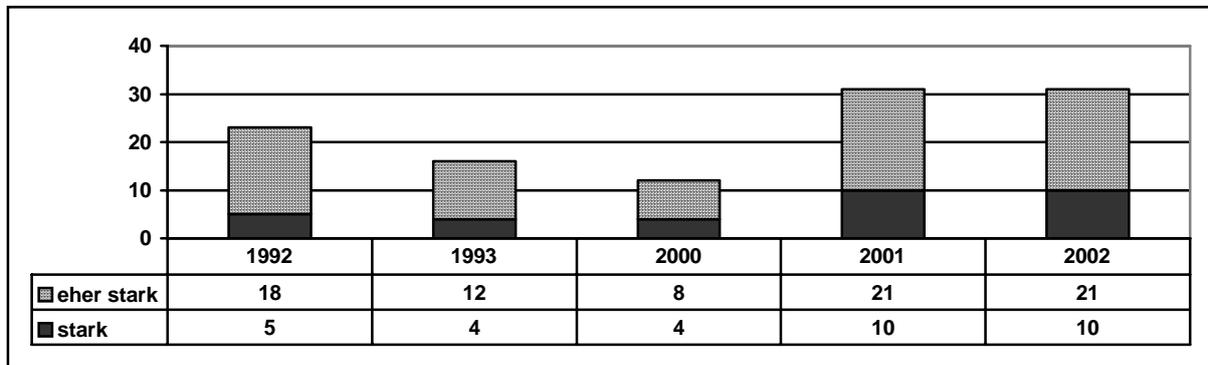
<i>„Folgen der Globalisierung“</i>					
2002	8	31	(39)	47	14
männlich	11	25	(36)	47	17
weiblich	6	37	(43)	47	10

Fast zwei Drittel der Panelmitglieder fühlen sich im Frühjahr 2002 durch eine Ausweitung des internationalen Terrorismus bedroht, knapp die Hälfte durch mögliche militärische Abenteuer der USA, ein

Viertel durch den Ausbruch eines neuen Weltkrieges. Kriegsängste äußern nahezu doppelt so viele junge Frauen wie junge Männer (32% gegenüber 17%).

Rund ein Drittel befürchtet, dass Deutschland in einen Krieg verwickelt werden könnte, von den jungen Frauen erheblich mehr als von den jungen Männern (37% zu 22%). Mehrere Panelmitglieder kommentierten die Frage mit der Notiz: „Wir stehen doch schon mitten drin!“. Dazu liegt ein Trend seit 1992 vor:

Abbildung 31: Anteile der Panelmitglieder mit starker oder eher starker Angst vor der Verwicklung Deutschlands in einen Krieg im Trend 1992 bis 2002



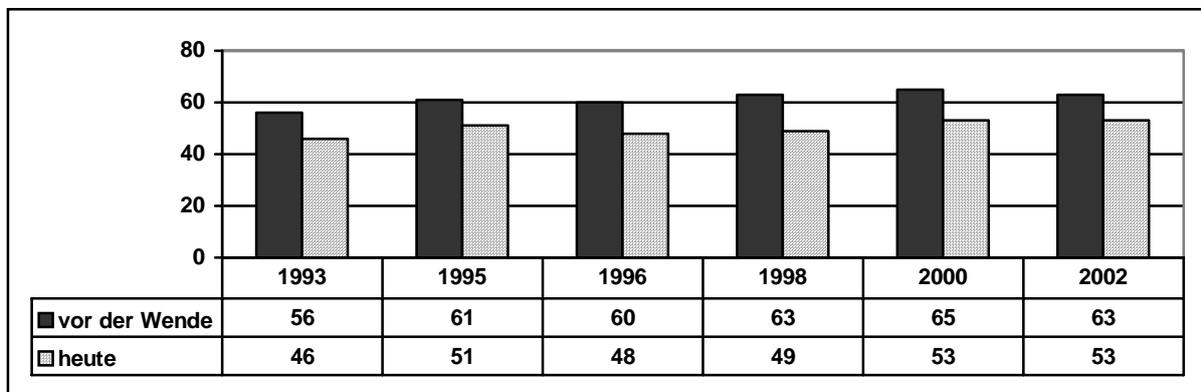
Diese Zeitreihe lässt Ende 2001 eine deutliche Trendwende erkennen, die sich angesichts der aktuellen Entwicklungen vermutlich fortsetzen wird.

39% der TeilnehmerInnen fühlen sich durch die Folgen der Globalisierung bedroht, von den jungen Frauen signifikant mehr als von den jungen Männern. Erwähnenswert ist, dass dieses Bedrohungsgefühl zwar nicht die eigene Zukunftszuversicht beeinträchtigt, aber ziemlich deutlich die Zukunftszuversicht für die eigenen Kinder: Während sich von den TeilnehmerInnen, die sich nicht durch die Folgen der Globalisierung bedroht fühlen, immerhin 55% zuversichtlich über die Zukunft ihrer Kinder äußern, sind das bei jenen, die sich stark bedroht fühlen, nur 24%! (P = .000)

10. Sozialistische Ideale sind nicht aus den Köpfen verschwunden

Eine der interessantesten Forschungsfragen dieser Studie lautet, inwieweit die TeilnehmerInnen nach dem Untergang der DDR und des „Sozialistischen Weltsystems“ noch an sozialistische Ideale glauben. Dabei interessiert uns auch, wie sie nach ihrer heutigen Erinnerung vor der Wende zu diesen Idealen standen. Ergebnisse dazu liegen seit 1993 vor:

Abbildung 32: Identifikation mit sozialistischen Idealen vor bzw. nach der Wende im Trend 1993 bis 2002 (die Ap 1 und 2 wurden jeweils zusammengefasst)



Aus den Angaben zur Gegenwart geht hervor, dass im Jahr 2002 die reichliche Hälfte der Panelmitglieder an sozialistische Ideale glaubt. Gegenüber 1993 ist ein leichter, aber signifikanter Zuwachs von 46% auf 53% zu beobachten. Das heißt: Sozialistische Ideale sind offensichtlich trotz des von den Panelmitgliedern „hautnah“ als Zeitzeugen erlebten Zusammenbruchs des „Real existierenden Sozia-

lismus“ keineswegs bei allen von ihnen diskreditiert und aus den Köpfen verschwunden. Mehr noch: Diese Ideale finden zunehmend Zuspruch.

Bemerkenswert ist, dass im Kontext mit diesem Zuwachs auch ein deutlicher, signifikanter Anstieg beim Anteil jener Panelmitglieder einhergeht, die sich in ihrer Erinnerung vor der Wende zu den sozialistischen Idealen bekannt haben: Von 56 % 1993 auf 64 % 2000 bzw. 63% 2002.

Die Zustimmung eines beträchtlichen und dazu zunehmenden Teils der Panelmitglieder zu sozialistischem Gedankengut widerspiegelt die erwähnte verbreitete Unzufriedenheit mit dem jetzigen Gesellschaftssystem. Exemplarisch zeigt das die folgende Tabelle anhand des Zusammenhangs zwischen der Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung und der Identifikation mit sozialistischen Idealen:

Tabelle 17: Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung einerseits und der Identifikation mit sozialistischen Idealen andererseits (16. Welle 2002, N = 412)

	Identifikation mit sozialistischen Idealen:			
	sehr dafür	eher dafür	eher dagegen	sehr dagegen
<i>Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung:</i>				
sehr zufrieden/zufrieden	2	39	43	16
weniger zufrieden	3	54	38	5
unzufrieden	17	47	30	6

($r = -.24$; $P = .000$)

Je geringer die Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung ist (ähnlich: Zufriedenheit mit dem politischen System, mit der Demokratie), um so größer ist der Anteil derer, die sozialistische Ideale bejahen. Das gilt natürlich auch umgekehrt.

Wir haben es hier jedoch auch mit nachweisbaren Langzeitwirkungen politischer Sozialisation zu DDR-Zeiten zu tun: Früher stark systemverbundene Teilnehmer identifizieren sich heute signifikant häufiger mit sozialistischen Idealen als früher nur schwach systemverbundene ($r = .17$; $P = .001$).

Im Vergleich zum Anteil der Panelmitglieder, die sich zu den sozialistischen Idealen bekennen, glauben allerdings sehr viel weniger daran, dass sich diese Ideale eines Tages durchsetzen werden. Die folgende Tabelle zeigt den Trend zwischen 1994 und 2002:

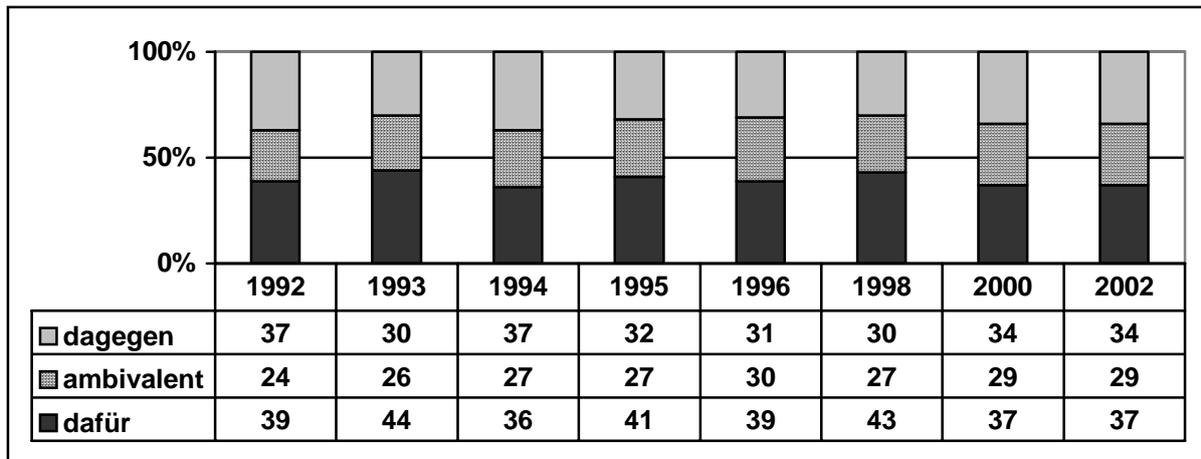
Tabelle 18: Glauben an die Verwirklichung der sozialistischen Ideale im Trend 1994 bis 2002
 „Die sozialistischen Gesellschaftsideale werden sich eines Tages durchsetzen.“
 Das entspricht meiner Meinung
 1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	<u>X</u>
1994	5	8	(13)	26	30	31	3,7
1996	2	5	(7)	29	31	33	3,9
1998	2	6	(8)	29	31	32	3,9
2000	2	7	(9)	24	35	32	3,9
2002	2	5	(7)	29	33	31	3,9

Nur eine Minderheit von 7% der Panelmitglieder glaubt 2002 daran, dass die sozialistischen Gesellschaftsideale eines Tages verwirklicht werden. Der leicht rückläufige Trend ist allerdings nicht signifikant (.079).

Erheblich mehr Panelmitglieder sprechen sich demgegenüber für eine reformsozialistische Alternative aus. Dazu liegen Trenddaten seit 1992 vor:

Abbildung 33: Einstellung zu einem reformierten Sozialismus im Trend 1992 bis 2002 (reduzierte Darstellung, die Ap 1 und 2 bzw. 4 und 5 wurden zusammengefasst)

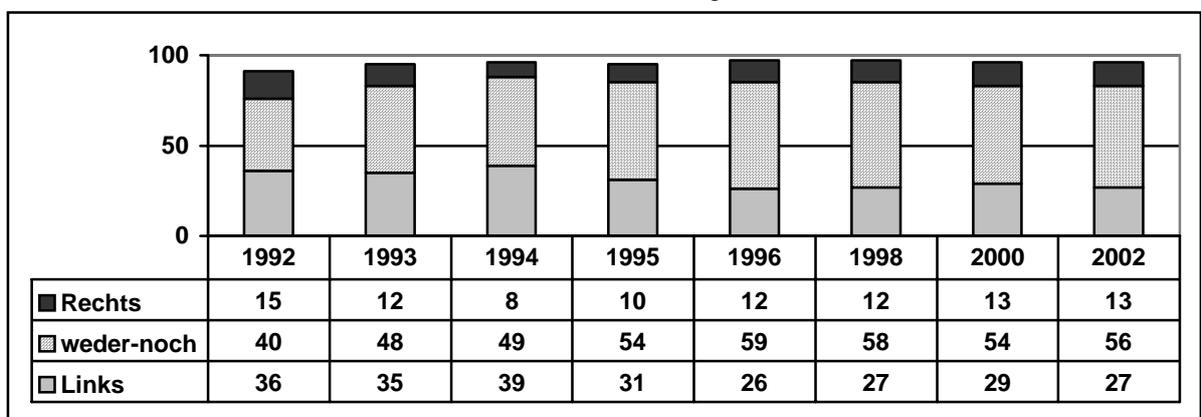


Schon optisch ist erkennbar: Die Auffassungen zu einem reformsozialistischen Gesellschaftsmodell streuen in jeder Untersuchungswelle enorm. Die Panelmitglieder sind in dieser politischen Grundfrage seit Jahren gespalten, meist mit einem leichten Übergewicht der Anhänger einer Alternative, das gegenwärtig nur tendenziell besteht: 2002 würden 37% eine reformsozialistische Alternative der gegenwärtigen Ordnung vorziehen, 34% votieren dagegen, 29% äußern sich ambivalent. Die Meinungsbildung dazu hält nach wie vor an; in welche Richtung der Trend bei diesen jungen Ostdeutschen gehen wird, ist völlig offen.

Die erkennbare Linksorientierung eines beträchtlichen Teils der Panelmitglieder geht auch aus ihrer Selbsteinordnung in das Links-Rechts-Spektrum hervor. Für junge Ostdeutsche ist das Links-Rechts-Spektrum in den Jahren nach der Wende zum wichtigsten Bezugssystem ihrer politischen Grundorientierung geworden. Das geht klar aus unseren repräsentativen Jugendstudien in Sachsen hervor (vgl. Friedrich/Förster 1996, S. 33 ff.), und auch diese Langzeitstudie bestätigt dies. Offensichtlich ist dieses Modell auch heute nicht überholt.

Daten zur Selbsteinstufung der Teilnehmer dieser Studie in das Links-Rechts-Spektrum liegen seit 1992 vor. Die folgende Abbildung gibt einen Überblick:

Abbildung 34: Anteile Links- bzw. Rechtsorientierter und Vertreter der Mitte zwischen 1992 und 2002 (Differenz zu 100 %: Anteile derer, die sich nicht einordnen können bzw. wollen) Die Positionen 1+2 bzw. 4+5 wurden zusammengefasst



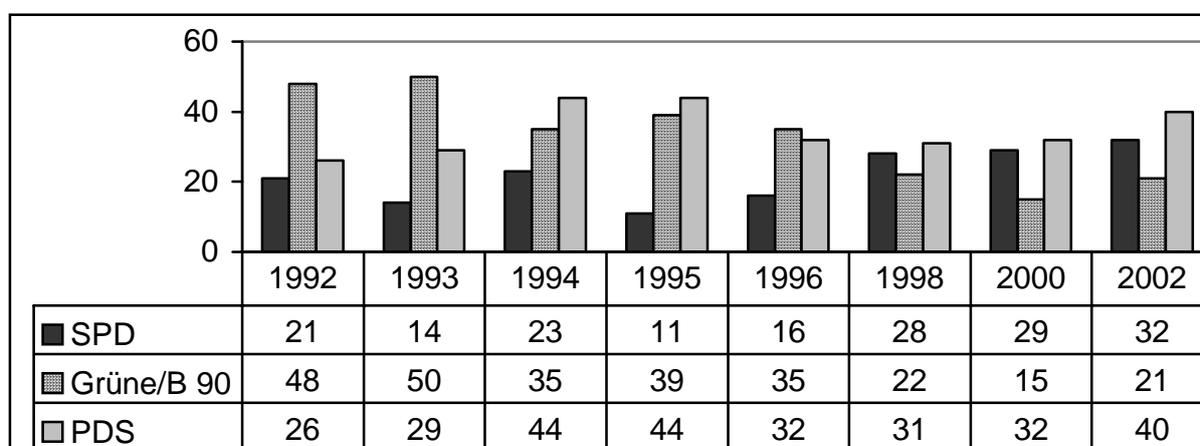
Fragetext: „Über Jahrzehnte hat es sich eingebürgert, bei politischen Standortbestimmungen zwischen ‘links’ und ‘rechts’ zu unterscheiden. Wie ordnen Sie sich ein?“
 1 links 2 eher links als rechts 3 weder- noch
 4 eher rechts als links 5 rechts 0 Das weiß ich (noch) nicht

Ablesbar ist, dass der Anteil der Vertreter der Mitte (Ap weder-noch) zwischen 1992 und 2002 deutlich angestiegen ist: von 40% 1992 auf 54% bis 59% ab 1996. Die Neigung, sich in der „Mitte“, weder links noch rechts zu positionieren, hat deutlich zugenommen. Dafür ist der Anteil der Linksorientierten von 36% 1992 auf 27% 2002 zurückgegangen; der Anteil der Rechtsorientierten ist unverändert gering, von einem Rechtsruck kann bei den Teilnehmern keine Rede sein. Allerdings ist ab 1995 eine leichte zunehmende Tendenz zu registrieren (von 8% auf 13%).

Generell gilt: Während die jungen Frauen häufiger linksorientiert sind, geben sich die jungen Männer häufiger als rechtsorientiert erkennen.

Bemerkenswert ist, dass die erwähnte generelle Distanz der Panelmitglieder gegenüber den demokratischen Parteien auch für die Linksorientierten unter ihnen gegenüber den Parteien des linken Spektrums gilt. Die folgende Abbildung veranschaulicht dies im Trend zwischen 1992 und 2002:

Abbildung 35: Anteile der Linksorientierten mit sehr großem/großem Vertrauen gegenüber den Parteien des linken Spektrums im Trend 1992 bis 2002



Auffällig ist in diesem Zeitraum insbesondere der Vertrauensabsturz bei den Linksorientierten gegenüber Bündnis 90/Grüne: Äußerte Anfang der 90er Jahre noch fast die Hälfte von ihnen sehr großes oder großes Vertrauen (48%), waren das nach Schwankungen 1994/95 im Jahr 2000 nur noch 15%. Im Jahr 2002 deutet sich eine leichte positive Tendenz an (21%).

Die PDS genoss nach einem Anstieg ab 1993 Mitte der 90er Jahre das Vertrauen von knapp der Hälfte (44%) der linksorientierten Teilnehmer, seitdem beträgt dieser Anteil ziemlich konstant nur noch ein Drittel. Die Daten von (Frühjahr) 2002 könnten auf eine positive Tendenz hindeuten.

Nur geringe Vertrauensquoten bei den Linken unserer Studie hat auch die SPD zu verzeichnen. Nach dem Tiefststand 1995 (11%!) erhöhte sich zwar Anteil derer mit sehr großem oder großem Vertrauen zu ihr kontinuierlich, erreichte jedoch selbst nach dem Regierungswechsel nur eine Quote von 29% im Jahr 2000 bzw. 32% 2002.

Alles in allem ist es wohl sehr bedenkenswert, dass selbst von jenen Panelmitgliedern, die sich als Linke fühlen, im Jahr 2002 jeweils maximal ein reichliches Drittel Vertrauen zu den drei genannten Parteien äußert (zur PDS 40%, siehe Abbildung)! Und übergreifend wird sichtbar, dass 2002 38% von ihnen zu keiner dieser Parteien Vertrauen haben!

11. Wesentliche Einflussfaktoren des politischen Mentalitätswandels

Die Anlage unserer Untersuchung als Längsschnittstudie macht es möglich, über charakteristische Trends hinaus auch Einflussfaktoren nachzuweisen, die hinter diesen Trends stehen, insbesondere hinter denen einer mehr oder weniger stark ausgeprägten Kritik der Panelmitglieder am jetzigen Gesellschaftssystem. Im Rahmen dieser Erstinformation kann darüber nur knapp berichtet werden, die Auswertung ist noch nicht abgeschlossen.

11.1. Persönliche Erfahrungen mit dem jetzigen Gesellschaftssystem

Wie schon vor der Wende, so sind auch gegenwärtig nicht Rhetorik und Versprechungen von Parteien und Politikern (Stichworte: „Wirtschaftswunder Ost“, „Blühende Landschaften“, „Aufschwung Ost“) entscheidend für die Identifikation mit dem Gesellschaftssystem, sondern das persönliche Erleben der gesellschaftlichen Realität. Und diese Erfahrungen sind, wie die Daten belegen, hochgradig ambivalent, auch 12 Jahre nach der Vereinigung. Seit 1995 zielt eine Frage auf die generellen Erfahrungen der Jugendlichen mit dem neuen Gesellschaftssystem:

Tabelle 19: Generelle Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem im Trend 1995 - 2002
Welche persönlichen Erfahrungen haben Sie - alles in allem - mit dem neuen Gesellschaftssystem gemacht ?“

	1 nur positive Erfahrungen	2 überwiegend positive Erfahrungen	3 sowohl positive als auch negative Erfahrungen	4 überwiegend negative Erfahrungen	5 nur negative Erfahrungen		
	1	2	(1+2)	3	4	5	X
1995	1	25	(26)	68	6	0	2,8
1998	0	25	(25)	69	6	0	2,8
2000	1	31	(32)	64	4	0	2,7
2002	0	27	(27)	67	6	0	2,8

Rund ein Viertel (27%) verweist 2002 auf überwiegend positive Erfahrungen, nur 6% haben überwiegend negative Erfahrungen gemacht. Für die überwiegende Mehrheit (67%) sind jedoch ambivalente Erfahrungen charakteristisch, d.h. positive und negative Erfahrungen stehen nebeneinander. Die Ergebnisse der vorangegangenen Wellen stimmen damit gut überein, eine Veränderungstendenz in die eine oder andere Richtung ist nicht erkennbar.

Für die hohe Ambivalenz der individuellen Erfahrungen sind in der Studie noch viele weitere Belege zu finden. Sehr augenscheinlich kommt sie bei der Beurteilung des in der jetzigen Gesellschaft bestehenden Verhältnisses von neuen Chancen und neuen Risiken zum Vorschein:

Tabelle 20: Verhältnis von neuen Chancen und neuen Risiken im Trend 1995 bis 2002
„Es heißt, dass die jetzige Gesellschaft den Bürgern *neue Chancen* für die Lebensgestaltung bietet, aber auch *neue, ungewohnte Risiken* mit sich bringt. Welche Erfahrungen haben Sie gemacht? Überwiegen die Chancen oder die Risiken oder ist beides miteinander verbunden?“
1 die neuen Chancen überwiegen
2 die neuen Risiken überwiegen
3 es gibt sowohl neue Chancen als auch neue Risiken

	1	2	3
1995	13	13	74
1996	14	9	77
1998	18	11	71
2000	22	6	73
2002	21	11	68
2002 männlich	27	13	60
2002 weiblich	17	9	74
lebt im Osten	16	11	73
lebt im Westen	38	9	53

Die Relationen zwischen neuen Chancen und neuen Risiken haben sich im Erleben der Teilnehmer in den letzten Jahren tendenziell zugunsten neuer Chancen verschoben. Allerdings meinen nach wie vor reichlich zwei Drittel, dass es sowohl neue Chancen als auch neue Risiken gäbe, die hochgradige Ambivalenz der persönlichen Erfahrungen mit dem neuen System bleibt auch im Jahre 2002 bestehen. Die männlichen Panelmitglieder reflektieren signifikant häufiger überwiegend neue Chancen als ihre weib-

lichen Altersgefährtingen; Panelmitglieder, die im Westen leben, erheblich häufiger als jene, die im Osten geblieben sind.

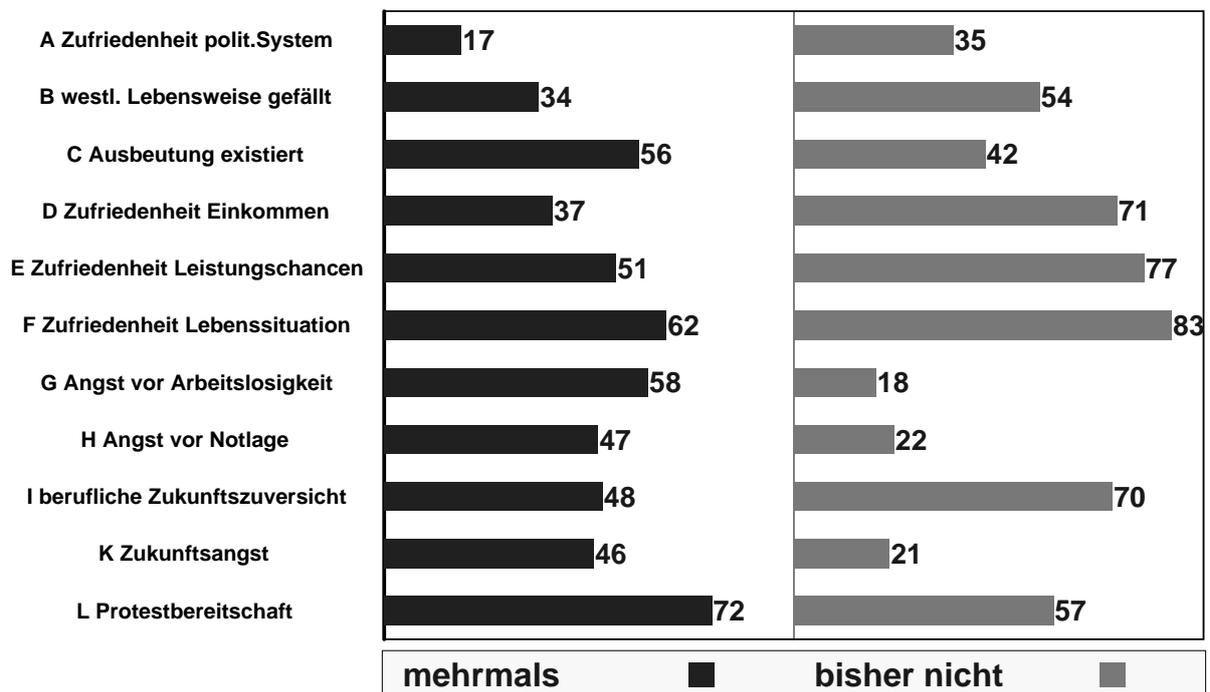
Auf einige wesentliche Erfahrungen unserer TeilnehmerInnen soll im Folgenden eingegangen werden.

Arbeitslosigkeit, Unsicherheit des Arbeits-/Ausbildungsplatzes

Die Erfahrung Arbeitslosigkeit geht wie ein Riss durch die gesamte Population. Sie wirkt sich deutlich auf viele Aspekte der Wahrnehmung und Bewertung der Gesellschaft aus.

Die folgende Abbildung veranschaulicht einige dieser Auswirkungen. Wir stellen dazu relevante Merkmale von Panelmitgliedern gegenüber, die bereits mehrmals (26%) bzw. bisher noch nicht arbeitslos (42 %) waren:

Abbildung 36: Merkmale von Panelmitgliedern, die bis 2002 bereits mehrmals arbeitslos waren bzw. noch nicht arbeitslos waren (Typenanalyse)



Erläuterungen (in Klammer: Prozentanteil der jeweiligen Positionen in der Gesamtgruppe):

- A: Zufriedenheit mit politischem System: sehr zufrieden/zufrieden (27%)
- B: Westliche Lebensart gefällt mir: vollkommen/im großen und ganzen (47%)
- C: Stimmt die Behauptung des Stabü-Unterrichts auch heute, dass in der BRD die Kapitalisten die Arbeiter ausbeuten? Ja (45%)
- D: Zufriedenheit mit dem Einkommen: zufrieden/eher zufrieden (59%)
- E: Zufriedenheit mit den Chancen, es in der jetzigen Gesellschaft durch Leistung zu etwas zu bringen: zufrieden/eher zufrieden (66%)
- F: Zufriedenheit mit eigener Lebenssituation: sehr zufrieden/zufrieden (77%)
- G: Angst vor (erneuter) eigener Arbeitslosigkeit: stark/eher stark (32%)
- H: Angst vor persönlicher Notlage: stark/eher stark (31%)
- I: Zuversicht, die beruflichen Pläne verwirklichen zu können: sehr zuversichtlich/zufrieden (61%)
- K: Angst vor der Zukunft? ja, seit Jahren/ ja, seit einigen Monaten (29%)
- L: Würden Sie sich an Protestaktionen beteiligen? ja, auf jeden Fall/ ja, wahrscheinlich (65%)

Erwartungsgemäß unterscheiden sich die beiden Extremgruppen in ihrer Zufriedenheit mit dem politischen System (A): Von den Panelmitgliedern, die bisher nicht arbeitslos waren, äußern sich 2002 immerhin rund doppelt so viele systemzufrieden (35%) wie von jenen, die schon mehrmals arbeitslos

waren (17%). Sehr unterschiedlich sind die Urteile über die westliche Lebensart (B): Sie gefällt 54% derer, die nicht arbeitslos waren gegenüber nur 34% jener, die diese Erfahrung schon mehrmals machen mussten. Hoch signifikant auch der Unterschied in Bezug auf die Frage, ob die im Staatsbürgerkunde-Unterricht gehörte These auch heute zutrifft, dass in der BRD die Kapitalisten die Arbeiter ausbeuten: 42% gegenüber 56%!

Sehr große, wenn auch nicht unerwartete Unterschiede treten im Hinblick auf die Zufriedenheit mit dem Einkommen zutage (D): Von den TeilnehmerInnen, die keine Erfahrung mit Arbeitslosigkeit machen mussten, sind immerhin 71% mit ihrem Einkommen zufrieden; von denen dagegen mit mehrmaliger Erfahrung nur 37%.

Dementsprechend unterschiedlich ist auch die Zufriedenheit mit den Chancen, in der jetzigen Gesellschaft durch Leistungen voranzukommen (E): Von den Befragten ohne die Erfahrung Arbeitslosigkeit äußern sich 77% zufrieden, von jenen, die schon mehrmals arbeitslos waren, aber nur 51% (in beiden Fällen mit geringen Anteilen einschränkungsloser Zufriedenheit: 27% bzw. 11%).

Auch die generelle Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Lebenssituation (F) wird sehr different beurteilt: 83% gegenüber 62% zugunsten derer, die bisher von Arbeitslosigkeit verschont geblieben sind.

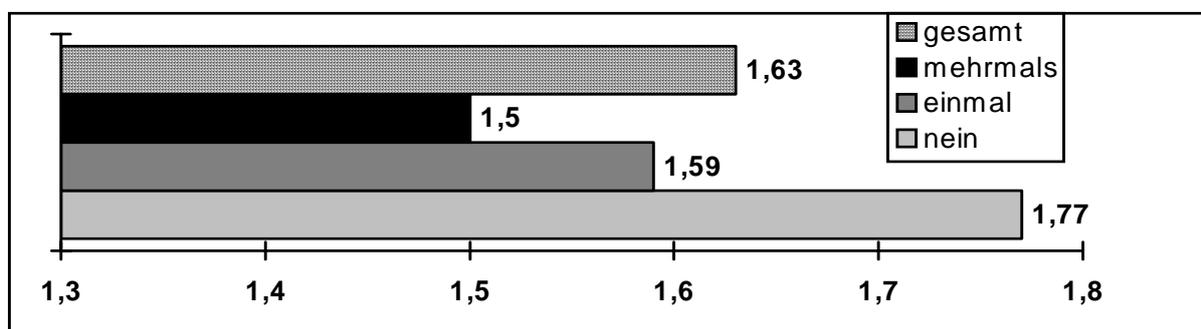
Die Angst, persönlich (erneut) vor Arbeitslosigkeit (G) betroffen zu sein, ist noch immer weit verbreitet. Sie wird auch von 18% derer geäußert, die davon bisher noch verschont geblieben sind. Von den Panelmitgliedern aber, die schon mehrmals arbeitslos waren, gilt das für 58%. Fast ebenso groß sind die Unterschiede in Bezug auf die Angst vor dem Eintreten einer persönlichen Notlage (H): 22% gegenüber 47%.

Mehrmals erfahrene Arbeitslosigkeit beeinträchtigt sehr deutlich die berufliche Zukunftszuversicht (I), eine wesentliche Voraussetzung einer optimistischen Lebenssicht, aber auch der Identifikation mit dem Gesellschaftssystem: TeilnehmerInnen, die nicht von Arbeitslosigkeit betroffen waren, sind erheblich zuversichtlicher, ihre beruflichen Zukunftspläne zu erreichen, als jene, die mehrmals betroffen waren: 70% gegenüber 48%! In dieselbe Richtung weist der deutliche Unterschied im Hinblick auf bestehende Zukunftsangst (K): Angst vor der Zukunft zu haben äußern 21% derer, die keine Arbeitslosigkeit zu verarbeiten haben, gegenüber 46% jener, die damit schon mehrmals konfrontiert waren.

Aufschlussreich sind nicht zuletzt auch die erheblichen Unterschiede hinsichtlich der Protestbereitschaft (L): Zwar sind auch von den TeilnehmerInnen ohne die mehrmalige Erfahrung Arbeitslosigkeit 57% bereit, an Protestaktionen wie Demonstrationen und Streiks teilzunehmen; bei denen, die mehrmals arbeitslos waren, sind das mit 72% weitaus mehr.

Erwähnenswert ist der deutliche Einfluss erfahrener Arbeitslosigkeit auf den Kinderwunsch der jungen Frauen und Männer:

Abbildung 37: Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die Zahl gewünschter Kinder 2002
„Wie viele Kinder möchten Sie einmal haben?“ - Mittelwerte



Die TeilnehmerInnen gaben die Anzahl der gewünschten Kinder im Fragebogen direkt an.

Der Unterschied in den Mittelwerten derer, die mehrmals bzw. nicht arbeitslos waren, ist signifikant ($P = .003$)

Im Jahr 2002 wurde für die Gesamtgruppe der TeilnehmerInnen ein Mittelwert von 1,63 Kindern ermittelt. Dabei schwanken diese Werte zwischen 1,50 Kindern bei denen, die selbst schon mehrmals Arbeitslosigkeit erlebt haben, und 1,77 Kindern bei jenen, die noch nicht arbeitslos waren. Dieser signifikante Unterschied lässt darauf schließen, dass insbesondere mehrmalige bzw. längere Arbeitslosigkeit und die damit einhergehenden vielschichtigen Verunsicherungen und Zweifel die Zahl gewünschter Kinder deutlich senkt. Ähnliche Unterschiede wurden schon 2000 ermittelt.

Der Anteil der Panelmitglieder, die schon die Erfahrung eigener Arbeitslosigkeit machen mussten, hat sich in den letzten Jahren deutlich vergrößert. Eine entsprechende Frage wird seit der 12. Welle 1996 gestellt:

Tabelle 21: Anteil der Panelmitglieder mit eigener Erfahrung hinsichtlich Arbeitslosigkeit im Trend 1996 bis 2002
 „Waren Sie arbeitslos? (einschließlich eventueller jetziger Arbeitslosigkeit)“

	1 ja, mehrmals	2 ja, einmal	3 nein	
		1	2	3
<hr/>				
<i>Gesamtgruppe</i>				
1996		17	31	52
1998		23	31	46
2000		26	32	42
2002		29	34	37

Im Jahr 2002 sind es bereits fast zwei Drittel (63%), die diese stark prägende Erfahrung machen mussten, mit nur geringen Unterschieden (nicht sign.) zwischen den Geschlechtergruppen. Auch die Dauer der Arbeitslosigkeit wurde erfasst (in Monaten); diese Angaben sind noch auszuwerten.

In einigen Wellen wurde über die eigene Arbeitslosigkeit der Panelmitglieder hinaus auch die Arbeitslosigkeit der Eltern und des Lebenspartners bzw. der Lebenspartnerin erfasst. Die folgende Tabelle informiert über diese bemerkenswerten Ergebnisse:

Tabelle 22: Arbeitslosigkeit der Eltern der Panelmitglieder im Trend 1992 - 2002
 „Sind Ihre Eltern arbeitslos?“

	1 nein	2 nur Vater	3 nur Mutter	4 beide	2-4 Eltern ges.
<hr/>					
1992	63	22	12	3	37
1993	65	20	10	5	35
1996	67	-	-	-	33
1998	64	-	-	-	36
2000	63	-	-	-	37
2002	61	13	17	9	39

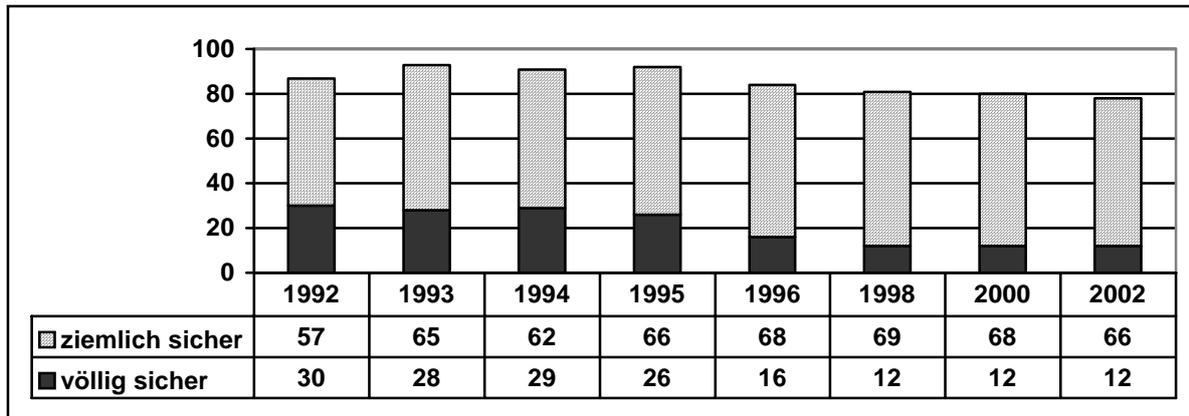
(Bei dieser Tabelle waren die Angaben zu Vater und Mutter 1992 bzw. 1993 in der Erstinformation vertauscht; dies wird hier korrigiert.)

Ablesbar ist, dass auch ein beachtlicher Teil der Eltern unserer TeilnehmerInnen von Arbeitslosigkeit betroffen ist: Seit 1992 gibt rund ein Drittel an, dass zumindest ein Elternteil arbeitslos ist. 1992 und 1993 waren überwiegend die Väter davon betroffen. Arbeitslosigkeit beider Elternteile kommt selten vor (allerdings mit steigender Tendenz). Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Väter und Mütter als gegenwärtig etwa 50 bis 55-Jährige zu jener Generation gehören, die im Osten massiv aus der Erwerbstätigkeit herausgedrängt wurde oder noch wird.

Hinzu kommt, dass seit 1995 mindestens 10 % (2002: 11%) der TeilnehmerInnen, die einen Lebenspartner/eine Lebenspartnerin haben, angeben, dass dieser Partner/diese Partnerin ebenfalls arbeitslos ist. Aus der individuellen Kopplung (nicht Addition) dieser Angaben geht hervor, dass bis 2002 immerhin rund drei Viertel dieser jungen Ostdeutschen direkt oder indirekt mit den Auswirkungen von Arbeitslosigkeit konfrontiert wurden - mit nachweislich erheblichen Konsequenzen für ihre politischen Einstellungen und ihre Befindlichkeit. Arbeitslosigkeit der Eltern und/oder des Partners und die damit verbundenen Sorgen machen vielen Teilnehmern zusätzlich zu schaffen, vermindern ihre eigene Zu-

kunftszuversicht, dämpfen ihre Zufriedenheit mit der Gesellschaft. Diese Komplexität direkter und indirekter Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit und deren Einfluss werden u.E. stark unterschätzt. Zur verbreiteten Erfahrung Arbeitslosigkeit kommt außerdem hinzu, dass seit 1993 das für die gesamte Befindlichkeit bedeutsame Gefühl, gegenwärtig einen sicheren Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz zu besitzen, zurückgegangen ist, insbesondere in seiner einschränkungslosen Ausprägung. Auch nach dem Regierungswechsel ist noch keine Trendwende erkennbar. Die Abbildung veranschaulicht diesen Abwärtstrend für die Gesamtgruppe:

Abbildung 38: Vermutete Sicherheit des Arbeitsplatzes im Trend 1992 – 2002. Anteile der AP „völlig sicher“ und „ziemlich sicher“



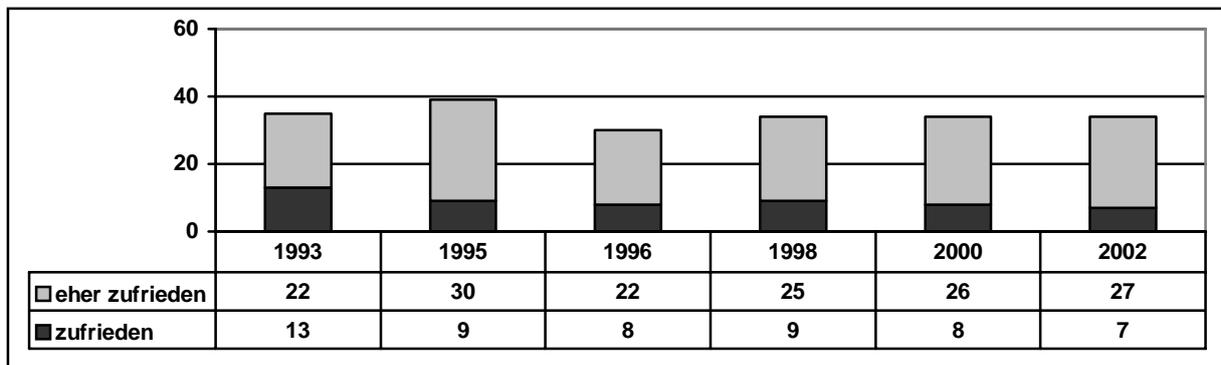
Fragetext: Wie sicher ist Ihr Arbeits- /Ausbildungsplatz?
 1 völlig sicher 2 ziemlich sicher 3 ziemlich unsicher 4 völlig unsicher

Der Trend bei den jungen Frauen verläuft ähnlich wie der bei den jungen Männern, allerdings ist bei ihnen der starke Abwärtstrend des uneingeschränkten Sicherheitsgefühls noch deutlicher als bei den jungen Männern, ein weiterer Hintergrund für ihre systemkritische Haltung.

Geringe Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung

Die TeilnehmerInnen der Studie äußern sich seit Jahren mehrheitlich sehr kritisch über ihre geringen demokratischen Mitgestaltungsrechte, an die sie wie die Ostdeutschen generell in der Wendezeit große Erwartungen hatten:

Abbildung 39: Anteil der Panelmitglieder, die mit den Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung zufrieden oder eher zufrieden sind, im Trend 1993 -2002



Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit Ihren Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Politik?“
 1 zufrieden 2 eher zufrieden als unzufrieden
 3 eher unzufrieden als zufrieden 4 unzufrieden

Diese Daten sprechen für eine massive Enttäuschung: Nur etwa ein Drittel äußert sich positiv, die wenigsten davon ohne Einschränkung. Eine Tendenz zu größerer Zufriedenheit ist nicht auszumachen, auch nicht nach dem Regierungswechsel 1998.

Der potenziell durchaus bestehende positive Einfluss demokratischer Mitgestaltung auf die Systemzufriedenheit geht aus dem folgenden Zusammenhang hervor:

Tabelle 23: Zusammenhang zwischen der Erfahrung „Demokratische Mitgestaltung“ und der Zufriedenheit mit dem politischen System 2002

	<i>Zufriedenheit mit dem politischen System:</i>		
	sehr zufrieden/zufrieden	weniger zufrieden	unzufrieden
<i>Zufriedenheit mit eigenen Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Politik:</i>			
zufrieden	48	48	4
eher zufrieden	39	53	8
eher unzufrieden	25	62	13
unzufrieden	11	53	36

(N = 411; r = .31; P = .000)

TeilnehmerInnen, die mit ihren Möglichkeiten, die Politik beeinflussen zu können, zufrieden sind (im Jahr 2002 7%), äußern sich zugleich weitaus systemzufriedener als jene, die diese Möglichkeiten kritisch sehen: 48% gegenüber 11%! Die Botschaft an die Politik ist evident und keineswegs neu: „Mehr Demokratie wagen!“ (Willy Brandt 1969).

Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang auch die folgenden Trends:

Tabelle 24: Demokratieerfahrungen der Panelmitglieder
 „Haben Sie in den letzten zwei, drei Jahren folgende Erfahrungen gemacht?“
 1 ja 2 nein 3 Das ist schwer zu sagen.

Jahr	1	2	3
<i>dass Sie in der Öffentlichkeit offen Ihre Meinung sagen können</i>			
1996	60	29	11
1998	63	25	12
2000	65	22	13
2002	64	23	13
<i>dass Sie Ihren Vorgesetzten offen Ihre Meinung sagen können</i>			
1996	37	51	12
1998	40	49	11
2000	43	47	10
2002	47	44	9
2002: Sicherheit des Arbeits-/Ausbildungsplatzes:			
völlig sicher	68	21	11
ziemlich sicher	48	41	11
ziemlich/völlig unsicher	35	62	3
<i>dass die Politiker an Ihrer Meinung interessiert sind</i>			
1996	3	85	12
1998	4	85	11
2000	3	84	13
2002	4	81	15
<i>dass Sie Ihr Leben ohne politische Zwänge frei gestalten können</i>			
2000	62	22	16
2002	55	24	21

Diese Angaben sprechen für sich: Nur zwischen 61% und 65% haben in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht, in der Öffentlichkeit offen ihre Meinung sagen zu können. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Panelmitglieder links- oder rechtsorientiert sind bzw. sich in der Mitte einordnen.

Mit durchschnittlich 37% bis 47% bestätigen noch weniger die Erfahrung, ihren Vorgesetzten gegenüber mit ihrer Meinung nicht hinterm Berg halten zu müssen. Bemerkenswert ist die angeführte Differenzierung: Bei Teilnehmern, die annehmen, einen völlig sicheren Arbeitsplatz zu haben, steigt diese

Quote immerhin auf 68%, bei jenen dagegen, deren Arbeits-/Ausbildungsplatz völlig unsicher ist, geht sie sogar auf nur 35% herunter! Seit 1996 zeichnet sich ein positiver Trend ab.

Diese und weitere bedenkenswerte Zusammenhänge belegen, dass Demokratie sehr viel mit Arbeitsplatzsicherheit bzw. Angst vor Arbeitslosigkeit zu tun hat.

Nur zwischen 3% und 4% haben über Jahre hinweg die Erfahrung gemacht, dass die Politiker an ihrer Meinung interessiert sind. Diese sehr konstanten Zahlen müssen nicht kommentiert werden. Zu denken geben muss, dass nur die reichliche Hälfte der Panelmitglieder die Erfahrung gemacht hat, ihr Leben ohne politische Zwänge frei gestalten zu können (noch weniger meinen allerdings, ihr Leben ohne wirtschaftliche Zwänge frei gestalten zu können: 2000 21%, 2002 16% 16%!).

Erhebliche Defizite im Erleben sozialer Gerechtigkeit

Der Einfluss des Erlebens oder (häufiger: Nichterlebens) sozialer Gerechtigkeit auf die Einstellung zum jetzigen Gesellschaftssystem ist in seiner Bedeutung kaum zu überschätzen:

Tabelle 25: Zusammenhang zwischen der Erfahrung „Gerechter Anteil am Wohlstand“ bzw. „Leistungsgerechtigkeit“ und der Zufriedenheit mit dem politischen System 2002 (N=415)

	Zufriedenheit mit dem politischen System		
	sehr zufrieden/ zufrieden	weniger zufrieden	unzufrieden
Gesamt 2002	27	57	16

Erfahrung: einen gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand erhalten?

ja	49	38	13
nein	15	66	19
schwer zu sagen (sign.)	29	58	13

Zufriedenheit mit Leistungsgerechtigkeit

zufrieden	44	47	9
eher zufrieden	32	57	11
eher unzufrieden	13	66	21
unzufrieden (sign.)	9	36	55

Die Zusammenhänge sind eindeutig: Panelmitglieder, welche die Erfahrung gemacht haben, ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten, sind erheblich systemzufriedener als jene, die das nicht erleben. Und: Je zufriedener mit der Leistungsgerechtigkeit, desto stärker die Systemzufriedenheit.

Unter diesem Blickwinkel gewinnt die Tatsache an Bedeutung, dass das in den letzten Jahren viel diskutierte Gerechtigkeitsdefizit auch bei den TeilnehmerInnen unserer Studie nicht zu übersehen ist:

Tabelle 26: Erleben sozialer Gerechtigkeit im Trend 1996 bis 2002
„Haben Sie in den letzten zwei, drei Jahren folgende Erfahrung gemacht:
dass Sie Ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand erhalten.“

	1 ja	2 nein	0 Das ist schwer zu sagen
	1	2	0
1996	16	53	31
1998	20	47	33
2000	26	42	32
2002	24	46	30

Die verbreitete Unzufriedenheit mit dem politischen System, aber auch mit der Wirtschaftsordnung hat ihre Wurzeln in bedeutendem Maße darin, dass sich der größte Teil der Panelmitglieder hinsichtlich ihres Anteils am gesellschaftlichen Wohlstand ungerecht behandelt fühlt. Der sich 2000 andeutende positive Trend hat sich 2002 nicht fortgesetzt, die Brisanz einer als ungerecht empfundenen und bewerteten Verteilung des Wohlstandes bleibt erhalten.

Tabelle 27: Zufriedenheit mit den Chancen, in der jetzigen Gesellschaft durch Leistung voranzukommen
 „Wie zufrieden sind Sie, es in der jetzigen Gesellschaft *durch Leistung* zu etwas zu bringen?“

	1 zufrieden	2 eher zufrieden als unzufrieden				
	3 eher unzufrieden als zufrieden	4 unzufrieden				
	1	2	(1+2)	3	4	X
1995	19	58	(77)	20	3	2,1
1996	15	55	(70)	24	5	2,2
1998	17	53	(70)	25	5	2,2
2000	24	43	(67)	28	5	2,2
2002	20	46	(66)	29	5	2,2

Zwei Drittel sind im Jahr 2002 mit der real erlebten Leistungsgerechtigkeit zufrieden, aber nur der kleinere Teil davon ohne Einschränkung. Außerdem deutet sich eine rückläufige Tendenz an: Der Anteil mehr oder weniger zufriedener Panelmitglieder ist zwischen 1995 und 2002 von 77% kontinuierlich und signifikant auf 66% abgesunken.

Erfahrung, als Deutscher zweiter Klasse behandelt zu werden

Die Bindung an das neue Gesellschaftssystem wird bei einem großen Teil der Panelmitglieder noch immer durch die Erfahrung beeinträchtigt, von vielen Westdeutschen als Bürger zweiter Klasse behandelt zu werden:

Tabelle 28: Erfahrung, als Deutscher zweiter Klasse behandelt zu werden, im Trend 1995 bis 2002
 „Viele Westdeutsche behandeln uns Ostdeutsche als Deutsche zweiter Klasse.“
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
1995	21	31	(52)	26	15	7	2,5
1996	24	28	(52)	27	14	7	2,5
1998	26	27	(53)	26	16	5	2,5
2000	24	24	(48)	28	17	7	2,6
2002	22	29	(51)	27	16	6	2,6

Rund die Hälfte äußert 2002, solche Erfahrungen gemacht zu haben, 27% äußern sich ambivalent, nur 22% widersprechen. TeilnehmerInnen, die im Westen leben, stimmen zwar signifikant weniger häufig zu, auch von ihnen haben jedoch 32% solche Erfahrungen gemacht (die im Osten leben: 58%). Die Trendrichtung ist offen.

11.2. Langzeitwirkungen der DDR-Sozialisation

Entsprechend der Anlage der Studie und den bisherigen Ergebnissen unterscheiden wir zwei Ebenen solcher Langzeitwirkungen:

a) Auf der Ebene der Alltagserfahrungen der Panelmitglieder in der DDR. Im Abschnitt 6. haben wir bereits die Gebiete des Lebens genannt, an die sie sich im Rahmen eines Systemvergleichs besonders positiv erinnern; sie sollen hier nicht wiederholt werden.

b) Auf der Ebene der politischen Sozialisation in der DDR. Zu ihr rechnen wir die Aufwertung und die Nachwirkungen früher angeeigneter politischer Kenntnisse sowie die Langzeitwirkungen von Systembindungen vor der Wende.

Aufwertung politischer Kenntnisse

Erstaunlich viele Panelmitglieder schreiben der jetzigen Gesellschaft Merkmale zu, die ihnen im früheren Staatsbürgerkundeunterricht gelehrt wurden:

Tabelle 29: Heutige Auffassung zu zentralen Lerninhalten des Staatsbürgerkundeunterrichts vor der Wende

	1 ja	2 nein	0 Das ist schwer zu sagen.
	1	2	0
<hr/>			
„Stimmt die damalige Behauptung, dass die eigentlichen Machthaber die großen Konzerne und Banken sind?“			
2000	76	8	16
2002	75	8	17
„Gibt es in der heutigen Bundesrepublik noch Klassenkampf?“			
1996	53	18	30
1998	48	21	31
2000	51	25	24
2002	54	23	23
„Im Stabü-Unterricht wurde die BRD als Gesellschaft charakterisiert, in der die Kapitalisten die Arbeiter ausbeuten. Trifft das nach ihren heutigen Erfahrungen zu?“			
1996	49	21	30
1998	50	24	26
2000	50	29	21
2002	45	29	26
„Stimmt es, dass das kapitalistische Gesellschaftssystem die Quelle von Konflikten und Kriegen ist?“			
2002	27	38	35

Nach über 10 Jahren persönlicher Erfahrung der Panelmitglieder mit dem Gesellschaftssystem der Bundesrepublik wird den damaligen Lehrsätzen noch immer von sehr vielen zugestimmt. Immerhin rund drei Viertel der Panelmitglieder (75%) halten die Behauptung für richtig, dass die eigentlichen Mächtigen die großen Konzerne und Banken wären. Nur 8% weisen sie zurück, mit 17% ist der Anteil derer vergleichsweise niedrig, die sich darüber nicht im klaren sind. Jeweils rund die Hälfte meint, dass die ihnen früher vermittelten Thesen der Existenz von Ausbeutung bzw. Klassenkampf heute tatsächlich zutreffen würden. Dagegen hält nur ein reichliches Viertel (27%) die damalige Behauptung heute für richtig, dass das kapitalistische Gesellschaftssystem die Quelle von Konflikten und Kriegen sei.

Erwähnenswert ist, dass die Frage nach der heutigen Existenz von Ausbeutung überdurchschnittlich bejaht wird von den Arbeitern (51%), den Arbeitslosen (50%) und jenen, die sich unter „etwas anderes“ eingetragen haben (die überwiegend als Beamte tätig sind!).

Diese Daten verweisen auf erhebliche Nachwirkungen politischer Erziehung und Bildung in der Schulzeit, zweifellos im Zusammenspiel mit aktuellen Erfahrungen und Beobachtungen.

Das geht auch aus der mehrheitlichen Zustimmung zu der These hervor, „Es war nicht alles falsch, was wir früher in der Schule über den Kapitalismus gelernt haben.“ Diese Formulierung war in den zurückliegenden Jahren sehr oft bei den verbalen Angaben der Panelmitglieder zu lesen; im Rahmen der 14. und 16. Welle wurde sie deshalb als Fragestellung vorgegeben, um ihre Verbreitung genauer quantifizieren zu können:

Tabelle 30: Zustimmung zur These „Es war nicht alles falsch, was wir in der Schule über den Kapitalismus gelernt haben.“
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
2000	38	35	(73)	19	6	2	2,00
2002	38	35	(75)	20	6	1	1,97

Rund drei Viertel stimmen der These mit außerordentlich hoher Konstanz zu, nur eine Minderheit lehnt sie ab.

Langzeitwirkungen früherer sozialistischer Systembindungen

Von besonderem Interesse ist der Nachweis von Langzeitwirkungen der Systembindungen vor der Wende. Auf der Grundlage der im Frühjahr 1989 (am Ende der 10.Klasse) gewonnenen Daten zur Identifikation mit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung als zentralem Erziehungsziel wurde nachgewiesen, dass die damaligen Bindungen je nach ihrer Ausprägung die heutigen politischen Einstellungen signifikant und relevant beeinflussen. Exemplarisch belegen wir das anhand der Einstellung zur politischen Wende:

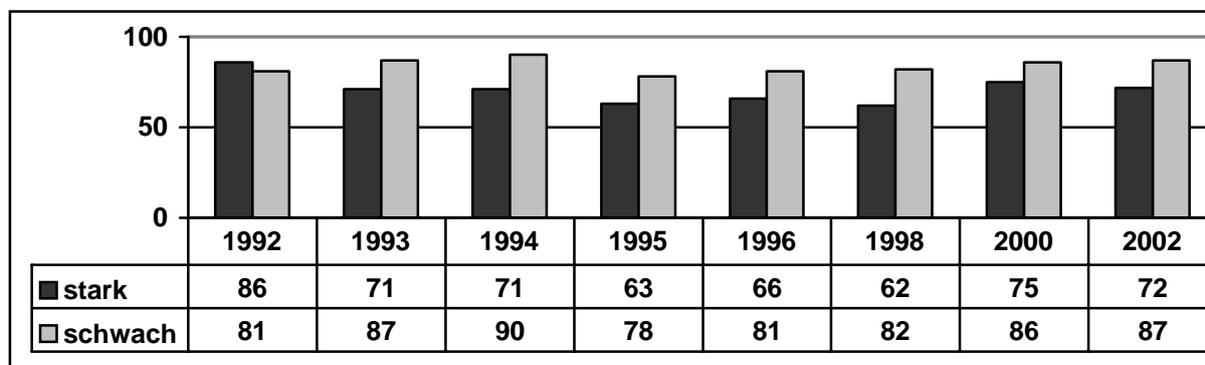
Tabelle 31: Zusammenhang zwischen früherer Systembindung und heutiger Einstellung zur politischen Wende (2002)
„Es war höchste Zeit, dass das SED-Regime beseitigt worden ist.“
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
<i>Systembindung Frühjahr 1989</i>							
stark	46	26	(72)	18	7	3	1,95
mittel	49	30	(79)	15	4	2	1,80
schwach	63	24	(87)	9	4	0	1,53

(N = 403; r = -.19; P = .000)

Je stärker die damalige Systembindung war, um so schwächer fällt 2002 die Bejahung der Wende aus, insbesondere in ihrer einschränkungslosen Ausprägung. Diese Erscheinung war auch schon in den vorangegangenen Welle zu beobachten:

Abbildung 40: Bejahung der Wende bei den Panelmitgliedern, die vor der Wende stark bzw. schwach systemverbunden waren, im Trend 1992 – 2002 (Ap 1 +2 wurden zusammengefasst)



Bis auf die Angaben von 1992 unterscheiden sich alle Prozentverteilungen der beiden Extremgruppen signifikant (Pt: 1993 = .038; 1994 = .003; 1995 = .009; 1996 = .014; 1998 = .004; 2000 = .001; 2002 = .000). Panelmitglieder, die vor der Wende stark systemverbunden waren, bejahen die Wende zwar ebenfalls mehrheitlich, jedoch signifikant weniger häufig als jene, die nur schwach systemverbunden waren. Der in der Gesamtgruppe bis 1998 erkennbare leichte (aber signifikante) Rückgang in der Zu-

stimmung zur Wende ist auch mit auf den erheblichen Rückgang bei den früher stark systemverbundenen TeilnehmerInnen zurückzuführen. Ähnliche Trends liegen für weitere politische Einstellungen vor, z.B. für die Zufriedenheit mit dem politischen System, die Bejahung sozialistischer Ideale und die Zustimmung zu der These, bei der DDR habe es sich um einen „Knast für die Bürger“ gehandelt.

Auffällig ist, dass der Einfluss früherer starker Systembindungen bei jenen Panelmitgliedern besonders hervortritt, die bereits arbeitslos waren bzw. erhebliche existenzielle Verunsicherungen verarbeiten mussten. Frühere Systembindungen – und damit letztlich die in der DDR erfahrene politische Sozialisation – wirken offensichtlich nicht zwangsläufig nach, sondern vor allem oder nur dann (das lässt sich gegenwärtig noch nicht entscheiden), wenn Erfahrungen vorliegen, welche die damals verinnerlichten Ansichten und Orientierungen nachträglich als richtig erscheinen lassen.

12. Sind die in den Westen abgewanderten TeilnehmerInnen für den Osten verloren?

Wie erwähnt, leben im Jahr 2002 98 der 420 erfassten Panelmitglieder in den alten Bundesländern (92) bzw. im Ausland (6). 52% davon sind männlich, 48% weiblich. Im Vergleich mit ihren Altersgefährten im Osten hat ein größerer Teil von ihnen mit oder ohne Abschluss studiert: 42% gegenüber 31% (sign.).

Von ihnen beantworteten 85 einen speziellen Zusatzbogen (von 13 war uns nicht bekannt, dass sie inzwischen abgewandert waren).

Als Hauptgrund für die Übersiedlung werden von fast allen TeilnehmerInnen fehlende Arbeitsplätze bzw. fehlende berufliche Perspektive im Osten angegeben oder die Tatsache, nach der Ausbildung nicht übernommen worden zu sein. Vielfach wird auch die Möglichkeit angeführt, im Westen mehr zu verdienen. Viele haben sich ihrer Partnerin/ihrem Partner angeschlossen, die/der in den Westen gegangen ist.

Eine Frage danach, wie lange man schon im Westen/Ausland lebt, ergab folgende Verteilung: 1 bis 4 Jahre 35%, 5 bis 8 Jahre 28%, 9 bis 13 Jahre immerhin 37% (im Mittel 6,5 Jahre).

Nur 8% von ihnen wollen auf jeden Fall oder wahrscheinlich in den Osten zurückkehren:

Tabelle 32: „Werden Sie in den Osten zurückkehren?“

1 ja, auf jeden Fall	2%
2 ja, wahrscheinlich	6%
3 nein, wahrscheinlich nicht	42%
4 nein, auf keinen Fall	26%
0 Das ist noch völlig offen	24%

Dabei bestehen keine Unterschiede zwischen den Geschlechtergruppen.

Als Bedingungen für eine eventuelle Rückkehr werden fast durchweg gleichwertige Arbeits- bzw. Verdienstmöglichkeiten im Osten genannt. Häufig wird erwähnt, dass solche Möglichkeiten auch für den Partner/die Partnerin gegeben sein müssen („Gleiche Arbeitschancen und auch dann nur mit meinem Mann und Kind.“). In diesem Zusammenhang ist es interessant, einen Blick auf die bestehenden Partnerbeziehungen zu werfen:

Tabelle 33: Herkunft des Lebenspartners/der Lebenspartnerin

	Aus dem Westen/Ausland	aus dem Osten	z.Zt. kein Partner
Gesamt	42	41	17
Männlich	26	58	16
Weiblich	59	24	17

83% der im Westen wohnenden TeilnehmerInnen leben in einer festen Partnerschaft (darunter 32% verheiratet). Bei rund der Hälfte von ihnen stammt der Partner/die Partnerin aus dem Westen/Ausland bei gravierenden Unterschieden zwischen den Geschlechtergruppen: Bei den jungen Männern stam-

men die meisten Partnerinnen aus dem Osten, bei den jungen Frauen die meisten Partner dagegen aus dem Westen.

Rund die Hälfte der im Westen wohnenden TeilnehmerInnen fühlt sich als Bürger/in des Bundeslandes, in dem die TeilnehmerInnen jetzt leben. Die Wohndauer im Westen hat darauf erwartungsgemäß erheblichen Einfluss:

Tabelle 34: „Fühlen Sie sich als Bürger des Bundeslandes, in dem Sie jetzt leben?“ (2002)

1 ja, vollkommen 2 ja, etwas schon
3 nein, eigentlich nicht 4 nein, absolut nicht

	1	2	(1+2)	3	4
Gesamtgruppe	17	34	(51)	36	13
Wohndauer:					
1 bis 4 Jahre	4	32	(36)	46	18
5 bis 8 Jahre	18	27	(45)	41	14
9 bis 13 Jahre	30	37	(69)	11	27

(r = .32; P = .005)

Umgekehrt schwächt sich mit zunehmender Wohndauer im Westen die Identifikation mit Sachsen deutlich ab (r = .30; P = .009).

Auf den Absturz der Zuversicht unserer Panelmitglieder, in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, sind wir bereits eingegangen. Hier ist zu ergänzen, dass TeilnehmerInnen, die im Westen leben, diese Zuversicht noch weniger häufig äußern als jene, die im Osten leben:

Tabelle 35: Zuversicht, in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, differenziert nach Wohnregion 2002

„Ich habe in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft“
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
Gesamt	1	13	(14)	31	28	27
Lebt im Osten	2	16	(18)	35	29	18
Lebt im Westen	0	2	(2)	16	27	55

Panelmitglieder, die im Westen leben, zweifeln noch weitaus häufiger an einer gesicherten Zukunft in Ostdeutschland als jene, die im Osten leben: 82% gegenüber 47%!

Erwähnenswert ist, dass von den im Osten lebenden Panelmitglieder weitere 4% wahrscheinlich oder auf jeden Fall in den Westen übersiedeln wollen. Jeweils 48% äußern, auf jeden Fall bzw. wahrscheinlich hier bleiben zu wollen.

Informativ sind die Urteile der im Westen lebenden TeilnehmerInnen über einige Aspekte ihrer Lebensverhältnisse, die wir hier aus Platzgründen unkommentiert wiedergeben:

Tabelle 36: Urteile über ausgewählte Aspekte ihrer Lebensverhältnisse 2002, nach dem Mittelwert geordnet (N= 85)
Bitte nehmen Sie zu den folgenden Aussagen mit diesen Antwortmöglichkeiten Stellung:
Das trifft zu 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
Ich werde von meinen Arbeitskollegen akzeptiert.	80	15	(95)	5	0	0	1,2
Ich werde von meinen Vorgesetzten akzeptiert.	81	13	(94)	4	2	0	1,3
Ich werde von meinen Nachbarn akzeptiert.	63	31	(94)	6	0	0	1,4
Ich habe hier ein schönes Zuhause.	61	31	(92)	7	1	0	1,5
Ich lebe in einer schönen Umgebung.	59	28	(87)	11	2	0	1,6
Meine Arbeit/Tätigkeit hier macht mir Spaß.	53	39	(92)	7	0	1	1,6
Ich fühle mich hier wohl.	47	39	(86)	13	1	0	1,7
Ich könnte mir vorstellen, dass auch meine (künftigen) Kinder hier leben werden.	46	27	(73!)	18	5	4	1,9
Ich habe mir hier einen neuen Freundeskreis geschaffen.	38	27	(65)	22	7	6	2,2
Die Trennung von den Freunden im Osten bereitet mir Probleme.	7	12	(19)	31	21	29	3,5
Die Trennung von den Eltern bereitet mir Probleme.	7	19	(26)	15	24	35	3,6
Die Trennung von meiner Heimat allgemein bereitet mir Probleme.	2	14	(16)	20	31	33	3,8

Aus demografischer Sicht ist hervorhebenswert, dass sich rund drei Viertel von ihnen vorstellen können, dass auch ihre (künftigen) Kinder im Westen leben werden!

13. Zusammenfassung und Ausblick

Wir heben thesenhaft folgende wesentliche Ergebnisse der Studie zum politischen Mentalitätswandel hervor:

1. Die ersten drei Jahre der Studie fielen mit der Endzeit der DDR zusammen. Die damals bei den Panelmitgliedern zwischen ihrem 14. und 16. Lebensjahr erhobenen Daten zum politischen Mentalitätswandel dokumentieren die in diesem Zeitraum bei der DDR-Jugend generell beobachtete wachsende Distanz gegenüber der Politik der SED, den Abbau ihrer sozialistischen Grundeinstellungen. Ein „Nullpunkt“ war allerdings selbst kurz vor der Wende nicht erreicht. Von den regressiven Tendenzen faktisch ausgenommen war die Überzeugung, in der DDR eine gesicherte Zukunft zu haben.

Diese Zuversicht hatte vorwiegend sozialpolitische Grundlagen, z.B. die Tatsache, dass 1989, am Ende der 10.Klasse für faktisch alle TeilnehmerInnen der Untersuchung feststand, wie es nach der Schulzeit weitergeht. Alle hatten eine gesicherte berufliche Perspektive, für Ängste um einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz bestand kein Anlass. Diese und weitere positive sozialen Erfahrungen wirken bis in die Gegenwart nach und bilden den Kern einer noch im-

mer bestehenden emotionalen Verbundenheit mit der DDR. Diese damals gewonnenen Daten sind aufschlussreich für das Verstehen heutiger, teilweise unerwarteter Reaktionen dieser jungen Frauen und Männer auf die Folgen der Vereinigung und des Transformationsprozesses für Ostdeutschland.

2. Zu den wichtigsten Ergebnissen der Studie ab 1990 gehören die Trends der Einstellungen zur politischen Wende und zur deutschen Einheit, d.h. zu den Ereignissen, die das Leben der DDR-Bevölkerung und damit auch der TeilnehmerInnen dieser Untersuchung von Grund auf veränderten. Von Anfang an bejahte die überwiegende Mehrheit der Panelmitglieder grundsätzlich die Wende, nur eine Minderheit von ihnen wünscht die früheren politischen Verhältnisse zurück.

Relativiert wird die grundsätzliche Zustimmung zur Wende allerdings durch die Tatsache, dass im Jahr 2002 nur ein reichliches Viertel (28%) der Panelmitglieder bejaht, dass die damaligen Ziele verwirklicht wurden, von den jungen Frauen erheblich weniger häufig als von den jungen Männern.

Bei der Einstellung zur deutschen Einheit ist eine fast kontinuierlich wachsende Zustimmung zu beobachten. Der Anteil der Einheitsbefürworter hat sich zwischen Mai 1990 und Sommer 2002, d.h. mit wachsendem zeitlichen Abstand und mit zunehmendem Alter der Panelmitglieder deutlich erhöht. Das vereinte Deutschland ist für diese jungen Ostdeutschen inzwischen zu einer Selbstverständlichkeit geworden, die nicht in Frage gestellt wird. Sie haben von ihm Besitz ergriffen, anerkennen und nutzen die sich aus der Vereinigung ergebenden Vorteile pragmatisch für ihre Persönlichkeitsentwicklung, vielfach (wenn auch meist unfreiwillig) für ihre berufliche Karriere, vor allem aber dafür, die neu gewonnene Reisefreiheit zu praktizieren. Diese steht bei den Angaben über die positiven Seiten der Vereinigung seit Jahren klar an erster Stelle, allerdings fast ausnahmslos durch die Einschränkung ergänzt, diese Freiheit nur nutzen zu können, wenn die finanziellen Voraussetzungen dafür gegeben sind.

3. Trotz der mehrheitlichen Bejahung von Wende und Vereinigung werden ihre Folgen für Ostdeutschland ambivalent beurteilt, Widerspiegelung sehr widersprüchlicher individueller Erfahrungen. Diese ausgeprägte Ambivalenz durchzieht die gesamte Studie. Die überwiegende Mehrheit reflektiert seit Jahren sowohl positive als auch negative Veränderungen, wobei seit Mitte der 90er Jahre der Anteil derer zugenommen hat, die mehr positive als negative Veränderungen feststellen. Das könnte auf ein allmähliches Umdenken in der Beurteilung der Vereinigungsfolgen hindeuten.

Die tatsächliche Verwirklichung der deutschen Einheit wird allerdings immer weiter in die Zukunft verlagert. Im Mittel gehen die Panelmitglieder 2002 davon aus, dass es noch rund 16 Jahre dauern wird, bis die wirtschaftlichen Verhältnisse in Ostdeutschland denen im Westen angeglichen sein werden (1990 wurden dafür rund 6 Jahre angenommen); ihrer Schätzung nach wird es noch rund 21 Jahre dauern, bis Ostdeutsche und Westdeutsche zu einer „richtigen Gemeinschaft“ zusammengewachsen sind (1990 wurden hierfür rund 8 Jahre veranschlagt). Diese gravierende Vergrößerung des Zeithorizontes des Zusammenwachsens beider Landesteile hat erhebliche Konsequenzen für das Denken und Verhalten der Panelmitglieder. So verringert sich mit zunehmender vermuteter Dauer der wirtschaftlichen Einheit deutlich der Anteil derer, die auf jeden Fall in den neuen Ländern bleiben wollen.

4. Trotz der mehrheitlichen Bejahung der Wende und der Vereinigung, und obwohl die meisten Panelmitglieder gerne in der vereinten Bundesrepublik leben, ist die politische Identifikation der Panelmitglieder mit ihr auch zwölf Jahre nach der Vereinigung nur schwach entwickelt.

Diese hochgradige Widersprüchlichkeit des Denkens der TeilnehmerInnen über das vereinte Deutschland äußert sich auch in der Tatsache, dass sich der Identitätswandel vom DDR-

Bürger zum Bundesbürger als ein sehr langsam verlaufender Prozess erweist. Seit Jahren fühlen sich rund drei Viertel der Panelmitglieder als Bundesbürger (2002: 83%), ebenso viele jedoch noch als Bürger der untergegangenen DDR (2000: 83%). Für die meisten von ihnen ist charakteristisch, dass sie schon Bundesbürger sind, ohne aber ihre Verbundenheit mit der DDR aufgegeben zu haben. Das Zugehörigkeitsgefühl zur DDR ist offensichtlich tiefer verwurzelt, als das bisher angenommen wurde. Absehbar ist, dass die Herausbildung einer von „Resten“ der DDR-Verbundenheit freien staatsbürgerlichen Identifikation mit der Bundesrepublik auch bei den verhältnismäßig jungen Panelmitgliedern noch längere Zeit dauern wird und damit ein zentraler Gegenstand weiterer Untersuchungen bleibt.

5. Die Studie lässt klar erkennen, dass die Bejahung der Wende und der deutschen Einheit keineswegs gleichbedeutend ist mit der Zustimmung zum neuen Gesellschaftssystem. Das vergangene politische Gesellschaftsmodell hat seine Anziehungskraft auf die Panelmitglieder fast vollständig verloren, dem neuen System stehen die meisten auch ein reichliches Jahrzehnt nach dem Systemwechsel noch skeptisch oder kritisch gegenüber. Ein großer Teil von ihnen ist zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit von der Gesellschaft, in der sie leben, mehr oder weniger stark enttäuscht. Die Prägungen auf die Persönlichkeitsentwicklung, die von dieser Situation ausgehen, lassen sich bisher nur schwer abschätzen.

5.1. Das jetzige Gesellschaftssystem wird von den Panelmitgliedern auch ein reichliches Jahrzehnt nach dem Systemwechsel mehrheitlich skeptisch oder kritisch betrachtet. Symptomatisch dafür ist vor allem ihre Haltung zum politischen System. Wie die Trends zeigen, geht der Anteil systemzufriedener TeilnehmerInnen zu keinem Zeitpunkt über ein reichliches Drittel hinaus, die wenigsten davon sind sehr zufrieden. Zwischen 1994 und 1998, in den letzten Jahren der Kohl-Ära, war sogar ein klarer, signifikanter Abwärtstrend zu erkennen.

5.2. Charakteristisch für die Distanz der meisten Panelmitglieder gegenüber dem neuen Gesellschaftssystem ist ihre kritische Stellung gegenüber den demokratischen Parteien. Nur ein kleiner Teil von ihnen hat bisher Vertrauen zu den Parteien gefasst. Die Vertrauensquoten erreichen bei keiner Partei und zu keinem Untersuchungszeitpunkt ein Drittel der Panelmitglieder, sie liegen meist weit darunter. Der erwähnte Rückgang der Zufriedenheit mit dem politischen System zwischen 1994 und 1998 stand nachweislich in einem engen Zusammenhang mit dem zeitgleich erfolgten Rückgang des Vertrauens zu den Unionsparteien CDU/CSU. Offensichtlich führte dieser Vertrauensverlust in diesem Zeitraum bei sehr vielen TeilnehmerInnen zu einem generellen Vertrauensverlust gegenüber der jetzigen politischen Ordnung, insbesondere dem politischen System.

Die Längsschnittanalysen belegen außerdem, dass bisher erst eine Minderheit der Panelmitglieder längerfristige Bindungen an die Parteien entwickelt hat. Ein großer Teil der umfangreichen verbalen Angaben der TeilnehmerInnen entfällt auf kritische Aussagen über fast alle Parteien bzw. die sie repräsentierenden Politiker, deren Kompetenz für die Lösung der anstehenden Probleme nicht sehr hoch bewertet wird. Generell haben die Politiker bei ihnen in den letzten Jahren an Ansehen und Glaubwürdigkeit verloren, nicht zuletzt ein Echo vieler großer und kleiner Skandale und Affären.

5.3. Die anhaltende Distanz gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem geht auch aus der Tatsache hervor, dass die Bereitschaft der Panelmitglieder zur gesellschaftlichen Partizipation von Jahr zu Jahr geringer geworden ist und jetzt gegen null geht. Diese Bereitschaft, die schon in der Endzeit der DDR stark zurück gegangen war, nahm nach der Wende nicht etwa einen Aufschwung, sondern stürzte im Gegenteil völlig ab.

Auch der signifikante Rückgang des Strebens nach Aufstieg in der Gesellschaft ist Ausdruck des massiven Abbaus der Bereitschaft zur Unterstützung des politischen Systems. Hinter-

grund ist die Erfahrung, als Ostdeutscher nur geringe Chancen zu haben, in die vorwiegend von Westdeutschen dominierte gesellschaftliche Elite aufgenommen zu werden - ein generelles Problem der ostdeutschen Gesellschaft. Die Konsequenzen sind in ihrer Tragweite kaum zu überschätzen: Mit einer geringen bzw. sogar abnehmenden Neigung zu Aufstieg und Prestigegewinn versiegt zugleich eine bedeutende Quelle der Identifikation mit den Werten und Normen der jetzigen Gesellschaft.

5.4. Die kritische Sicht der Panelmitglieder auf die jetzige Gesellschaft äußert sich seit Jahren im Systemvergleich frühere DDR - heutige Bundesrepublik auf zahlreichen wesentlichen Gebieten des Lebens. Im Hinblick auf die persönlichen Freiheiten, die Möglichkeiten der Selbstentfaltung bzw. der Freizeitgestaltung geben sie der heutigen Situation eindeutig den Vorzug gegenüber der Situation in der DDR. Andererseits schneiden die Verhältnisse in der DDR auf sozialem Gebiet mit hoher Konstanz auch gegenwärtig noch gut ab.

Die überwiegende Mehrheit vertritt seit Jahren nahezu unverändert die Meinung, dass es in der DDR sowohl gute als auch schlechte Seiten gegeben habe. Nur Minderheiten schreiben ihr überwiegend gute oder schlechte Seiten zu. Eine Tendenz in die ein oder andere Richtung zeichnet sich nicht ab. In ihren verbalen Notizen vertreten viele TeilnehmerInnen die Auffassung, dass es ein grundsätzlicher Fehler der Vereinigungspolitik gewesen sei, faktisch keine der „guten Seiten der DDR“ in das vereinte Deutschland zu übernehmen. In der jüngsten Zeit werden in diesem Zusammenhang immer häufiger das Angebot an Kindereinrichtungen sowie positive Erfahrungen der DDR-Schule genannt.

Besonders bemerkenswert ist bei diesem Systemvergleich das Urteil über die Moral der herrschenden Politiker: Die meisten TeilnehmerInnen erkennen kaum Unterschiede zwischen der Situation damals und heute – Tendenz seit Jahren zunehmend. Ähnlich, wenn auch nicht ganz so krass, sind die Urteile über die Achtung der Menschenwürde.

5.5. Der westlichen Lebensart steht ein großer Teil der TeilnehmerInnen noch immer mit gemischten Gefühlen gegenüber. Stark kritisiert wird der vorherrschende Egoismus, die sich weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich, das Fehlen wirklicher Werte, die einseitige Orientierung an Äußerlichkeiten und am Geld, das ihren Erfahrungen und Beobachtungen zufolge diese Welt regiert. Nahezu die Hälfte der Panelmitglieder teilt die Auffassung „Ohne Arbeit keine Freiheit“. Hinter dieser kritischen Sicht stehen den Ergebnissen zufolge nicht die den Ostdeutschen häufig unterstellte Angst vor der Freiheit oder das Unvermögen, mit ihr umzugehen, sondern direkte und indirekte negative Erfahrungen mit der gesellschaftlichen Realität, die als gravierende Beschneidung eines selbstbestimmten Lebens und damit der Freiheit empfunden und gewertet werden. Für viele TeilnehmerInnen ist Freiheit eine Illusion, die für sie angesichts zunehmender Massenarbeitslosigkeit, damit verbundener wirtschaftlicher Zwänge und deutlicher Verluste an Lebensqualität an Glanz verloren hat.

5.6. Die bestehende Distanz und Skepsis vieler Panelmitglieder gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem kulminiert in weit verbreiteten Zweifeln an seiner Zukunftsfähigkeit. Nur eine Minderheit von ihnen traut dem jetzigen Gesellschaftssystem eine Lösung der dringenden Menschheitsprobleme zu bzw. sieht in ihm das einzige menschenwürdige Gesellschaftssystem der Zukunft. Nur ein kleiner Teil von ihnen hofft, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleibt. Vor allem diese Ergebnisse lassen auf eine ziemlich stabile ablehnende Grundhaltung gegenüber dem jetzigen System schließen, das offensichtlich nicht als „Ende der Geschichte“ angesehen wird.

5.7. Diese kritische Haltung hindert die Panelmitglieder jedoch keineswegs daran, sich in der neuen Ordnung zurechtzufinden. Wie die Studie anhand der langjährigen Trends belegt, kommen sie mit den jetzigen Verhältnissen durchaus zurecht, sogar mit zunehmender Ten-

denz. Nur einzelne haben größere Schwierigkeiten, die „Spielregeln“ des jetzigen Systems zu erkennen und sich entsprechend zu verhalten. Zugleich besteht ein erhebliches latentes Protestpotenzial, das keineswegs zu unterschätzen ist. Rund zwei Drittel der Panelmitglieder wären bereit, sich an Protestaktionen zu beteiligen.

6. Die anhaltende Distanz gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem geht mit einer leicht zunehmenden Tendenz der Identifikation mit sozialistischen Idealen einher. Seit 1993 ist der Anteil der Panelmitglieder, die an sozialistische Ideale glauben, signifikant angestiegen. Sozialistisches Gedankengut ist offensichtlich trotz des Zusammenbruchs der DDR und des „Real existierenden Sozialismus“ nicht völlig aus dem Bewusstsein dieser jungen Ostdeutschen verschwunden.

Allerdings nimmt nur eine Minderheit von ihnen an, dass die sozialistischen Ideale in der Zukunft verwirklicht werden. Erheblich mehr plädieren für eine reformsozialistische Alternative zum jetzigen System. In dieser grundsätzlichen Frage sind die TeilnehmerInnen seit Jahren gespalten, meist mit einem leichten Übergewicht der Anhänger einer Alternative. Die Meinungsbildung dazu hält nach wie vor an, in welche Richtung der Trend gehen wird, ist völlig offen.

7. Ein entscheidender Vorzug dieser Studie besteht darin, mit den spezifischen Möglichkeiten der Längsschnittanalyse auch Einflussfaktoren nachweisen zu können, die hinter den Trends stehen, insbesondere hinter denen mehr oder weniger stark ausgeprägter Kritik am jetzigen Gesellschaftssystem. Dabei handelt es sich zwei verschiedene Arten von Faktoren: einerseits aktuelle, situative Faktoren und andererseits Langzeitwirkungen der in der DDR erfahrenen Sozialisation.

7.1. Aktuelle Einflussfaktoren

Diese Faktoren lassen sich überwiegend auf den gemeinsamen Nenner aktuelle persönliche Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem bringen. Wie schon vor der Wende, so sind auch heute nicht Rhetorik und Versprechungen von Parteien und Politikern entscheidend für die Identifikation mit den neuen Werten und Normen, sondern das persönliche Erleben der gesellschaftlichen Realität. Wie die Daten belegen, sind diese Erfahrungen auch zehn Jahre nach der Vereinigung hochgradig ambivalent: 67% der Panelmitglieder reflektieren im Jahr 2002 sowohl positive als auch negative Erfahrungen, 27% nennen überwiegend positive Erfahrungen, nur 6% überwiegend negative Erfahrungen.

Folgende wesentliche Einflussfaktoren wurden empirisch nachgewiesen:

a) Persönlich erfahrene Arbeitslosigkeit, abnehmende Sicherheit des Arbeits- bzw. Ausbildungsplatzes

Die Erfahrung Arbeitslosigkeit geht wie ein Riss durch die gesamte Population. Sie wirkt sich deutlich dämpfend auf die Zufriedenheit mit der jetzigen Ordnung aus und nährt Zweifel an seiner Zukunftsfähigkeit, hat aber auch erhebliche negative Folgen für die körperliche und psychische Gesundheit.

Insofern ist sehr ernst zu nehmen, dass der Anteil der Panelmitglieder mit dieser stark prägenden Grunderfahrung deutlich zugenommen hat: im Jahr 2002 sind es mit 63% schon mehr als die Hälfte, die mehrmals (29 %) oder einmal (34 %) arbeitslos waren.

Außerdem muss berücksichtigt werden, dass auch ein erheblicher Teil der Eltern der TeilnehmerInnen von Arbeitslosigkeit betroffen ist. Im Jahr 2002 gaben 39% an, dass ihre Eltern (beide oder ein Elternteil) arbeitslos sind. Auch 11% der Lebenspartner der Panelmitglieder waren 2002 ohne Arbeit. Aus der individuellen Kopplung dieser Angaben geht hervor, dass bis 2002 rund drei Viertel der Panelmitglieder direkt oder indirekt mit den Auswirkungen von

Arbeitslosigkeit konfrontiert wurden. Diese kritische kollektive Lebenssituation wird in ihren Auswirkungen bislang stark unterschätzt. Hinzu kommt, dass das Gefühl, einen sicheren Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz zu besitzen, in den letzten Jahren zurückgegangen ist, vor allem bei den jungen Frauen.

So verwundert nicht, dass 2002 rund drei Viertel aller Panelmitglieder die bestehende Arbeitslosigkeit für ein typisches Merkmal des jetzigen Gesellschaftssystem halten; etwa ebenso viele meinen, dass Arbeitslosigkeit einen Verlust an individuellen Freiheiten bedeutet, Angst vor der Zukunft macht, den Menschen ihr Selbstbewusstsein nimmt. Nur 3% denken, dass man sich mit der Arbeitslosigkeit abfinden muss.

b) Geringe Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung

Die TeilnehmerInnen der Studie äußern sich seit Jahren kritisch über ihre demokratischen Mitgestaltungsrechte, an die sie in der Wendezeit große Erwartungen hatten. Vor allem in dieser Hinsicht ist ein Prozess der Desillusionierung mit starken Rückwirkungen auf die Systembindung unverkennbar. Nur rund ein Drittel äußert sich dazu positiv, eine Tendenz zu größerer Zufriedenheit ist nicht auszumachen. Nur eine Minderheit von weniger als 5% hat über viele Jahre hinweg die Erfahrung gemacht, dass die Politiker an ihrer Meinung interessiert sind. Unter politischem Aspekt ist der Nachweis interessant, dass wachsende Zufriedenheit mit den Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung bei einer Minderheit tatsächlich zu einer zunehmenden Identifikation mit dem Gesellschaftssystem führt, „mehr Demokratie wagen“ also durchaus Bindekräfte entwickeln könnte.

c) Erhebliche Defizite im Erleben sozialer Gerechtigkeit

Das viel diskutierte „Gerechtigkeitsdefizit“ ist auch bei den Panelmitgliedern nicht zu übersehen. Die überwiegende Mehrheit fühlt sich hinsichtlich ihres Anteils am gesellschaftlichen Wohlstand ungerecht behandelt. Auch die Chancen, es in der heutigen Gesellschaft durch Leistung zu etwas zu bringen, werden seit Jahren zurückhaltend beurteilt. In den verbalen Angaben hat die Kritik an den als höchst ungerecht empfundenen Einkommensunterschieden zwischen Ost und West bei den letzten Befragungen massiv zugenommen. Zu vermuten ist, dass diese Unterschiede von ihnen nicht auf Dauer hingenommen werden.

d) Erfahrung, als Deutscher zweiter Klasse behandelt zu werden

Rund die Hälfte der Panelmitglieder äußert seit Jahren (2002 50%), von vielen Westdeutschen als „Deutsche zweiter Klasse“ behandelt zu werden, eine Erfahrung, welche die Identifikation mit der jetzigen politischen Ordnung erheblich dämpft. Ein abnehmender Trend ist nicht erkennbar.

e) Ausprägung der Zukunftszuversicht

Ein bemerkenswert deutlicher Einflussfaktor ist das Maß an Zukunftszuversicht. Individuelle Zukunftszuversicht ist nicht nur eine Resultante gesellschaftlicher Prozesse, sondern zugleich ein gewichtiger Bestandteil jenes Faktorenbündels, das die Haltung des einzelnen gegenüber der Gesellschaft beeinflusst.

Vor allem ist es als ein sehr ernstes Signal zu werten, dass immer weniger TeilnehmerInnen ihre Zukunft mit Ostdeutschland verbinden. Vor der Wende ging bei ihnen der Glaube an eine gesicherte Zukunft in der DDR nur unwesentlich zurück. Nach der Wende stürzte die individuelle Prognose, in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, geradezu ab - Echo der realen wirtschaftlichen Situation in Ostdeutschland und der zunehmend pessimistischen Erwartungen für deren Entwicklung in absehbarer Zukunft, insbesondere mit Blick auf den Arbeitsmarkt. Das hat beträchtliche Konsequenzen für die Einstellung zum politischen System und zur Wirtschaftsordnung, aber auch für die Absichten der Panelmitglieder, im Osten zu bleiben oder in den Westen bzw. ins Ausland abzuwandern. Bis jetzt hat bereits rund ein Vier-

tel der ursprünglichen Population (soweit erfasst) ihre sächsische Heimat verlassen. Die Studie belegt: Bei fast allen Teilnehmern, die heute im Westen leben, spielten die von ihnen als gering bewerteten Zukunftschancen im Osten eine große Rolle für ihren Entschluss, abzuwandern. Auch künftig ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass die zunehmenden Zweifel an einer gesicherten Zukunft im Osten weitere Panelmitglieder zur Übersiedlung in den Westteil bewegen wird.

Im Jahr 2002 ergab ein Zusatzfragebogen für die Panelmitglieder, die abgewandert sind, dass nur 8% von ihnen die Absicht zur Rückkehr haben.

Die Warnungen von Politikern vor einer weiteren Verschärfung der wirtschaftlichen Situation im Osten und einer damit einhergehenden Abwanderung weiterer junger Ostdeutscher sollten nicht heruntergespielt, sondern sehr ernst genommen werden.

f) Materielle Lebensbedingungen

Die Studie belegt generell ein hohes und vermutlich weiter ansteigendes Niveau der Zufriedenheit der Panelmitglieder mit den materiellen Lebensbedingungen, insbesondere den Wohnbedingungen. Diese positive Entwicklung geht jedoch nicht mit einer entsprechenden Erhöhung der Zufriedenheit mit dem jetzigen Gesellschaftssystem einher. Ein möglicherweise vorhandenes Identifikationspotenzial verbesserter Lebensbedingungen wird gegenwärtig insbesondere durch die bestehenden Ängste und Verunsicherungen sowie weitere negative Erfahrungen paralytisiert.

7.2. Langzeitwirkungen der DDR-Sozialisation

Die Studie lässt dank ihrer wendeüberschreitenden Anlage bemerkenswerte Langzeitwirkungen der DDR-Sozialisation erkennen, und zwar in zweifacher Hinsicht:

a) Alltagserfahrungen in der DDR

Die Erinnerung der meisten Panelmitglieder an wesentliche soziale Seiten des Lebens in der DDR trägt nach wie vor ein positives Vorzeichen. Dazu gehören insbesondere: die soziale Sicherheit, die Betreuung der Kinder (ein zunehmender Teil der Panelmitglieder hat inzwischen eigene Kinder), das Verhältnis der Menschen untereinander, die Jugendförderung, die Förderung der Familie, der Schutz gegen Kriminalität. Wesentlich ist, dass diese Urteile in keinem Zusammenhang mit der früheren Systembindung der Panelmitglieder stehen, also keinen ideologischen Verzerrungen unterliegen. Andererseits besteht jedoch ein Zusammenhang mit ihren heutigen Erfahrungen: Je negativer die aktuellen Erfahrungen mit dem jetzigen System sind, um so häufiger meinen die Panelmitglieder, dass die verglichenen Lebensgebiete zu DDR-Zeiten besser waren als heute in der Bundesrepublik. Negative aktuelle Erfahrungen tragen zu einer deutlichen Aufwertung sozialer Aspekte der untergegangenen DDR bei.

b) Langzeitwirkungen der politischen Sozialisation in der DDR

Langzeitwirkungen der politischen Sozialisation werden auf zwei (zusammenhängenden) Ebenen nachgewiesen: auf der Ebene einer Aufwertung von vor der Wende vermittelten politischen Kenntnissen sowie auf der Ebene früherer Bindungen an das sozialistische System.

Die überwiegende Mehrheit der Panelmitglieder vertritt heute die Auffassung, dass nicht alles falsch gewesen sei, was sie früher in der Schule über den Kapitalismus gelernt haben. Nur eine Minderheit stellt das in Abrede. Charakteristisch für diese Aufwertung ist die verbreitete Meinung, dass wesentliche im gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht vermittelten Thesen über die damalige BRD heute tatsächlich zutreffen. Das betrifft u.a. die damaligen Behauptungen, dass die eigentlichen Machthaber die großen Konzerne und Banken wären bzw. die BRD eine Gesellschaft sei, in der die Kapitalisten die Arbeiter ausbeuten. Diese und weitere grundsätzlichen Thesen über das Wesen der damaligen BRD-Gesellschaft sind auch nach über einem Jahrzehnt seit dem Systemwechsel keineswegs aus dem politischen Bewusstsein dieser

jungen Ostdeutschen verschwunden, spielen bei ihren Urteilen über das jetzige Gesellschaftssystem eine beachtliche Rolle.

Die wendeüberschreitende Anlage der Studie macht es darüber hinaus möglich, dem Einfluss früherer Bindungen an das sozialistische System und dessen Werte auf die heutigen politischen Einstellungen nachzugehen. Diese Bindungen sind zwar in der Endzeit der DDR stark zurückgegangen, ein „Nullpunkt“ war jedoch keineswegs erreicht. Die Studie belegt, dass solche früheren Bindungen seit einiger Zeit wieder aufleben, reaktiviert werden. Panelmitglieder, die vor der Wende stark systemverbunden waren (diagnostiziert anhand ihrer damaligen Angaben), urteilen heute bei zahlreichen Sachverhalten signifikant kritischer über die jetzige Gesellschaft als jene, bei denen das nicht zutraf. Außerdem sind sie weniger häufig zu einer totalen Verurteilung der DDR bereit. Anzunehmen ist, dass sie ihre ursprünglichen weltanschaulichen und politischen Orientierungen in der Nachwendezeit zunächst verdrängt hatten. Sie werden ihnen nun im Kontext neuer, häufig ambivalenter oder gar negativer eigener Erfahrungen wieder bewusst. So ist es kein Zufall, dass der Einfluss früherer starker Systembindung bei jenen Panelmitgliedern besonders hervortritt, die bereits direkt oder indirekt mit Arbeitslosigkeit konfrontiert wurden. Frühere Systembindungen wirken offensichtlich nicht zwangsläufig nach, sondern vor allem dann, wenn Erfahrungen vorliegen, welche die damals verinnerlichten Auffassungen und Orientierungen nachträglich als richtig erscheinen lassen.

Für die TeilnehmerInnen der Studie kann insgesamt gesehen festgestellt werden, dass die stärksten, entscheidenden Einflüsse auf ihre heutigen Einstellungen zum neuen Gesellschaftssystem von den aktuellen persönlichen Erfahrungen ausgehen, die sie mit diesem System bisher gesammelt haben und noch sammeln. Die nachgewiesenen signifikanten Nachwirkungen früherer politischer Bindungen sind demgegenüber zwar schwächer, aber durchaus relevant. Für die theoretische Diskussion über den Einfluss von früheren sozialisationen Prägungen und neuen Erfahrungen auf die heutigen politischen Einstellungen bedeutet das, nicht nur das unterschiedliche Gewicht früherer Sozialisationseinflüsse bzw. gegenwärtiger gesellschaftlicher Bedingungen zu beachten, sondern auch stärker die möglichen Rückwirkungen ambivalenter oder negativer aktueller Erfahrungen auf den heutigen Wirkungsgrad früherer sozialistischer Prägungen zu berücksichtigen. Solche Erfahrungen können zu einer Reaktivierung, einem Wiederbewusstwerden von vor der Wende verinnerlichten Auffassungen (z.B. über die Existenz von Ausbeutung im kapitalistischen Gesellschaftssystem) führen.

8. Negative Langzeitwirkungen früherer Systembindungen auf die heutigen Einstellungen gegenüber Ausländern, zur Gewalt und zur Toleranz gegenüber Andersdenkenden, wie sie mitunter behauptet werden (in keinem uns bekannten Falle mit konkreten empirischen Daten belegt), konnten bei den Untersuchungsteilnehmern nicht beobachtet werden. Dasselbe gilt für die in der DDR praktizierte Gruppen-/Kollektiverziehung. Untersuchungsteilnehmer, die als 16/17-Jährige nach ihrer langen Zugehörigkeit zu mehreren Gruppen bzw. Kollektiven (vom Kindergarten bis zum Klassen-, FDJ-, Sportkollektiv) und im Ergebnis intensiver Kollektiverziehung sehr stark kollektivorientiert waren, äußern heute nicht häufiger Ausländerfeindlichkeit als jene, für die das nicht in diesem Maße zutraf. Ähnliche Effekte sind im Hinblick auf Gewaltbereitschaft und Toleranz gegenüber Andersdenkenden zu beobachten. Behauptungen, dass heutiger Rechtsextremismus zu großen Teilen oder völlig durch die politische Sozialisation zu DDR-Zeiten zu erklären sei, entbehren nach unseren Erkenntnissen jeglicher Grundlage. Sie lenken von den tatsächlichen Ursachen ab, die in erster Linie in den nach der Wende als Folge des Transformationsprozesses entstandenen massiven existenziellen Verunsicherungen und politischen Enttäuschungen zu suchen sind. An die Stelle einer anhaltenden Verketterung damaliger Gemeinschafts-/Kollektiverziehung (die in der Erinnerung der Panelmitglieder mehrheitlich positiv beurteilt wird) sollten vielmehr Überlegungen

treten, wie deren heute noch spürbaren Ergebnisse als soziales Kapital, als originäre ostdeutsche Ressource genutzt werden können.

9. Langzeitwirkungen der Rezeption politischer Informationen westlicher Sender sind bei den Panelmitgliedern noch heute nachweisbar, insbesondere auf die Einstellung zur deutschen Einheit. Sie lassen vermuten, dass eine intensive und meist selektive mediale Wahrnehmung der Vorzüge westlicher Lebensqualität im zunehmenden Kontrast zu den Alltagserfahrungen in der Endzeit der DDR langfristig mit den Boden dafür bereitet hat, die Vereinigung herbeizuwünschen und so selbst an dieser Lebensqualität teilzuhaben.

10. Ein durchgängig stark differenzierender Faktor ist die Geschlechtszugehörigkeit der Panelmitglieder. Äußerten die weiblichen Jugendlichen zu DDR-Zeiten (abgesehen von der Endzeit der DDR) meist positivere Einstellungen zum damaligen Gesellschaftssystem als die männlichen, stehen sie dem jetzigen System deutlich kritischer gegenüber als ihre männlichen Altersgefährten. Symptomatisch dafür ist die aus den Trends ablesbare Tatsache, dass die weiblichen Panelmitglieder über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg erheblich weniger häufig mit dem politischen System zufrieden sind als die männlichen. Ein entscheidender Grund dafür besteht darin, dass die jungen Frauen erheblich stärker als die jungen Männer von den negativen Folgen der Vereinigung und des Transformationsprozesses betroffen sind.

11. Der Einfluss des Bildungsniveaus ist differenziert zu beurteilen. Panelmitglieder mit einem hohen Bildungsniveau unterscheiden sich in Bezug auf die Haltung zum jetzigen Gesellschaftssystem nur wenig von jenen mit einem weniger hohen, stehen dem untergegangenen DDR-System allerdings etwas weniger kritisch gegenüber. Sie geben sich jedoch deutlich häufiger als Linksorientierte zu erkennen, präferieren auch häufiger linke Parteien, identifizieren sich häufiger mit sozialistischen Idealen und stehen Ausländern häufiger positiv gegenüber als weniger gebildete TeilnehmerInnen.

12. Auch der Einfluss der Wohnregion stellt sich sehr differenziert dar. Panelmitglieder, die inzwischen im Westen leben, sind wesentlich zufriedener mit ihren materiellen Lebensbedingungen und blicken optimistischer in die Zukunft als ihre Altersgefährten im Osten. Sie fühlen sich auch bereits häufiger überwiegend als Bundesbürger und äußern sich positiver über die westliche Lebensart. In Bezug auf die grundsätzliche Beurteilung des jetzigen Gesellschaftssystems, insbesondere die Zufriedenheit mit dem politischen System, der Demokratie und der Wirtschaftsordnung, unterscheiden sich beide Teilgruppen jedoch nicht oder nur tendenziell. Ihre Zukunft verbinden die TeilnehmerInnen im Westen noch weniger mit Ostdeutschland als jene, die im Osten leben. Es wird vermutlich schwierig sein, sie ggf. für eine Rückkehr nach Ostdeutschland zu gewinnen.

13. Die Anlage der Untersuchung als Längsschnittstudie macht es möglich, über die Zustandsbeschreibung hinaus tiefer in den Verlauf des politischen Einstellungswandels einzudringen. Diese Prozessanalysen tragen wesentlich zum Neuigkeitswert der Studie teil. Bisher zeichnen sich dazu insbesondere folgende Erkenntnisse ab:

13.1. Die langjährigen Analysen der Veränderungsprozesse mit Hilfe eines speziellen statistischen Instrumentariums verweisen in vielen Einstellungsbereichen trotz häufig gut übereinstimmender Querschnittsverteilungen auf eine hohe zeitliche Variabilität der individuellen Werte. Bei bestimmten politischen Grundeinstellungen (z.B. bei der Haltung zum politischen System, der staatsbürgerlichen Identifikation mit der Bundesrepublik) entsprechen die Anteile der Panelmitglieder, deren Einstellungen sich zwischen den Messpunkten in positiver bzw. in

negativer Richtung verändert haben, quantitativ gesehen dem Anteil derer mit konstant gebliebenen Einstellungen oder sind sogar größer.

Diese Ergebnisse (ergänzt durch umfangreiche qualitative Daten) stützen unsere generelle Hypothese, dass die Panelmitglieder sich auch mehr als ein Jahrzehnt nach dem Systemwechsel und der Vereinigung noch immer in einem intensiven Such- und Wandlungsprozess ihrer politischen Orientierungen, ihrer gesamten politischen Mentalität befinden, der auch die Revision von Standpunkten und Identitäten einschließt. Das wird sich vermutlich so bald nicht ändern. Auch künftig erwarten wir starke, möglicherweise heute noch nicht absehbare Veränderungen ihrer Bewusstseinslage als Folge des anhaltenden politischen und sozialen Wandels in Ostdeutschland. Das schließt die Möglichkeit einer weiteren Verstärkung von Langzeitwirkungen früherer Systembindungen, das Wiederbewusstwerden von zu DDR-Zeiten verinnerlichteten Einstellungen und Werten durchaus mit ein.

13.2. Die Studie lässt durch ihre längsschnittliche Anlage erstaunlich deutliche Langzeitwirkungen von verschiedenartigen Einflussfaktoren vor und nach der Wende auf die Einstellungsentwicklung erkennen. Das gilt für die erwähnten Nachwirkungen von Erinnerungen an das Leben in der DDR und insbesondere von früheren Systembindungen. Es gilt aber auch für den nachhaltigen Einfluss der akuten Umbruchsituation 1989/90 auf die Einstellungsentwicklung in den folgenden Jahren. Diese Situation war durch die Besonderheit charakterisiert, dass die damals 16/17-jährigen Panelmitglieder gleichzeitig sowohl Aufgaben zu bewältigen hatten, die mit dem Beginn ihrer Erwerbsbiographie im Zusammenhang standen, als auch Probleme, die sich für sie aus dem Zusammenbruch der DDR ergaben. Die von dieser spezifischen Konstellation hervorgerufenen Verunsicherungen, direkten und indirekten negativen Erfahrungen mit den Folgen des Umbruchs (erfolgte oder bevorstehende Schließung des Ausbildungsbetriebes, unklare berufliche Perspektive, Arbeitslosigkeit der Eltern usw.) sowie plötzlich auftretende Identitätskrisen führten bei vielen Panelmitgliedern zu einer Häufung von kritischen Lebensereignissen. Ihre nachhaltigen Auswirkungen sind noch Jahre danach, teilweise bis in das Jahr 2002 nachweisbar wie z.B. die Anfang der 90er Jahre weit verbreitete Angst vor eigener Arbeitslosigkeit.

14. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist anzunehmen, dass die bestehende Distanz vieler Teilnehmer zum jetzigen Gesellschaftssystem sich nicht von allein erledigt, etwa als automatische Folge ihrer Enttäuschung vom politischen System vor der Wende und möglicherweise weiter zunehmender materieller Zufriedenheit. Die Entwicklungsrichtung ihrer Haltung gegenüber der jetzigen gesellschaftlichen Ordnung wird vielmehr entscheidend davon abhängen, ob sie im Rahmen der anstehenden Veränderungen in Ostdeutschland jene individuellen Bedingungen vorfinden, die ihre berufliche Entfaltung fördern, frei von alltäglicher Sorge um den eigenen Arbeitsplatz bzw. den des Lebenspartners.

Von erheblichem Einfluss wird auch sein, ob sie sich sozial gerecht behandelt fühlen (einschließlich gerechter Entlohnung, die immer nachdrücklicher gefordert wird), und ob sie - wie in der Wendezeit erwartet - Demokratie spürbar als Politikform realer Mitwirkung und Mitentscheidung der Bürger erleben. Das sind allerdings keine spezifischen Jugendprobleme, sondern Herausforderungen an die Gesellschaft insgesamt.

15. Der Zeitraum von mehr als einem Jahrzehnt hat nicht ausgereicht, um einen größeren Teil der Panelmitglieder politisch für das jetzige Gesellschaftssystem einzunehmen. Nach wie vor befinden sich diese jungen Ostdeutschen in einem intensiven Such- und Wandlungsprozess ihrer politischen Orientierungen und Identifikationen. Auch künftig erwarten wir starke, möglicherweise heute noch nicht absehbare Veränderungen ihrer Bewusstseinslage und ihres Verhaltens. Wie die jüngsten Ergebnisse zeigen, schließt das die Möglichkeit einer weiteren Verstärkung von Langzeitwirkungen früherer Systembindungen, ein Wiederbewusstwerden von

zu DDR-Zeiten verinnerlichten Werten mit ein. Von erheblichem Einfluss wird sein, wie sich die wirtschaftliche und soziale Lage in Ostdeutschland in nächster Zukunft entwickelt.